

offen-siv

Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

3/2014

Spendenempfehlung: 3,00 €

Ausgabe Mai-Juni 2014

Redaktionsnotiz.....	3
Die Wahlen zum Europäischen Parlament.....	5
<i>Frank Flegel: (K)eine Wahlempfehlung</i>	
zu den Europawahlen am 25. Mai 2014.....	5
Zwei Zitate aus Gegenwart und Geschichte der SPD.....	12
Kampf gegen Antikommunismus und Faschismus.....	14
<i>Ervin Rozsnyai: Die Wurzeln des Faschismus</i>	
in der Struktur des Imperialismus der Gegenwart.....	14
<i>Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien</i>	
über die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, entworfen	
und vorgeschlagen von KKE und DKP.....	29
<i>Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas:</i>	
Erklärung gegen den Antikommunismus, gegen das Verbot	
kommunistischer Parteien und ihrer Symbole.....	31
<i>Horst Schneider: Fragen zu Zielen und Prinzipien der</i>	
„neuen“ deutschen Außenpolitik.....	34
<i>Horst Schneider: Eine Lehrstunde deutscher Großmannssucht.</i>	
Anmerkungen zur Bundestagsdebatte am 13.3.2014.....	44
Nachtrag zum Internationalen Frauentag.....	55
<i>Arbeitsgruppe „100 Jahre Internationaler Frauentag“</i>	
<i>Viernau: Die Frau in Familie und Beruf.....</i>	55
Disput über unsere Orientierung.....	59
<i>Ingo Wagner: Der Weg für die abermalige Herausbildung</i>	
einer einflußreichen marxistischen Partei	
in Deutschland heute.....	59
Italien.....	80
Gerhard Feldbauer: Zur Lage in	
Italien.....	80
Buchenwald.....	88
<i>Brigitte und Miclas: Bericht vom</i>	
Buchenwald-Gedenken 2014.....	88

Impressum

offen-siv, Zeitschrift für Sozialismus und Frieden

Herausgeber: Frank Flegel

Geschäftsführung, Redaktion, Satz, Herstellung, Schreibbüro: A. C. Heinrich und F. Flegel

Druck: Druckservice orbital, Reichenau.

Bezugsweise: unentgeltlich, Spende ist erwünscht.

Postadresse: Redaktion Offensiv, Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover,

Tel.u.Fax: 0511 – 52 94 782, Mail: redaktion@offen-siv.com, Internet: www.offen-siv.net

Spendenkonto:

Inland: Konto Frank Flegel, 3090180146 bei der Sparkasse Hannover, BLZ 250 501 80.

Ausland: Konto Frank Flegel, Internat. Kontonummer.(IBAN): DE10 2505 0180 0021 8272 49,

Bankidentifikation (BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort Offensiv.

Freundeskreis offen-siv: über Redaktionsadresse

Redaktionsnotiz

Weil die imperialistischen Zentren sich nicht einig sind, wird es anlässlich des Putsches in der Ukraine mit großer Wahrscheinlichkeit nicht den großen Krieg geben.

Vor allem das deutsche Großkapital bremst: „Rußland ist wichtig, sehr, sehr wichtig“, sagte der Vorstandschef des weltweit größten Chemiekonzerns BASF, Kurt Bock, am Freitag, 2.5.2014, auf der Hauptversammlung in Mannheim. Rund die Hälfte des von der BASF bezogenen Öls und Gases komme aus Rußland. Die BASF habe kein Interesse an Sanktionen gegen Rußland, dies sei schädlich für die deutsche Wirtschaft, so Bock. (jW vom 3./4.5.2014)

Wenn das nicht so, sondern wenn die Interessenlage des deutschen Großkapitals anders wäre, würde schon geschossen – und zwar von „uns“, und zwar „zurück“.

Die Lage ist furchtbar, und unsere Solidarität gilt den Genossinnen und Genossen in der gesamten Ukraine und den Aufständischen im Osten und Süden.

Die Rote Hilfe hat einen Solidaritätsfonds gegründet. Dazu Auszüge aus dem Aufruf:

„War es bereits in den Monaten zuvor riskant und gefährlich für linke Organisationen und Aktivisten/innen, sich politisch zu betätigen, so hat der Terror rechter Gruppierungen seit dem bürgerlich-reaktionären Putsch ungeahnte Ausmaße angenommen. Büros der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) sowie weitere Projekte

der linken Bewegung wurden gestürmt und verwüstet; es kursieren so genannte Todeslisten, die sich gegen antifaschistische Aktivisten/innen richten. Protestaktionen gegen die sich nach dem Machtwechsel neu konstituierende Regierung sind aktuell lebensgefährlich, während diese laut über ein Verbot der KPU nachdenkt.

Hierzu erklärt H. Lange, Mitglied des Bundesvorstands der Roten Hilfe e.V.: „Unsere Solidarität gilt den Antifaschisten/innen in der Ukraine, die aktuell massiver Verfolgung ausgesetzt sind. Durch die Zusammensetzung einer neuen Regierung unter Einbeziehung der faschistischen Swoboda-Partei steht zu befürchten, dass sich die staatliche Repression weiter verschärfen wird. Die Rolle der deutschen Bundesregierung, die an dieser Entwicklung offensiv beteiligt war, ohne auch nur ein Wort über die aktive Beteiligung faschistischer Gruppierungen zu verlieren, ist auf das Schärfste zu kritisieren.“

Die Rote Hilfe e.V. hat ein Spendenkonto eingerichtet, um verfolgte Antifaschisten/innen im Kampf gegen die Repression zu unterstützen:

Konto Rote Hilfe bei der Sparkasse Göttingen:

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

Stichwort: „Antifa Ukraine“

Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versorgung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt. Wir rufen dazu auf, unsere Genossen/innen in der Ukraine in ihrem Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror politisch und materiell zu unterstützen.

H. Lange für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Darüber etwas und auch vieles Anderes in diesem Heft.

Und bitte bedenkt: Zeitungsmachen kostet nicht nur Geld, es kostet viel Geld. Wir wandeln wie immer am Abgrund. Deshalb bitten wir um Spenden.

Red. offen-siv

Spendenkonto Offensiv:

Konto Frank Flegel

(IBAN): DE 10 2505 0180 0021 8272 49,

(BIC): SPKHDE2HXXX; Kennwort: „Offensiv“.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Frank Flegel: (K)eine Wahlempfehlung zu den Europawahlen am 25. Mai 2014

Dieser Artikel hat zwei Teile, der erste wurde geschrieben vor dem Erscheinen der UZ, Zeitung der DKP, vom 25.4.2014, der zweite Teil danach. Die Bewertungen und damit auch die Empfehlung fallen unterschiedlich aus. (Red. offen-siv)

Zu den Europawahlen dieses Jahres lohnt es, sich ein paar Gedanken zu machen, denn in Deutschland haben wir eine neue Situation: die DKP kandidiert neben der Partei „Die Linke“ zu den Wahlen.

Es gibt außerhalb der DKP selbstverständlich, aber interessanter Weise auch innerhalb der DKP Kräfte, die die Kandidatur für „objektiv spalterisch“ halten und das sogar in der UZ formulieren durften. Im Folgenden will ich versuchen nachzuweisen, warum sie das nicht ist, warum sie vielmehr objektiv notwendig ist.

Erstens: die Linkspartei verlässt den antimilitaristischen Konsens. Dazu ein kurzes Zitat von Chihad Rebehn: „Büchse der Pandora geöffnet“: „...Dietmar Bartsch, Roland Claus, Katrin Kunert, Michael Leutert und Stefan Liebich stimmten im Bundestag für den Antrag der Bundesregierung, den »Geleitschutz« des US-Spezialschiffs »Cape Ray«, das im Mittelmeer die Umwandlung syrischer chemischer Kampfstoffe in harmlosere Substanzen vornehmen soll, mittels Entsendung der Bundesmarinefregatte »Augsburg« zu unterstützen – erstmals befürworteten Abgeordnete der PDL einen Auslandseinsatz der Bundeswehr. (...)

Dass sich Abgeordnete der Linksfraktion des Bundestages für einen Auslandseinsatz des Militärs aussprachen, stellt einen gefährlichen Präzedenzfall für künftige Auslandseinsätze dar und zeigt, dass in der PDL Kräfte aktiv sind, die den im Parteiprogramm verankerten streng antimilitaristischen Kurs immer stärker in Zweifel ziehen.

Es gibt keinerlei Garantie dafür, dass es denjenigen in der PDL-Führungsriege, die sich SPD und Grünen anbiedern und auf »Rot-Rot-Grün im Bund« orientieren wollen, nicht doch eines Tages gelingen könnte, den Antimilitarismus über Bord zu werfen, so wie es die Sozialdemokratie 1914 und die grüne Partei 1999 getan hat.“

Ergänzend möchte ich noch die Perversion der Begründung für die Nichtablehnung darstellen. Dazu ein Zitat aus der Tageszeitung „junge Welt“ vom 17.4.2014, aus dem Artikel „Gysi: Nein zum Nein“ von Rüdiger Göbel: „Paul Schäfer, von 2005 bis 2013 verteidigungspolitischer Sprecher der Linksfraktion, ... (trägt)... in einem fünf

Seiten umfassenden Papier ... »Argumente für die deutsche Beteiligung an der Zerstörung der syrischen Chemiewaffen« vor (jW, 2.4.2014): »Es handelt sich weder um einen Kriegseinsatz noch um eine imperiale Intervention und auch nicht um den Versuch, anderen Ländern den eigenen Willen militärisch aufzuzwingen, sondern lediglich um die Unterstützung und Absicherung einer von der UNO unterstützten, sinnvollen, auch von uns gutgeheißenen Abrüstungsmaßnahme.« Es sei eine »pure Selbstverständlichkeit«, daß das Bundeswehrrkontingent »das Recht auf Selbstverteidigung und die Pflicht zur Nothilfe hat«, so Schäfer. »Jeder Polizist hat ein Notwehrrecht – wird daraus dann ein Kampfeinsatz?« Der Abgeordnete Liebich hat die Argumentationshilfe als Wochenendlektüre an alle Fraktionskollegen weitergereicht – »zum Nachdenken«.

Zugegeben, bei dem Einsatz im Mittelmeer werden Waffen zerstört. Aber sind es die Waffen der imperialistischen Kriegstreiber? Nein. Es sind die Waffen eines vom Imperialismus überfallenen Landes. Wird der Frieden sicherer, wenn man die gegen den Imperialismus stehenden Widerstandskräfte entwaffnet? Nein. Mit der gleichen Logik hätte man fordern können, den Warschauer Pakt zu demilitarisieren, um den Frieden zu sichern. Wahr war damals aber die Parole: „Je stärker der Sozialismus, desto sicherer der Frieden.“ Was dann nach der Konterrevolution wurde, wissen wir alle: Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Sudan, Libyen, Syrien, ...

Zweitens: Die Partei „Die Linke“ ist federführend an der Europäischen Linkspartei beteiligt, Bisky war lange Zeit ihr Vorsitzender. Worum es sich bei dieser Partei handelt, hat die Kommunistische Partei Griechenlands herausgearbeitet:

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE): Zur Rolle der Europäischen Linkspartei

Die sogenannte „Europäische Linkspartei“ führte ihren Kongress vom 13. bis zum 15.12.2013 durch.

Sowohl bei den Thesen zum Kongress als auch bei anderen Stellungnahmen versucht diese Partei mit einer ausgearbeiteten Kunstfertigkeit, falsche Erwartungen zu wecken. Sie versucht veraltete opportunistisch-sozialdemokratische Illusionen auf dem Boden der kapitalistischen Verwaltung als einen neuen Lösungsweg für die Völker darzustellen.

Genau dieses wird durch verlogene Parolen ausgeschmückt, die die wissenschaftlichen Begriffe des Kapitalismus, des Sozialismus, des Klassenkampfes verdrehen. Die ELP gibt eigene Definitionen, die ihr erlauben, sich zu winden, damit die Einverleibung der Werktätigen in die Ziele des Kapitals befördert wird.

Sie bewegt sich innerhalb der Grenzen ihrer Verpflichtungen gegenüber der EU, die die Grenzen der Aktionen der sogenannten „europäischen Parteien“ abgesteckt hat.

Welche Methode verfolgt die ELP?

Erstens spricht sie über die Probleme der Arbeiterklasse und der anderen Volksschichten, die der Kapitalismus verursacht und verschärft. Sie akzeptiert offensichtlich diese Tatsache und verbreitet die These, dass der Kapitalismus nicht humanisiert werden kann. Trotzdem hat sie andere Pläne.

*Sie spricht nicht über den realen Kapitalismus, das System, bei dem sich die Macht in den Händen der Bourgeoisie, der Monopole befindet und die Produktionsmittel sich in kapitalistischem Eigentum befinden, sondern spricht illusorisch von einer eigenen Erfindung, dem „finanzialisierten“ oder „neoliberalen“ Kapitalismus. **Warum tut sie das?** Sie tut es, um ihre Grundposition, ihr Einverständnis mit der Grundlage dieses Systems, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gebiert und aufrechterhält, zu verbergen. Sie konstruiert eine Karikatur des Kapitalismus, sie stellt einige aus der Praxis der Sozialdemokratie bekannte Reformen zur Rationalisierung des Systems als Lösung dar, wie z.B. die (angebliche) Kontrolle über die Banken, sie protegiert leichtverdauliche Lösungen zur „Humanisierung des Kapitalismus“.*

Sie spielt also das Spiel der Einverleibung des Bewusstseins der Volksschichten in das System.

Was schlägt die ELP vor, um die „alternative Lösung“ zu begründen?

Sie schlägt ein neues „Entwicklungsmodell“ mit einer „Aufteilung der Macht“ vor. Einen Teil der Macht soll das Volk haben, einen anderen Teil das Kapital....und alle werden zufrieden sein! Die Kapitalisten werden die Fabriken, die Unternehmen, die Quellen des Reichtums, den die Werktätigen produzieren, und das Volk die Hoffnung auf „Demokratie“ und ein Leben mit Rechten besitzen.

Nur hat dies nichts mit Volksinteressen zu tun, sondern ist die wichtigste Verwaltungslogik der Sozialdemokratie und deckt die Rolle der ELP als Nachschub des kapitalistischen Waffenarsenals auf.

Zweitens behauptet die ELP, dass „das europäische Unterfangen ein Werk des Friedens und des sozialen Fortschritts sein könne, aber jetzt zu einem Alptraum umgewandelt werde“. Sie stellt die EU, eine grundlegende strategische Wahl des europäischen Kapitals, ein eigenes Bauwerk, als ein volksfreundliches „Unterfangen“ dar, das im Verlauf schief geraten ist.

Der europäische Opportunismus verfolgt diese Methode, um seinen eigenen illusorischen Vorschlag „über einen europäischen Plan, der auf den Interessen der Völker

basierend, der europäischen Integration wieder einen neuen Sinn verleihen wird“ zu kolportieren.

Und genau da „liegt der Hund begraben“. Europäische Integration mit „linken“ Regierungsplänen.

Was können die ELP und ihre Mitgliedsparteien bewirken?

Was kann eine von der ELP und dem SYRIZA propagierte „linke Regierung“ bewirken?

Sie können, vorübergehend nur, die Völker an der Nase herumführen.

Weil die EU und ihre berüchtigte „Neugründung“ weiterhin ein Ausdruck der Macht der Monopole sein wird. Sie wird eine transnationale imperialistische Vereinigung bleiben, die eine Strategie gegen die Völker realisieren wird.

Was wird die „linke Alternative“ fördern? Wird sie die Natur des Kapitals, das Kriterium des Profits und die anderen Gesetze des Kapitalismus verändern?

Wird sie die Funktion der Banken verändern? Wird sie das offensive Wesen der großen Finanzgruppen zur Kontrolle der Märkte und der Rohstoffquellen aufhalten, oder wird sie die innerimperialistische Konkurrenz, die zu Kriegen führt, verhindern?

Was die ELP von sich gibt und SYRIZA wiederkaut ist aus der Luft gegriffen.

Die fetten Worte, wie z.B. über eine volksfreundliche Funktion des Europaparlaments, über eine Demokratisierung der Europäischen Zentralbank usw., werden seit Jahren von der Bourgeoisie und den Opportunisten als Köder zur Einverleibung der Völker in die Ziele des Kapitals und der EU propagiert.

Das Beispiel der Kandidatur von Tsipras für den Vorsitz der Kommission, unabhängig von dem demagogischen Charakter dieses Schritts, spricht Bände.

Die Kommission ist ein lebenswichtiges Organ dieser imperialistischen Organisation. Sie erfüllt eine bestimmte Aufgabe, nämlich die volksfeindliche Politik zu planen, umzusetzen und zu koordinieren. Ihr Vorsitzender ist das jeweilige „Sahnehäubchen“.

Die Wahl von SYRIZA, „Sahnehäubchen“ zu werden, ist kein Größenwahn nur, sondern das Glaubensbekenntnis, dass auch die Kräfte des Opportunismus, der „Linken“, diesem System dienen können.

Drittens spricht die ELP vom „Sozialismus“, um den eigentlichen Begriff, des wirklichen Sozialismus, der Arbeitermacht, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der zentralen Planung, der Arbeiter- und Volkskontrolle, zu verunglimpfen. Sie

spricht von der „sozialistischen alternativen Lösung des 21. Jahrhunderts.“ Was soll sie verändern? Sie wird die „Gleichheit für alle europäische Bürger“ sichern. Einerseits für die Kapitalisten, die Reichen und andererseits für die Arbeiter, die Arbeiterinnen und die Volksschichten. Sie wird die „Gleichheit“ für die Ausbeuter und die Ausgebeuteten sichern.

Unter diese opportunistische Konstruktion werden linke Regierungslösungen, wie z.B. Syriza, die die „Quadratur des Kreises“ versprechen, unterordnet.

Die angebliche Kritik des Antikommunismus

Viertens wirft die ELP ihre Netze in alle Richtungen aus und tut so, als ob sie Kritik am Antikommunismus üben würde.

Sie lügt. Sie hat schon einige Unterwerfungsbekennnisse unterschrieben, in dem sie als Trägerin des Antikommunismus fungierte.

Sie hat reichlich Erfahrung aus der unterwandernden Aktivität des Eurokommunismus, der französischen, der spanischen und der italienischen KP, gegen das sozialistische System.

Der Jubel der führenden Kräfte der ELP beim Umsturz der UdSSR und des Sozialismus in Europa war sehr stark. Sie haben den Antikommunismus vorangetrieben und sind im Gleichschritt mit den reaktionärsten bürgerlichen Kräften marschiert. Sie haben hunderte von Reden gehalten, in denen sie die Angriffe auf die Sowjetunion und die DDR bezüglich der „Berliner Mauer“ reproduziert haben, sie haben die historische Wahrheit verfälscht.

Die ELP koordiniert sich mit den führenden Kreisen der EU und erleichtert die Gleichstellung von Nazismus und Kommunismus, sie unterstützt die fatale Kriminalisierung der sozialistischen Staaten als „Totalitarismus“. Sie versucht den Beitrag der UdSSR zum antifaschistischen Sieg zu mindern, sie verunglimpft absichtlich die Errungenschaften des ersten sozialistischen Staates im Namen des „Antistalinismus“, indem sie bürgerliche Positionen übernimmt.

Aus diesen Gründen, aber auch aus der Gesamthaltung der EL als Partei, die aus dem Innersten der EU hervorgekommen ist und ihre Strategie stützt, entspringt die Notwendigkeit, ihre Rolle als einer Kraft aufzudecken, die systematisch für die Einverleibung der Volksschichten und deren Unterwerfung unter die Ziele des Kapitals und der imperialistischen transnationalen Vereinigung arbeitet.

Kommunistische Partei Griechenlands (KKE)

Niemand, der es mit dem Frieden ernst meint, der sozialen Fortschritt will, der die Ursachen für Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen will, kann die Partei „Die Linke“ wählen – und Kommunisten/innen sowieso nicht.

Die DKP ist konsequent antimilitaristisch und hat in jüngerer Zeit auch Lenins Imperialismustheorie wiederentdeckt, nachdem sie von Leo Mayer und Co (Zitat: „Wir müssen weg von Lenin“) schon fast dem Vergessen anheim gestellt worden war. Was das Verhältnis zur Europäischen Linkspartei angeht, gibt es in der DKP noch keine Entscheidung, die Partei ist uneins, denn es gibt Kräfte, die eine Vollmitgliedschaft anstreben (wie immer: Leo Mayer und Co), solche, die den zur Zeit bestehenden Beobachterstatus beibehalten wollen und solche, die für die Trennung von der Europäischen Linkspartei eintreten. Die Entscheidung darüber wurde verschoben.

Trotz dieser Unklarheit ist es vernünftig, der DKP die Stimme zu geben, so wie es unverantwortlich wäre, die Partei „Die Linke“ zu wählen.

(Stand vor dem 25.4.2014)

Nachtrag nach dem Erscheinen der UZ vom 25. 4. 2014:

Die DKP hat in ihrer Zeitung UZ, Ausgabe 25.4.2014, einen „Gemeinsamen Aufruf zu den Wahlen zum Europäischen Parlament“ unter dem Titel: „Ein anderer Kurs für Europa“ veröffentlicht. Ich zitiere einige Passagen:

„... Für diese Ziele werden wir entschlossen in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (DUE/NGL)¹ im Europäischen Parlament weiter arbeiten, im Geiste der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts für unsere Unterschiede,...

Wir erklären unsere Fraktion zu einem Ort von Bündnis und Zusammenarbeit mit seiner eigenen Identität, wo Kommunisten, Arbeiter-, linke und ökologische Kräfte das gemeinsame Ziel haben, im europäischen Parlament den Kämpfen der Arbeiter und der Völker eine Stimme zu geben, um Alternativen zu der derzeitigen rechten und sozialdemokratischen Politik zu formulieren, vorzuschlagen und zu verteidigen, um dem Kampf für ein anderes Europa Ausdruck und Inhalt zu verleihen.

Mit der Unterzeichnung dieses Appells verpflichten wir uns auf diese Ziele und Richtlinien. Je stärker wir sind, umso stärker werden die Kämpfe für ein Europa der Zusammenarbeit, des sozialen Fortschritts und des Friedens.“

¹ „Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ ist der offizielle Name der im allgemeinen Sprachgebrauch ELP = Europäische Linkspartei genannten Vereinigung.

Damit entfällt ein wichtiges Argument, die Wahl der DKP zu empfehlen, nämlich die Tatsache, dass die DKP nicht Mitglied der Europäischen Linkspartei ist. Sie ist es natürlich immer noch nicht, aber unter Bruch ihrer eigenen Beschlusslage (Beobachterstatus) verkündet sie jetzt für den Fall, dass sie ein oder mehrere Mandate erringen sollte: „...wir (werden) *entschlossen in der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (DUE/NGL) im Europäischen Parlament ... arbeiten,... . Wir erklären unsere Fraktion zu einem Ort von Bündnis und Zusammenarbeit,... (Wir) verpflichten ... uns auf diese Ziele und Richtlinien.*“ Die DKP hätte als ihre Orientierung beispielsweise auch ausgeben können, mit der Kommunistischen Partei Griechenlands zusammenarbeiten zu wollen. Aber davon ist keine Rede. Sie wirft sich perspektivisch in die Arme der Revisionisten. Das Ganze ist ein Lehrstück in Opportunismus: die neue Führung der DKP scheute den Streit mit den eigenen revisionistischen Kräften um das Verhältnis zur Europäischen Linkspartei, vertagte die Entscheidung, ließ die Frage damit ungeklärt - und nun gibt es eine folgenschwere Entscheidung Richtung Opportunismus und Revisionismus, von wem immer sie getroffen sein mag, ohne Diskussion in der Mitgliedschaft und ohne Parteitagebeschluss.

Diesen „Gemeinsamen Aufruf“ hat die DKP unterzeichnet zusammen mit solchen Organisationen wie der Kommunistischen Partei Österreichs (deren Rechtskurs die Bildung der Kommunistischen Initiative Österreichs und die Gründung der sich daraus entwickelnden marxistisch-leninistischen Partei der Arbeit Österreichs notwendig machte), der Kommunistischen Partei Spaniens (u.a. verantwortlich für die Erfindung des so genannten „Eurokommunismus“ – gemeinsam mit der inzwischen nicht mehr existenten Kommunistischen Partei Italiens, die in diesem Zusammenhang die Nato als einen möglichen Garanten für einen italienischen Weg zum Sozialismus in Erwägung zog), der Kommunistischen Partei Frankreichs (die die aktuellen Militäreinsätze der französischen Armee in Mali unterstützt) und der deutschen Partei „Die Linke“ (die meint, dass es dem Frieden dient, wenn man einem vom Imperialismus überfallenes Land einen Teil seiner Waffen nimmt und deshalb mit den oben genannten Bundestagsmitgliedern für den Einsatz der Bundeswehr im Mittelmeer stimmt).²

Damit wird auch das zweite wichtige Argument für die Wahlempfehlung zugunsten der DKP, nämlich dass sie konsequent antimilitaristisch ist, zumindest geschwächt, weil die DKP nach eigenem Bekunden nach der Wahl sowohl politisch als auch organisatorisch („*Bündnis und Zusammenarbeit*“) mit Parteien zusammenarbeiten will, die antimilitaristische/antiimperialistische Grundsätze über Bord geworfen haben und Militäreinsätze ihrer nationalen Bourgeoisien befürworten.

² Komplette Unterzeichnerliste in der UZ vom 25.4.2014 oder im Internet.

So hat die DKP die Chance, eine Wahl-Alternative zur Partei „Die Linke“ zu sein, vertan. Es wird nach der Wahl nicht unterscheidbar sein, ob es im Europäischen Parlament ein oder mehrere DKP-Mandate neben den Mandaten der Partei „Die Linke“ geben wird oder nicht – denn die DKP hat sich gerade darauf festgelegt, am Sumpf der vom Revisionismus und Opportunismus zerfressenen Parteien nicht nur nichts ändern, sondern sich gemeinsam mit ihnen darin suhlen zu wollen.

Trotzdem sollte man wählen gehen. Jede Stimme für eine linke Partei ist eine Stimme gegen rechts. Mehr bleibt nach der diese Wahl betreffenden opportunistischen Selbst-aufgabe der DKP als Argumentation nicht übrig. Ich würde noch immer zur DKP tendieren, nicht etwa wegen ihrer „Klarheit“, sondern nur, weil die Partei „Die Linke“ gerade einen entscheidenden Schritt dorthin gemacht hat, wo die SPD seit 1914 ist. Damit ist und bleibt die Partei „Die Linke“ unwählbar.

Wohin die Reise nach dem Übergang zur eigenen Bourgeoisie führt, mögen die beiden folgenden Zitate aus Gegenwart und Geschichte der SPD verdeutlichen.

Frank Flegel

Zwei Zitate aus Gegenwart und Geschichte der SPD

FRANK-WALTER STEINMEIER:

19.11.2013, Frank-Walter Steinmeier, damals Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und heutiger Außenminister bei der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Berlin:

„... Wir sind auch Dank einer mutigen Reformpolitik, die in diesem Lande stattgefunden hat, ganz gut aufgestellt – auch im Wettbewerb mit den anderen. Wir haben jetzt fünf Wachstumsjahre in Folge. Wir haben Rekordniveaus bei Beschäftigung, bei Exporten und bei Staatseinnahmen. Das ist alles wahr.

Und ich weiß, dass die meisten hier im Saal trotz der anstrengenden, gefährlichen, risikobehafteten Umsteuerungsarbeit, die wir damals zu machen hatten, ihre Zuneigung zur Sozialdemokratie immer noch unterkühlt handhaben. ... Wenn Sie sich in gerechter Weise zurückerinnern (die Entscheidungen liegen je zehn Jahre hinter uns), dann hat es die entscheidenden Steuersenkungen und zwar in einem Volumen von mehr als 60 Milliarden Euro unter einer sozialdemokratischen Regierung gegeben:

Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes,

mit der Senkung des Eingangssteuersatzes,

mit der Senkung der Unternehmenssteuern.

Sie haben bis dahin Ihre Kapitalzinsen nach dem Einkommensteuergesetz bezahlt, und seit der Zeit nur noch für die Hälfte ungefähr versteuert nach dem Abgeltungssteuergesetz.

Das war damals immerhin sozialdemokratische Steuerpolitik, und ich finde, bis heute ist das nicht so ganz schlecht. (Beifall)

Ich habe mir das selbst noch einmal in Erinnerung gerufen, weil (...) ich den Eindruck hatte, Sie fühlen sich alle bei dem Unionsteil einer möglichen Großen Koalition besser aufgehoben als beim sozialdemokratischen Teil einer Großen Koalition. Deswegen erinnere ich natürlich nicht nur an die Steuerpolitik, für die wir Verantwortung getragen haben, sondern ich sage mal dabei, dass auch die Reform der Arbeitsverwaltung, die Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die Aufhebung der Spaltung am Arbeitsmarkt, die Halbierung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – auch das waren Entscheidungen, die wir damals getroffen und durchgesetzt haben, mit denen wir miteinander – nicht Sie alleine – unter ökonomischen Gesichtspunkten ganz gut leben – miteinander.

Und deshalb sage ich Ihnen (...): Nachdem wir das alles durchgerungen haben, uns haben beschimpfen lassen, auch Wahlen verloren haben dafür, müssen Sie sich jetzt nicht vorstellen, dass wir das, was ökonomischen Erfolg in dieser Republik begründet hat, nachträglich auf irrsinnige Weise in Frage stellen, sondern wir wissen, was das für Mühe gekostet hat, dieses Land aus mancher Unbeweglichkeit zu befreien. (...)

Ich will Ihnen nur sagen, wenn man an der einen oder anderen Stelle trotzdem ... versucht etwas zu korrigieren, was im Blick auf die letzten zehn Jahre trotz Reform aus dem Ruder gelaufen ist, etwa bei der Leiharbeit oder bei der Entwicklung bei der Aufstockerei für den Niedrigslöhner, wenn man das versucht zu korrigieren, dann sollte das auch in Ihrem Interesse, dem Interesse von Arbeitgebern liegen, weil eigentlich doch keiner ein Interesse daran haben kann – wie ich unterstelle mal, Sie auch nicht – dass Zustimmung und Akzeptanz zur Marktwirtschaft aufgrund solcher Fehlentwicklungen, die wir einfach laufen lassen, dass Akzeptanz der Marktwirtschaft auf diese Weise erodiert.“

Nachdenkseiten; <http://www.nachdenkseiten.de/?p=19482>.

OTTO BAUER:

1923 in: „Die österreichische Revolution“, bezogen auf 1918/1919:

„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom

Geist der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefährdenden Konflikten in Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariermassen.

Keine bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufbruch gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur Sozialdemokraten konnten wild bewegte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern abhalten. Diese Funktion, die damals die wichtigste Funktion der Regierung war, konnte nur von Sozialdemokraten erfüllt werden.

Kampf gegen Antikommunismus und Faschismus

Ervin Rozsnyai: Die Wurzeln des Faschismus in der Struktur des Imperialismus der Gegenwart

Seit langem als besiegt geltende Krankheiten sind wieder auferstanden: die Lungenschwindsucht, die Cholera, die Pest und andere.

Die gefährlichste von allen aber ist der Faschismus.

Die einst unter die Erde vertriebenen Schreckgestalten werden wieder lebendig, die braune, schwarze und grüne Hemden tragenden Gespenster der Vergangenheit. Hier verschleiert, dort in schamloser Offenheit nisten sie sich - immer öfter - in staatlichen Einrichtungen ein, in der Presse, in den Nervenzentren des Geistes und der Kultur. Sie zersetzen das Denken mit ihrem Gift.

Wenn wir die Ursachen der Erscheinungen, ihre heutigen Eigenheiten und die Aussichten, sie zu bremsen, durchschauen wollen, dann müssen wir die gegenwärtige Phase des Imperialismus vergleichen mit seiner vorherigen staatsmonopolistischen Phase, welche ursprünglich den Faschismus zur Welt brachte.

Zwei wesentliche Momente unterscheiden die heutige Phase von der vorangegangenen: in *technisch-wirtschaftlicher* Beziehung die Entfaltung und Ausbreitung der wissenschaftlich-technischen Revolution, in *politischer* Beziehung die Selbstauflö-

sung der Sowjetunion und die strategische Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung. Das zweite Moment ist jenes, welches es dem internationalen Kapital ermöglichte, die außerordentlich hohen Kosten der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die arbeitende Bevölkerung auch der Zentren, aber hauptsächlich der „dritte Welt“ abzuwälzen und so die wissenschaftlich-technische Revolution fast ausschließlich für sein eigenes Wohl nutzbar zu machen.

Ohne die radikale Umwälzung der Ausrichtung seiner Politik wäre der Imperialismus kaum imstande gewesen, die Ausbeutung in einem solchen Ausmaße zu steigern und die Oberhand über die Krise der siebziger Jahre zu gewinnen.

Es gab qualitative Veränderungen in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur des Imperialismus.

Die Veränderungen pflegt man gewöhnlich als Bewegungen des Überbaues – wirtschaftspolitische und ideologische – zu charakterisieren: es geschehe „Entstaatlichung“, es herrsche ein „neoliberaler Wahn“, der zur „Deregulierung“ führe, der Staat verlasse die Wirtschaft. Natürlich enthalten diese Beobachtungen etwas Wahres, aber sind diese Phänomene tatsächlich dem Überbau zuzuordnen?

Nach unseren Erfahrungen zeigt sich das Wesen der neuen Phase des Imperialismus nicht im Charakter der staatlichen Regulierung bzw. Deregulierung, sondern in der qualitativen Veränderung der Verwertungssituation des Kapitals, weil sich infolge der Revolution der Produktivität die organische Zusammensetzung des Kapitals verändert hat, sich in Folge dessen die Tendenz zu fallenden Durchschnittsprofitraten verstärkt, sich also die *Bedingungen der Akkumulation umgestalten und die zyklische Bewegung des Kapitals zwangsläufig neue, globale Formen annimmt.*

1. Die wissenschaftlich-technische Revolution potenziert die Herstellungs- und Unterhaltungskosten des konstanten Kapitals (c) und verringert damit gleichzeitig den Bedarf an lebendiger Arbeit (v), so dass in den Ländern des Zentrums die absolute Zahl der Industriearbeiter abnimmt. (Auch früher verringerte sich das Verhältnis v zu c regelmäßig, aber mit der Ausbreitung der Erzeugung wuchs in der Industrie trotzdem die absolute Zahl der Arbeiter; jetzt ist damit Schluss.)

2. Wegen der stärker als in allen früheren Zeiten fallenden Tendenz der Durchschnittsprofitrate ist die Erzeugung nur dann lohnend, wenn das Kapital unausgesetzt die Ausbeutung (die Mehrwerttrate) und die verkaufte Warenmenge (die Menge der verkaufbaren Träger des Profits) vergrößert. Das heißt, es benötigt wachsende oder neue Märkte, während es mit der immer weiter steigenden Ausbeutung selbst die Märkte enger macht. Dieser Widerspruch ist nur mit globaler *Weltmarktausdehnung* lösbar. Auf dem Weltmarkt kämpfen die Riesen miteinander; der wird der Sieger sein, welcher bei der Hetzjagd nach Verminderung der Selbstkosten einen Vorteil erlangt.

Zum Zwecke der Rentabilität (Verminderung der Selbstkosten, vor allem der Lohnstückkosten) muss das Kapital also ohne Pause die arbeitskraftsparende, marktverengende Automatisierung und Rationalisierung fortsetzen, sich von „unfruchtbaren“ sozialen Kosten freimachen, „verschlanken“, „flexibilisieren“, in Niedriglohnländer umsiedeln. Perspektivisch verschlimmern sich die chronische Arbeitslosigkeit und der auf den Löhnen lastende Druck, *unvermeidlich brechen die gesellschaftlichen Spannungen auf.*

3. Die „überflüssigen“ Kapitalien, welche der Unsicherheit der Profitrate wegen oder wegen der Probleme der damit zusammenhängenden Überproduktion aus der Industrie ausscheiden, suchen teilweise in den Dienstleistungen Ersatz, wo die Zusammensetzung niedriger ist. Sie rufen Arbeitskräftenachfrage hervor. Danach kommt hier ein Teil der „überflüssig“ gewordenen Arbeiter unter – hauptsächlich in den am schlechtesten zahlenden Zweigen des Sektors. Das Realeinkommen der Arbeiterklasse und ihr Anteil am Nationaleinkommen nehmen ab, die Klasse zerstreut sich, ihre Organisationen der Interessenvertretung, die Gewerkschaften, werden schwächer. Die proletarisierten Massen selbst wiederum vermehren sich schnell und der Verfall ihrer (Lebens-)Verhältnisse *erzwingt früher oder später ihre organisierte Selbstverteidigung.*

4. Die aus der Erzeugung ausscheidenden „überzähligen“ Kapitalien drängen sich überwiegend in die Spekulation, das auch sonst unsichere Gleichgewicht der ganzen Wirtschaft weiter gefährdend. Die Unbeständigkeit und Irrationalität der Lage könnte man mit einer Vielzahl von Beispielen illustrieren. Beschränken wir uns auf zwei. Das eine ist jenes, dass neben stagnierenden Märkten und damit zusammenhängend natürlich auch stagnierender Erzeugung und dem immer schwerer ausgleichbaren Fallen der Durchschnittsprofitrate mächtige Börsengewinne entstehen, und sich für das Kapital die Anlage heute nicht lohnt, wenn sie einen Ertrag niedriger als 12% verspricht. Die andere Merkwürdigkeit ist verbunden mit der Rolle des Staates. Bei der Hetzjagd nach Senkung der Selbstkosten ist die Grundregel der von der wissenschaftlich-technischen Revolution bestimmten Weltmarktkonkurrenz, dass, was fällt, gestoßen werden soll, man also entwertete Technologien nicht künstlich am Leben erhält, sondern sie dem Untergang überlässt oder in Niedriglohnländer umsiedeln, wo man sie noch wirtschaftlich nutzen kann. Das Überleben im Dschungelkampf ist das Vorrecht der Starken; die Starken aber muss man stärken, nicht mit überflüssiger staatlicher Regulierung und so genannten „sozialromantischen“ Umlagen belasten. Die Besitzer großer Kapitalien und Spekulationsgüter sind seit der Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und in Europa nicht mehr interessiert an dem mit den vom Lohn lebenden Massen geschlossenen „Wohlstands“-Kompromiss. Die neoliberalen Theorien und die wirtschaftspolitische Praxis spiegeln diese neuen Verhältnisse wider - mit Losungen wie „Deregulierung“ und der sich auch bis auf die öffentlichen Dienstleistungen erstreckenden „Entstaatlichung“. In Privathand gelangen Erziehung

und Bildung, Gesundheitswesen, Wasser – und Energieversorgung, Post, in entwickelteren Ländern auch der Strafvollzug. Die Gesellschaft wird zu einem einzigen Privatgefängnis. Andererseits fordert das Großkapital vom Nationalstaat, *dass er - trotz aller „neoliberalen“ Propaganda - aktiv in die Wirtschaft eingreift und zwar mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, um mittels der Arbeitsmarkt-, Finanz-, Steuer- und Zollpolitik, der Außenpolitik und der Militärdoktrin, mittels der Subventionspolitik und mittels der Amortisierungs- und Abschreibungsregeln sowie der Steuerpolitik usw.usf. die Verwertung der größten Kapitalien zu unterstützen.*

Der Imperialismus kann in seiner neuen Phase die Macht des Nationalstaates im Verhältnis zur vorangegangenen staatsmonopolistischen Phase noch steigern, nicht selten aber mit Integrationsstrukturen und Entwicklungsmechanismen, die den Nationalstaat überschreiten. In der neuen Phase bläst der Staat mitnichten zum allgemeinen Rückzug, *im Gegenteil: im forcierten Tempo baut er seine Unterdrückungs- und Manipulationsfunktionen aus, immer entschlossener die Klasseninteressen der stärksten Multis zur Geltung bringend.*³

In diesen Verhältnissen sind die Wurzeln des Faschismus der Gegenwart verborgen.

Man könnte glauben, dass nach dem Zustandekommen der „unipolaren“ Welt der Faschismus – zumindest vorläufig – seine Existenzberechtigung verloren hat: es gibt kaum noch Spuren des einst so starken revolutionärer Lagers, kaum revolutionäre Gruppierungen, keine revolutionäre Situation in den Zentren des Imperialismus, gegen niemanden muss dort eine offene terroristische Diktatur ausgeübt werden.

Vergessen wir jedoch nicht, dass die geschichtlichen Faschismen die *präventiven* Waffen der Bourgeoisie waren, welche die Revolution *verhüten* sollten: eine solche Rolle besetzten der italienische und der deutsche Faschismus, ja auch der von Horthy in Ungarn, welcher nach der Niederschlagung der Räterepublik an die Macht gelangte, - mit dem Ziel die Revolution mit Stumpf und Stiel auszurotten und ihrer Wiederholung vorzubeugen.

Die heutige Lage ist natürlich nicht vergleichbar mit der damaligen. Nach der Auflösung der Sowjetunion muss die Bourgeoisie in absehbarer Zeit nicht mit einer Revolution rechnen. Erschütterungen aber kann sie nicht vermeiden.

³ Vgl.: Edeltraut Felfe: Überlegungen zum gegenwärtigen bürgerlichen Staat, „Neue Volkstimme“, April 2003, S.13-14

Die im Zeichen der wissenschaftlich-technischen Revolution sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals, die den Neoliberalismus hervorgebracht haben, haben den Wettbewerb des Weltmarktes in bisher unbekannter Weise verschärft, und das – wir wiederholen es aufs Neue – bringt einerseits für einen Teil der Industriearbeiterschaft und der sozialen Einrichtungen der Zentren ihren für das Kapital notwendigen Abbau mit sich, andererseits spornt er das Großkapital und die durch dieses bewegten Regierungen zur Ausplünderung und Unterwerfung der Völker der „dritten Welt“ an. Die Frage der Weltherrschaftsausdehnung wird dringender und neu gestellt. All dies *löst von Zeit zu Zeit explosionsartige Proteste der geschädigten Massen und Völker aus* (siehe Seattle, Prag, Genua usw.).

Grundlegende Aufgabe des neoliberalen Staates ist, dass er die Freiheit des Wettbewerbs, das ungestörte zur Geltung kommen der Marktgesetze vor den Angriffen der fordernden Volksschichten schützt. Deshalb greift er gelegentlich zum *offenen Terror* – und je mehr die Volksmassen ausgeplündert werden, desto heftiger flammt in der Wechselwirkung mit der Entfaltung der wissenschaftlich-technischen Revolution der Wettbewerb auf dem Weltmarkt auf, immer und mehr.

Der von Fall zu Fall angewandte Terror ist an sich noch kein Faschismus, er ist „*nur*“ *Ausdruck der Neigung zur bzw. des Prozesses der Faschisierung*. Es wäre schwer, den künftigen Verlauf dieses Prozesses voraus zu sagen. Soviel jedoch können wir als bestimmt annehmen, dass sich mit dem Fortschreiten der Akkumulation der Wettbewerb verschärfen wird, seine Lasten werden die Massen um so schwerer drücken. Es ist also wahrscheinlich, dass sich von Seiten der Massen der Widerstand gegenüber der neoliberalen Marktdiktatur verschärfen wird, von der Seite der Multis aber der offene Terror gegenüber den die Marktgesetze hemmenden Massen.

Weder die eine noch die andere Seite hat eine andere Wahl: auf die Massen warten Sklaverei und Untergang, wenn sie sich nicht wehren, auf die Multis wartet der Bankrott, wenn sie den Ungehorsamen nicht Mores lehren. Jemand könnte vielleicht dieses sagen: der Terror ist die Folge des Widerstandes; man darf die Bestie nicht reizen, eher versuchen wir ihr zu gefallen, andernfalls ziehen wir den Kürzeren. Aber in Wirklichkeit *zeigt sich immer wieder, dass der einzige Weg zum Überleben der Selbstschutz der Massen ist*.

Ein Kampf auf Leben und Tod ist im Gange, es gibt keine Möglichkeit ihm zu entgehen. In diesem Kampf macht das Großkapital und dessen jeweiliger Nationalstaat *die faschistische Gewalt beständig*, umso mehr, je weniger sie die wirtschaftlichen Pfeiler ihrer Diktatur in Sicherheit wännen: *die Freiheit des Wettbewerbes, die Hungerlöhne, das Zurückfahren der Sozialleistungen (um die Profite nicht zu schmälern),- die neoliberale Praxis*.

In unserer Zeit *bringt also der in der Sache der „Menschenrechte“ so eifrige Neoliberalismus den Faschismus hervor als für seine eigene Tätigkeit unentbehrliches Instrument*. So erweist er auf eigene Weise Marx' Klassenkampfidee die Ehre.

Wirtschaftlicher und außer-ökonomischer Zwang, Neoliberalismus und Faschismus haben, auch wenn sie dem ideologischen Anscheine nach unterschiedlich sind, *doch den gleichen Inhalt*, als zusammengewachsenes Paar helfen und ergänzen sie einander bei der ständigen Neuauftellung der gesellschaftlichen Existenzbedingungen zugunsten der herrschenden Klasse und deren schlagkräftigster Interessengruppen. Gemeinsam sorgen sie dafür, dass das Kapital vom Nationaleinkommen einen wachsenden Anteil erhält, die mächtigsten Monopole sich vom gesellschaftlichen Gesamtprofit die größten Anteile sichern können, die wirtschaftlich stärksten Länder die schwächeren in neokoloniale Ausbeutung und Abhängigkeit zwingen können, die Rohstoffzufuhr „gesichert“ ist und strategisch wichtigen Ländern der Welt ihre Marionetten werden.

Eine besonders große Rolle erhält die Gewaltanwendung in der internationalen Politik der USA. Als einzige Supermacht verheimlichen die USA nicht ihre Weltherrschaftsansprüche; unter Vorwänden, welche sie selbst nicht ernst nehmen, zertreten sie souveräne Staaten und fremde Völker, unverschämt bedrohen sie ihre ausgewählten Opfer. Ihr Verhalten auf dem internationalen Kampfplatz unterscheidet sich weder im Charakter noch im Stil von dem der einstigen Achsenmächte. Es unterscheidet sich nicht von dem, was der Begriff des Faschismus bezeichnet.⁴

Nach der Definition von Dimitroff ist der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, aggressivsten Gruppen des Finanzkapitals“. Diese Definition von 1935, welche die theoretischen Ergebnisse der früheren Beratungen der III. Internationale zusammenfasst, wurde seitdem mehrmals durch die geschichtliche Erfahrung bestätigt. Es gibt auch heute keinen Grund, ihre Gültigkeit in Frage zu stellen. Ja, logischerweise können wir sie als Muster betrachten, insofern mit der beispielhaften Vereinigung von *Klasseninhalt* und politischer *Form* das Subjekt, die entscheidende Kraft der untersuchten gesellschaftlichen Erscheinung – des Faschismus - von den übrigen Gruppen des Kapitals, die angewandte Herrschaftsmethode von der parlamentarischen Demokratie abgegrenzt wird. Es ist wahr, die das Subjekt qualifizierenden Attribute („reaktionärste“, „chauvinistischste“, „aggressivste“) sind jedes für sich allein nicht die genauesten, aber Dimitroff widmete seine Rede nicht einer wissenschaftlichen Dissertation, sondern der Bestimmung der neuen strategischen Aufgaben und der praktischen Mobilisierung. Bei seinen Zuhörern konnte er voraussetzen, dass sie auf Grund ihrer Erfahrungen genau verstehen, wovon die Rede ist. Es ist kaum zu bezweifeln, dass sich die aufgezählten Attribute auf die

⁴ Dieter Itzerott: Zur „neuen Anti-Hitler-Koalition“, RotFuchs, Mai 2003, S.7

konzentriertesten und zentralisiertesten, gewalttätigsten Finanzkapitalgruppen beziehen, welche wegen ihrer den Durchschnitt weit übersteigenden Mehrwert- und Profitrate im Interesse ihrer Markt- und Börsenhegemonie am meisten die äußere Eroberung und die harte innere „Disziplin“ betreiben. Nazideutschland betreffend verweisen diese Attribute unmissverständlich auf die führenden Monopole der Schwer-, Elektrizitäts- und Chemieindustrie, die durch sie qualifizierten Personen können wir aber auch mit ihren Namen benennen: Krupp, Thyssen, Flick, Kirdorf usw.

Ebenso können wir auch die heutigen amerikanischen Falken nennen: die Familie Bush, Cheney, Powell, Rumsfeld, Wolfowitz, Rice, Ashcroft, ... ; und wir können auf die hinter ihnen stehenden Interessenten im Kreise des Ölgeschäftes, der Rüstungsindustrie, des Waffenhandels usw. verweisen.

Aber funktioniert der auf dem internationalen Schauplatze ausgeübte offene Terror auch „nach innen“? Einfacher gesagt: ist das gegenwärtige politische System der USA faschistisch?

Vermutlich ist es genauer, *von einem Prozess der Faschisierung, der Anhäufung von Elementen des Faschismus* zu sprechen. Der bürgerlich-demokratische „rechtsstaatliche“ Rahmen verengt sich; die Macht der Exekutive - der Präsident und seine Gruppe - zieht gesetzgeberische und richterliche Befugnisse an sich, mit gesetzlicher Billigung macht sie das alltägliche Regieren zur Willkür.⁵

Der ideologische Terror ist erdrückend, hauptsächlich seit den Attentaten des 11. September 2001, welche dem bis dahin wenig beliebten Präsidenten Bush und seiner Mannschaft die Gelegenheit gaben, unter dem Vorwand des „Kampfes gegen den Terrorismus“ den aufgepeitschten Nationalismus bis zur Hysterie zu steigern.

⁵ Im Oktober 2001 nahm das Abgeordnetenhaus der USA den Patriot Act an (Gesetz gegen den Terrorismus). Die Regierung wurde ermächtigt, Telefongespräche abzuhören, Computer, öffentliche Bibliotheken, geschäftliche Käufe zu kontrollieren. „Mehrere Hundert beträgt die Zahl der unter nicht bestimmten Bedingungen gefangen gehaltener „gesetzloser Aufrührer“ (In Indien sind dies mehrere Tausend. In Israel hat man so 5.000 Palästinenser eingekerkert.) Natürlich werden sie nicht als Staatsbürger angesehen, haben sie keine Rechte. Sie können einfach verschwinden - wie die Chilenen zur Zeit des Verbündeten der USA, General Pinochet“. Siehe Arundaty Roy: „Birodalmiinstant keverék (Egyet fizet, kettöt kap.)“ Aus dem Internettext der indischen Verfasserin. Quelle: www.hu/-ligal/ Mana Arundhati 3.html.

Johan Galtung, mit dem alternativen Nobel- Preis ausgezeichneten schwedischer Friedensforscher, qualifizierte die USA wie folgt: „Die USA sind ein geofaschistisches Land. Im Weltmaßstab sind sie faschistisch, obwohl sie im Inland demokratische Züge tragen. Es wäre ein Fehler zu glauben, dass ein Land nicht faschistisch sein kann, wenn es das zu Hause nicht ist. Seit dem 2. Weltkrieg haben die USA nach Schätzungen 12–16 Millionen Menschen getötet.“ („taz“ 28. September 2002)

Die „patriotische“ Demagogie, die die äußere Aggression, auf besondere Weise die irakische, begleitete, schmiedete eine breite „nationale Einheit“ zusammen, sie ergriff auch die Gewerkschaften und die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft. In dieser Atmosphäre wirkten die Millionenmassen und namhafte Persönlichkeiten mobilisierende Protestbewegungen gegen den Irak-Krieg gleichsam als Überraschung. Der Widerstand blieb jedoch nur vereinzelt und eine Rolle spielt dabei die ohne Pause von den Medien fortgesetzte Gehirnverschmutzung, die wirtschaftliche und ideologische Einschüchterung und die seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges immer wieder neu auftretende innere Gewalt.⁶

Es ist auch der Schwäche des Widerstands zuzuschreiben, momentan zumindestens, dass die herrschende Klasse statt der offenen terroristischen Diktatur sich mit verborgenen, „verfeinerten“ Formen des Terrors begnügte. In erster Linie begründet die gegenwärtige wirtschaftliche Struktur des Imperialismus, warum für die amerikanischen Monopolisten in vielen Fällen die „demokratischen“ und „liberalen“ Methoden zweckmäßiger sind als die traditionellen Methoden des Faschismus.

In unseren Tagen ist die Liberalisierung vor allem das Interesse der stärksten Monopole. Die Interessen der Monopolisten der Achsenmächte in den 1930er Jahren waren dem entgegengesetzt, sie wären im Wettbewerb mit ihren mächtigen englischen, französischen und amerikanischen Konkurrenten durchgefallen, wenn ihre Regierungen nicht mit gewaltsamer Zentralisierung alle möglichen Kraftquellen zu ihrer Unterstützung mobilisiert hätten.

Der geschichtliche Unterschied lässt sich auch auf dem Gebiet der inneren Verhältnisse verfolgen. Eines der dringendsten Probleme der „klassischen“ Faschismen war die Bewältigung der 1929 rasch zunehmenden Massenarbeitslosigkeit: man unterwarf die Arbeiter militärischer Disziplin, und mit der Organisation öffentlicher Arbeiten oder auf übrige Weisen stellte man sie für die Schwerindustrie, die Landwirtschaft, die Entwicklung der Infrastruktur zur Verfügung, dabei gleichzeitig die Reallöhne durch staatlichen Zwang niedrighaltend. Das augenfälligste Beispiel der *außerwirtschaftlichen* Gewalt ist vielleicht, dass nach dem Aufsaugen des industriellen Reserveheeres, als die Großindustrie schon Arbeitskräftesorgen bedrängten, die faschistische deutsche Regierung (zwangsweise) die Kleinbetriebe schloss und ihre Besitzer als Lohnarbeiter zu den großen Unternehmen lenkte.

Heute sehen wir den umgekehrten Prozeß. Die Großkonzerne lindern nicht die Arbeitslosigkeit, sie verschärfen sie vielmehr in den Ländern des Zentrums durch Automatisierung, Hinausverlegung, „Verschlankung“ (was unter anderem einschließt, dass

⁶ Vgl. D. Itzerott: zitiertes Ort

aus einem Teil der Angestellten und Arbeiter „Selbständige“, werden, dass so genannte Beschäftigungsgesellschaften und Teilzeitfirmen die Tarifverträge unterlaufen, dass Vollarbeitsplätze in mehrere Teilzeitstellen aufgesplittet werden und kleinere Firmen als Zulieferer vollkommen von den Großunternehmen abhängig werden.) So senkt man die Erzeugungskosten, nicht zuletzt die so genannten „Lohnnebenkosten“, die vom Gesichtspunkt des Kapitals unproduktiven sozialen Ausgaben (Krankheits-, Unfall-, Renten-, Pflegeversicherungen usw.). Die neue sozialpolitische Anschauung bekommt auch einen Namen: „Eigenvorsorge“ taufte sie der schwarze Humor der Multis; jeder ist seines Glückes Schmied!

Entweder vermehrt die abgebaute Industriearbeiterschaft das Reserveheer, oder sie zerstreut sich in den Dienstleistungen und in den sich wiedervermehrenden Kleinbetrieben (welche auf eigenartige Weise die Begleiter *der beispiellosen Konzentration und Zentralisation des Kapitals sind*). Sowohl die Zerstreuung wie auch die chronische Arbeitslosigkeit schwächen weiter die übrigens auch wegen der strategischen Niederlage der internationalen Arbeiterklasse verunsicherten Gewerkschaften. Mit der Schwächung der Gewerkschaften steigert sich auch der Verfall der Fähigkeit der Arbeiterschaft, sich selbst zu schützen. Immer hemmungsloser zerbröselt das Kapital die Reallöhne, gleichzeitig bemüht es sich zielbewusst, *die wertproduzierende Klasse in eine Menge isolierter Einzelwesen zu zerschlagen, sie in ihre Atome zu zerlegen*.

Die Angriffe gegen die Solidarität und Kollektivität der Arbeiter, welche die ganze Geschichte des Kapitalismus durchziehen, verstärkten sich schon in den 1970er und 1980er Jahren, die Schwächung des internationalen Gewichtes der Sowjetunion und die durch die Spitzentechnik ermöglichten neuen Möglichkeiten der Arbeitsorganisation ausnutzend und erreichte ein seit Jahrzehnten nicht mehr beobachtetes Ausmaß nach der Konterrevolution und dem Ende des Sozialismus in Europa.

Die Veränderungen der Arbeitsorganisation richteten sich nicht nur nach den modernen Technologien oder den Umgestaltungen der Erzeugnisse, sondern man setzte sich auch zum Ziel, dass die Leitung die Arbeiter und Angestellten wirksamer kontrollieren kann, um ihre Organisierung zu verhindern. Wo es möglich war vertraute man die Arbeit verhältnismäßig selbständigen Arbeitsgruppen an, welche sich mit allen übrigen Gruppen in scharfem Konkurrenzkampf befinden, ihre eigenen Mitglieder aber untereinander zu Antreibern erniedrigen. Das Kapital ersetzte in möglichst großem Maßstab die mit gewerkschaftlicher Vermittlung vereinbarten Kollektivverträge mit relativ langer Laufzeit durch für kurze Zeit gültige Einzelvereinbarungen, seine Ar-

beiter und Angestellten damit ewiger Furcht vor dem Morgen aussetzend. Seine Findigkeit, aller Arten Furcht wach zu halten, ist einfach grenzenlos.⁷

Während man unter der Überschrift „Deregulierung der Arbeitsbeziehungen“ den gewerkschaftlichen Schutz der Arbeiter zielstrebig abwickelt, spricht die Ideologie von „individueller Freiheit“, vom persönlichen Recht zur Entscheidung. Das Individuum ist alles, die Klasse nur eine Erfindung von Umstürzern. Die Propaganda ist auf das Individuum konzentriert. Statt Gemeinschaftsleben oder Bildung glotzt es den Bildschirm an. Aber das Wesentliche ist natürlich das, was auf dem Bildschirm erscheint – oder nicht erscheint. Die Angelegenheiten öffentlichen Interesses verschwinden. Die Privatangelegenheit avanciert zur Angelegenheit von öffentlichem Interesse, in der wimmelnden Einsamkeit der privatisierten Individuen wird das Gewöhnliche zum geistigen Leckerbissen des Publikums. Das Lieben wird öffentlich zur Schau gestellt, der tierisch entblößte Trieb ist das Pfand der Zuschauerquote. Entfesselter Zorn unter der Überschrift Musik, Rasen anstatt Gefühl. Herausfordernde Geschmacklosigkeit und Pornographie hüllen die Politik in wohltätige Giftwolken. Aber auch die „Moral“ wird nicht vergessen. Die Suggestion lautet: „Wenn du dazu fähig bist, kannst du vorankommen! Dein wird die Dame oder der Prinz deiner Träume - und alles Übrige, was konsumierbar ist! Die Wahrheit siegt, Leistung lohnt sich, der Gute gewinnt seinen Preis.“⁸

In der traditionellen Ideologie des Faschismus verschlingt der Staat das Individuum, in der des Neoliberalismus verschlingt das Individuum die Welt (das Atom den Kosmos – in der Philosophie nennt man das Solipsismus.). Statt Fetisch des Staates der Fetisch des Individuums: zwei gegensätzliche Extreme. Aber sind sie auch wirklich so gegensätzlich? Ein um wie viel besseres Schicksal ist es, im Neoliberalismus ein „Gott“ zu sein als ein Nichts im Faschismus? *Das Individuum erlahmt gesellschaftlich so oder so*, obwohl man seine Hilflosigkeit in dem einen Falle als „Freiheit“, als „Demokratie“, als „Souveränität der Persönlichkeit“ anpreist, im anderen als „nationalsozialistische Volksgemeinschaft“.

⁷ Ein einziges Beispiel, dank der Güte der Multis auch bei uns eingeführt: Sie teilen den Arbeitern und Angestellten mit, dass am Jahresende jedem Zehnten gekündigt wird und andere an ihrer Stelle eingestellt werden. Nur eines sagen sie nicht: Wer unter die Dezimierung fällt.

⁸ Die neue Arbeitsorganisation und die übrigen gegenwärtigen manipulierenden Methoden des Kapitals behandelt ein spanisches Sammelwerk: *Perspectivas del Socialismo hoy*. Madrid, 1992. Band 1–2. Siehe besonders die folgenden Schriften: Ramòn Alòs Moner: *Algunas reflexiones sobre las transformaciones en el mundo de trabajo y el sindicalismo*; Joaquín Arriola Palomares: *Internacionalización e internacionalismo – necesidad de una refundación del movimiento obrero*; Víctor Ríos: *Un apunte sobre del „sujeto“*. II. Band, Seiten 503-507, 521-540, 376-379

Die Faschisten schmähen wütend die Demokratie, den Liberalismus und den „Kommunismus“, die Neoliberalen verdammen im allgemeinen die Diktaturen, dabei Faschismus und „Kommunismus“ über einen Kamm schierend, sie bewerfen alles mit Dreck, worin sie „Kommunismus“ wittern. Ihr „Antifaschismus“, welcher - die so genannte „Totalitarismuskonzeption“ zeigt es - in Wirklichkeit blinder Kommunistenthass ist, *trägt den Faschismus in sich*.⁹

Faschisten und Neoliberale führen heute in ihrem Hass auf den Kommunismus nicht nur dieselbe Sprache, sondern sie stimmen zumeist auch darin überein, dass sie sich Demokraten nennen. Auch noch die Nazis wurden „Demokraten“ – aus „nationalen Sozialisten“ wurden „nationale Demokraten“.

Was verbirgt sich hinter dem Wechsel der Decknamen: der Ansehensverlust des Sozialismus? Natürlich auch dieser, aber das Wesentliche ist tiefer in den strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft verborgen.

Die traditionellen Faschismen entstanden aus den verheerenden wirtschaftlichen und politischen Krisen der damaligen Situation des Imperialismus. Heute verfügt der Imperialismus - trotz aller Unbeständigkeit und allen Ungleichgewichtes - noch über ansehnliche Reserven zum Aufschub einer Katastrophe des Ausmaßes von 1929. Durch die Konterrevolution in der UdSSR und in den sozialistischen Ländern Osteuropas fielen ihm mächtige kolonisierbare Gebiete in den Schoß, mit der radikalen Veränderung der internationalen Kräfteverhältnisse eröffnete sich ihm eine ganze Reihe von Möglichkeiten, mit welchen er seine gesellschaftlichen Spannungen ableiten kann. Die Globalisierung verschiebt die Entwertung der konstanten Kapitalien, die Börsenspekulationen erwecken die aus der Produktion hinausgedrängten Kapitalien zu neuem Leben. Vorerst durchleben die Massen nicht jenen Zustand der Verzweiflung, in welchem sie bereit wären, die Herrschaft des Kapitals in Frage zu stellen. Einen Teil der „überflüssigen“ Arbeitskraft saugen die Dienstleistungen auf, die arbeitsorganisatorischen Manöver usw., den organisierten Widerstand der proletarischen Mehrheit erschwert die atomisierende Zerstreuung, der strukturelle Abbau der Arbeiterklasse. Dieser Abbau ist die organische Folge der heutigen wirtschaftlichen und politischen Prozesse, welcher übereinstimmt mit den Interessen der großen Gesellschaften, gleichzeitig zerbröckelt er die Fähigkeiten der Arbeiterschaft zum Selbstschutz und senkt ihren Anteil am Nationaleinkommen. Die großen Gesellschaften

⁹ Als man in Litauen mit amtlichen Erinnerungsfeiern der SS gedachte, kerkerte man einstige Partisanen ein. Verheugen, Erweiterungskommissar der EU im Ministerrang, billigte dies öffentlich: die Kollaborateure (gemeint sind die antifaschistischen Partisanen) müsse man musterhaft bestrafen. Die liberale Brust verheimlichte nicht, für welche Art „Demokratie“ sie sich erwärmt.

schneiden also gut ab, wenn die wirtschaftlichen Gesetze *störungsfrei, ohne äußere – staatliche oder gewerkschaftliche – Beschränkungen ihre unbewussten (spontanen) Wirkungen entfalten können*: die Steigerung der Ausbeutung in der Erzeugung, der Sieg der Starken im geschäftlichen Wettbewerb.

Deshalb findet das Kapital heute den Kult des isolierten privaten Individuums nützlicher als den faschistischen Kasernengeist, das Schlagwort der „Demokratie“ nützlicher als das Schlagwort der „Volksgemeinschaft“ (oder wie damals in Deutschland des „Nationalsozialismus“), die neoliberale Anarchie der Monopole nützlicher als zentrale, staatliche Eingriffe in die Bewegung der Wirtschaft.¹⁰

Die Prozesse der Globalisierung und Integration können auch die größten kapitalistischen Haie zu „demokratischen“ und „antifaschistischen“ Stellungnahmen ermuntern. Zum Beispiel traten kürzlich deutsche Großindustrielle mit ihrem sie begleitenden Gefolge von Lehensmännern, den bürgerlichen Politikern, in Übereinstimmung für das Verbot einer Partei der Neofaschisten, der NPD, ein. Wurden sie dadurch etwa zu Bannerträgern der Volksfront? Ihre nicht sehr kämpferische Stellungnahme nährte teils der Hunger nach billiger fremder Arbeitskraft, teils die Sorge, dass Hitlers heutige Verehrer mit ihrem nationalen Gehabe die ausländischen Geschäftsfreunde verschrecken könnten. Aus solchen Erwägungen kann das transnationale Kapital – der Geburtsort und die Räuberhöhle des Faschismus – den Anschein eines Bollwerkes der Demokratie erwecken.

Der die Autonomie und die demokratischen Rechte des Individuums betonende Liberalismus fordert übereinstimmend die Liberalisierung des internationalen Handels, welcher die gleichen Rechte für jede Firma und für jedes Land postuliert. So entsteht ein Gemälde, in dem sich in diesem Paradies der Freiheit die Kleinen und die Großen verbrüdern unter diesem sich bis zum Horizont wölbenden Regenbogen der Demokratie. Wo soll hier der Faschismus sein?

Nun, gerade hier springt er herum, vor unseren Augen schlüpft er aus dem demokratischen Ei. Die Großen fressen ganz legitim die Kleinen auf, die noch Größeren die Großen gemäß dem klassischen Muster; und über allem strecken sich dort die USA als „Idealtypus“ des gegenwärtigen Imperialismus aus, welche durch die augenblicklich stärkste Armee des Erdkreises *Staatsterror faschistischen Typus auf dem interna-*

¹⁰ Übrigens traten die Faschisten der Vereinigten Staaten, mit den bürgerlich-demokratischen Tradition des Landes rechnend, bereits in den 1930er Jahren als die Verteidiger der „amerikanischen Demokratie“ auf die Bühne – gegen den bürgerlich-demokratischen Demokraten Roosevelt, der gegenüber den nazifreundlichen Monopolen den wirtschaftlichen Eingriff des Staates verwirklichte.

tionalen Schauplatz ausüben, um damit zu Gunsten ihrer eigenen reaktionärsten Monopolisten die Neuaufteilung der Welt zu erreichen.¹¹ (9)

Dieser nach außen ausgeübte offene Terror lässt einen echten Mannaregen auf die amerikanische Wirtschaft fallen: er hält die Rüstungsindustrie und die angeschlossenen Zweige in Schwung, bremst das Wachstum der Arbeitslosigkeit, zertrümmert Länder, damit die aggressivsten Monopole Anteil erhalten an den dort vorhandenen Ressourcen und dem Wiederaufbaugeschäft; schließlich, aber nicht zuletzt, begründet er die „demokratische“ und damit, und das ist das perfide, die „patriotische“ Demagogie, welche die ausgebeuteten privaten Individuen zu Mitgliedern der großen „nationalen Gemeinschaft westlicher Werte“ oder ähnlichem Blödsinn befördert und sie vor den Karren ihrer Ausbeuter spannt. Letzten Endes *ermöglicht die systematische äußere Anwendung des Terrors faschistischen Typus der Regierung der USA, dass sie die inneren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spannungen des Landes ohne die systematische Anwendung der offenen terroristischen Diktatur überwiegend mit wirtschaftlichen und ideologischen Druck dämpft (einstweilen)*.

Also ist eine Art *Differenzierung* und *Phasenverschiebung* zwischen außenpolitischem und innenpolitischem Verhalten der USA-Regierung wahrnehmbar: schonungslose Waffengewalt gegenüber jenen fremden Ländern, welche nicht bereit sind, auf die erste Aufforderung hin die weiße Fahne zu hissen (z.B. Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen), zu Hause wiederum eher „nur“ wirtschaftlicher und ideologischer Terror (letzterer über die Medien und die bearbeitete öffentliche Meinung; der polizeiliche und richterliche Terror durchdringt vorerst nicht jede Pore des gesellschaftlichen Lebens. Faschismus nach außen, zuhause die Anhäufung faschistischer Elemente; dies ist weder bürgerliche Demokratie, aber auch noch nicht der entfaltete Faschismus, „bloß“ der *Prozess der Faschisierung*, welcher Schritt für Schritt die zurückweichende, obwohl zeitweise *bedeutenden Widerstand* beweisende bürgerliche Demokratie verdrängt.

Was den Widerstand betrifft ist die große Frage: Was wird historisch seine Qualifizierung sein: *Nachhutgefecht oder Kräftesammeln zum Gegenangriff?*

Die amerikanische Wirtschaft verfügt heute über mächtige Produktionskapazitäten; ihnen verdankt sie ihre herrschenden Positionen auf dem Weltmarkt. Der Wettbewerbsvorteil bringt aber bekanntlich komplizierte Widersprüche mit sich. Den wachsenden Kapazitäten steht eine abnehmende zahlungsfähige Nachfrage gegenüber, und der Ersatz der fehlenden Kaufkraft fällt dem Staate zu. Obgleich die Welt „einpolig“

¹¹ Nach Schätzungen beträgt die Schlagkraft der amerikanischen Armee das 19-fache der Armee der BRD.

wurde, ist die Militarisierung auch weiterhin erstrangiges Erfordernis der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die Wirtschaft der USA würde zusammenbrechen ohne die von Jahr zu Jahr in bestürzendem Ausmaße wachsenden Militärausgaben. Natürlich ist der sich auf Hunderte Milliarden belaufende Militärhaushalt dann wirklich nützlich, wenn man die Armee als Instrument außerwirtschaftlichen Zwanges benutzt: für Eroberungen, für Beutemachen, für die Erpressung anderer Länder, für das ihren Völkern Vor-die-Nase-Setzen von Lakaienregierungen – nichts ist edler als die edle „Freiheitsmission“, welche die Profitraten und die Börsenkurse hoch hält ... verzeihen Sie, was das „Banner der Demokratie“ hoch hält, die Welt vor dem „Terrorismus“ und das amerikanische Volk vor den Massenvernichtungswaffen des Irak und anderer „Schurkenstaaten“ schützt (auch dann, wenn diese Waffen gar nicht existieren).

Ohne Zweifel soll der beschützten Welt eingebläut werden, dass es nicht ratsam ist, mit Amerika Händel zu suchen. Was auf kurzer Strecke die Einflussspären der USA stabilisiert, wird sich jedoch, so vermute ich, in der Geschichte als Destabilisierung erweisen.

Obgleich die USA mit ihren Aggressionen die übrigen Teile der Welt heute noch zum Gehorsam zwingen, isolieren sie sich letzten Endes selbst und geraten in die Falle. Nicht nur politisch und moralisch, auch wirtschaftlich. Die die sinkende Nachfrage stützende Aufrüstung und der Krieg, dieser vor Geschwüren stinkende Keynesianismus, erlegt dem Staatshaushalt vielmals größere Lasten auf als die einstige „Wohlstands“politik.

Bei Außenhandels- und Haushaltsdefizit kann der in seinem Durchschnitt ungerechtfertigt hohe innere Lebensstandard nicht ewig durch Einpumpen äußerer Kraftquellen gedeckt werden, der Vorstoß der Rivalen auf dem Weltmarkt nicht aufgehalten werden. Der Euro und die allmählich aufschließende europäische Integration (und in längerer Perspektive auch die vielversprechende chinesisch-indische Annäherung wie sowieso das Erstarken Chinas auf den Weltmärkten) untergraben die Vorherrschaft des Dollar als Leitwährung und die amerikanischen Weltherrschaftspläne. Die Armee allein löst nicht die wirtschaftlichen Widersprüche, wie viel Geld auch immer für sie ausgegeben wird; - beziehungsweise je mehr für sie ausgegeben wird, um so größere Sorgen belasten Wirtschaft. Die Produktivitätsrevolution, welche fortwährend den Wettbewerb auf dem Weltmarkt beschleunigt, überschüttet die Gesellschaft mit immer neuen Beschäftigungsproblemen, international jedoch hält sie ständig die Neuaufteilung der Welt auf der Tagesordnung.

Es ist unmöglich, dass sich bis zur Glut erhitzende Spannungen nicht zu massenhafter Unzufriedenheit und zum Widerstand heranreifen; ebenso unmöglich ist es, dass die

herrschende Klasse nicht zum offenen Terror greift, wenn die traditionellen Formen des Regierens wirkungslos werden.

Die Halbheit – nach außen offener, nach innen begrenzter – Faschismus kann kein endgültiger Zustand sein.

Massenhafte Unzufriedenheit kann leicht auch selbst faschistische („national“ – populistische) Formen annehmen. Die den „Herren“-Faschismus ergänzende populistische Demagogie dient gerade jenem Ziel, die Wut des wild gewordenen Kleinbürgertums und der sich mit ihm vermischenden unbewussten Lumpenelemente mit radikal klingenden Losungen statt auf das Kapital auf die „Fremden“, also auf ethnisches, politisches oder sonstiges Anderssein verkörpernde, kriminalisierte Personen zu richten.

Mussolinis Erfindung ist bis zum heutigen Tage das Vorbild: mit der Verbindung von Terror und Demagogie für das Finanzkapital eine Massenbasis zu rekrutieren aus den vom Kapital Ausgeraubten.

Die „national“-populistische Demagogie hat nicht nur in den unteren Klassen der Länder des Zentrums einen festen Grund: der äußere Faschismus der USA und die international ausgeübte wirtschaftliche Diktatur der Multis setzen weltweit Verteidigungsreaktionen der Verlierer der Globalisierungsprozesse in Gang. Die Bewegungen organisieren sich gegen das Eindringen aus dem Ausland, aber es greift auch unorganisierter, spontaner, manchmal rein stimmungsabhängiger Widerstand um sich. Weil die Eindringlinge mit ihrer Tätigkeit die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung verletzen, stehen ihnen vielerlei gesellschaftliche Schichten unfreundlich oder feindlich gegenüber: nationale und/oder regionale Mittel- und Kleinbesitzer, Besitzlose; und es kommt öfter vor, dass die zurückgebliebenen gesellschaftlichen Elemente der unterworfenen Länder auf die Großmachtaggressivität der Eindringlinge mit ihrem eigenen, „verteidigenden“ oder „Gegenfaschismus“ antworten. Es machen sie die Schandtaten des multinationalen Kapitals rasend, aber nicht deshalb, weil es Schandtaten des Kapitals sind, sondern weil dieses Kapital *amerikanisches*, also allgemein bekannt *jüdisches* ist. (Das faschistische Gesindel nimmt sich ebenfalls der Sache der Palästinenser an – nicht deshalb, weil es eine gerechte Sache ist, welche die israelische zionistische Regierung mit faschistischem Terror niedertritt, sondern weil die Juden für sie allgemein Schurken sind.) Der faschistische Schmutz drängt sich an die fortschrittlichen Bewegungen (wie wir das in Ungarn auf globalisierungskritischen und Antikriegsdemonstrationen wahrnehmen konnten), die fortschrittlichen Bewegungen haben jedoch nicht immer genügend Erfahrung dafür, dass sie, die linken Ziele hervorhebend, die diese beschmutzenden faschistischen Horden von sich fern halten. Die Dinge kehren sich um, kundige Hände verdrehen ihre wahre Bedeutung wie den Hals eines Hühnchens.

In welcher Richtung kann sich der im Zielland des ausländischen Eindringens gedeihende, „verteidigende“ Faschismus entwickeln? Weil das seine Massenbasis bildende „wildgewordene“ Kleinbürgertum – das ihm anhaftende Lumpenproletariat einbegriffen – keine unabhängige Klasse ist, kein zur Modernisierung der Produktion fähiger, selbständiger wirtschaftlicher Faktor, sondern wirtschaftlich und ebenso politisch im Schlepptau des größeren konzentrierten Kapitals treibt, gibt es hinter den lärmenden Phrasen keine eigene Kraft, und so kann diese Abteilung des Faschismus nichts anderes sein als Satellit im Dienste der Kompradorenbourgeoisie, also mittelbar im Dienste der Multis. Sie bekommt die Peitsche in die Hände, die sie über die Ungehorsamen und Verdächtigen schwingen kann, mit der sie austeilen kann, wenn es ihr Freude macht. Keinerlei patriotische Prahlerei kann aber verhüllen, dass sie auf fremdes Pfeifen hin tanzt und mit ihrer Dienstbotenunterwürfigkeit sich die vom Tisch ihrer Herren abgeräumten Speisereste verdienen muss.

Der Faschismus ist also *auch dort die Diktatur des Monopolkapitals, wo es selbständiges heimatliches Monopolkapital nicht gibt.*

Seine Bewegungsfreiheit ist in diesem Falle so groß, dass er bei Verschiebung der Kräfteverhältnisse aus dem Sold der einen Herrschaft in den einer anderen wechseln kann, immer auf seinen derzeitigen Befehlshaber acht gebend, wann man ihn nur zu einem kleinen, aber vorbereitenden Straßenkrawall herbeiruft und wann er „den Zigeuner“, „den Juden“, „den Araber“, „den Nigger“ oder einen anderen in dieser Reihe folgenden Sündenbock zu Brei schlagen kann.

Es ist gleich, ob sich der Faschismus in „eindringender“ oder „verteidigender“ Form zeigt, seine zu erwartende Entwicklung hängt immer auf das engste zusammen mit der der Sozialdemokratie: der Bankrott der Letzteren und der faschistische Vorstoß sind zwei Seiten derselben Medaille.

Ervin Rozsnyai; Übersetzung aus dem Ungarischen: Eberhard Kornagel

Gemeinsame Erklärung kommunistischer und Arbeiterparteien über die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine, entworfen und vorgeschlagen von KKE und DKP

Die aktuellen dramatischen Entwicklungen in der Ukraine stellen keinen »Sieg der Demokratie« und der angeblichen »Revolutionäre« dar, wie von den Medien der USA und der EU berichtet. Es handelt sich um eine gefährliche Entwicklung vor allem für das Volk der Ukraine selbst.

An die politische Oberfläche tauchten mithilfe der EU und der USA reaktionäre politische Kräfte, ideologische Nachfahren der Nazis auf. Neben den Zerstörungen der Büros ihrer Gegner, planen diese Kräfte politische Verfolgungen, vor allem gegen die Kommunisten, sowie rassistische Gesetze zum Nachteil der russischsprechenden Bevölkerung, wie sie in den letzten 20 Jahren in den Staaten des »europäischen« Baltikums, unverhohlen politisch unterstützt durch die EU, gelten.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die diese Gemeinsame Stellungnahme unterzeichnen, erklären:

Wir drücken unsere Unterstützung und Solidarität mit den Kommunisten der Ukraine aus, vor allem mit all denen, die vielerorts auf die Straßen gingen, um die Lenin-Denkmale, sowie andere sowjetische und antifaschistische Denkmale zu schützen, die sich ins Visier der ideologischen »Säuberung« der Geschichte begaben, die die nationalistisch-faschistischen bewaffneten Gruppierungen unternehmen.

Wir verurteilen die USA und die EU wegen ihrer unverhohlenen Verwicklung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine und wegen ihrer direkten Unterstützung für die bewaffneten faschistischen Kräfte. Sie unterstützen dadurch einen historischen Revanchismus gegen die Ergebnisse des 2. Weltkrieges und machen den Antikommunismus zur Staatspolitik, sie beschönigen die faschistischen Gruppen, ihre kriminelle Ideologie und Aktivität, sie treiben die Spaltung des Volkes der Ukraine durch die geplanten Verfolgungen der russischsprechenden Bevölkerung voran.

Wir betonen die Gefährlichkeit der Positionen der opportunistischen Kräfte, die die Illusionen hegen, dass eine andere »bessere« EU, ein »anderes besseres Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine« geben könnte. Die EU, sowie jede kapitalistische zwischenstaatliche Vereinigung, ist ein Wolfsbündnis mit einem tief reaktionären Charakter; sie kann nicht volksfreundlich werden, sie handelt gegen die Rechte der Arbeiter und der Völker.

Wir betonen, dass die Entwicklungen in der Ukraine mit der Intervention der EU und der USA verbunden sind. Sie sind die Folge des starken Konkurrenzkampfes dieser Kräfte mit Russland zur Kontrolle der Märkte, der Rohstoffe sowie der Transportnetze des Landes. Das Volk der Ukraine, wie alle Völker Europas, hat kein Interesse daran, sich auf die Seite des einen oder des anderen Imperialisten, des einen oder des anderen Wolfsbündnisses zu schlagen.

Das Interesse der Arbeiterklasse und der Volksschichten der Ukraine liegt darin, nicht in die »Falle« der nationalistischen, spalterischen Dilemmas auf der Grundlage ethnischer, sprachlicher und religiöser Besonderheiten zu tappen. Sie müssen ihre gemeinsamen Klasseninteressen in den Vordergrund stellen, ihren eigenen Weg des Klassenkampfes, für ihre Rechte und den Sozialismus einschlagen. Der Sozialismus ist und

bleibt aktueller und notwendiger denn je. Das ist die Perspektive gegen jede kapitalistische zwischenstaatliche Vereinigung, damit der Weg für eine Wirtschaft und eine Gesellschaft auf der Basis der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und nicht auf der Basis der Profite eröffnet wird.

Unterzeichner:

Kommunistische Partei Albaniens, Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus, Demokratische Fortschrittliche Tribüne, Bahrain, Arbeiterpartei Bangladeschs, Brasilianische Kommunistische Partei, Neue Kommunistische Partei Britanniens, Kommunistische Partei Bulgariens, Partei der bulgarischen Kommunisten, Union der Kommunisten in Bulgarien, Dänische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Dänemarks, Kommunistische Partei in Dänemark, Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Arbeiterpartei Finnlands, Pol der kommunistischen Wiedergeburt in Frankreich, Union der Revolutionären Kommunisten Frankreichs, Vereinigte Kommunistische Partei Georgiens, Kommunistische Partei Griechenlands, Arbeiterpartei Irlands, Kommunistische Partei Irlands, Kommunistische Partei Italiens, Jordanische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Kanadas, Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens, Kommunistische Partei Maltas, Kommunistische Partei Mexikos, Sozialistische Volkspartei, Mexiko, Marxistische Bewegung Volkswiderstand, Moldau, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, Kommunistische Partei Norwegens, Partei der Arbeit Österreichs, Kommunistische Partei Pakistans, Philippinische Kommunistische Partei (PKP-1930), Kommunistische Partei Polens, Kommunistische Arbeiterpartei Russlands, Kommunistische Partei der Russischen Föderation, Kommunistische Partei der Sowjetunion, Kommunisten Serbiens, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, Serbien, Kommunistische Partei der Slowakei, Kommunistische Partei der Völker Spaniens, Kommunistischen Partei Sri Lankas, Sudanesische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Schwedens, Kommunistische Partei, Schweden, Syrische Kommunistische Partei, Kommunistische Partei der Türkei, Union der Kommunistischen der Ukraine, Kommunistische Partei Venezuelas.

***Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien Europas:
Erklärung gegen den Antikommunismus, gegen das Verbot kommunistischer Parteien und ihrer Symbole***

Geschichtliche Ereignisse und Tatsachen müssen auf Grundlage historischer Erfahrungen und mit dem Kampf und den Interessen der Menschen als Kriterium bewertet werden.

Seit den 1990er Jahren sind wir Zeugen einer fortgesetzten Geschichtsfälschung. Die vulgäre und intellektuelle Welle des Antikommunismus geistert in Europa umher und

versucht, den historischen Beitrag des Sozialismus in der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten zu verleumdern. Diese Kampagne steigert sich kontinuierlich, im Verhältnis zur weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung der EU-Länder.

Die „INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten“ weist auf die Verkommenheit der Argumente der antikommunistischen Kräfte hin, die heute an der Macht sind und die Kontrolle über die Propagandamechanismen ausüben.

1. Die Ergänzung der Strafgesetze, die durch einige Parlamente ehemaliger sozialistischer Staaten in der EU vorgenommen wurde, ist eine Fortsetzung der ideologisch-politischen Offensive der herrschenden Klasse, um ihre Interessen durchzusetzen.

2. Die Ergänzung der Strafgesetze basiert auf der verbreiteten Theorie des Totalitarismus, die im 20. Jahrhundert in den USA entwickelt wurde, um als ideologische Waffe im Kampf gegen die UdSSR und den Sozialismus zu dienen. Und diese behauptet eine Parallele zwischen dem Nazifaschismus und Kommunismus; die Ideologie des Totalitarismus wurde zur offiziellen Ideologie der EU und der Regierungen in vielen Mitgliedstaaten wie auch anderer kapitalistischer Staaten. Der Zweck der antikommunistischen Gesetzgebung ist die Stärkung der Diktatur des Kapitals. Die Unterstützer des Systems sind sich bewusst, dass die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter keine positive Meinung über das System hat, daher orientieren sie darauf, die Menschen zu indoktrinieren, zu manipulieren und ihnen Angst zu machen. Das Ziel besteht in der Kriminalisierung des Kampfes für den Sozialismus, der die wahre Alternative zum Kapitalismus darstellt, damit die Menschen eingeschüchtert sind und den Kampf für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufgeben.

3. Die Verstärkung der antikommunistischen Offensive insgesamt und insbesondere in ehemals sozialistischen Staaten sowie die Verbote gegenüber kommunistischen Symbolen intensivierten sich in der kapitalistischen Krise, die die Situation der Arbeiterklasse und der Volksschichten verschlechtert und mittels Täuschungen Ängste und Unsicherheit bezüglich der Zukunft schürt. Typisch ist der Fall der Ukraine, wo die USA und die EU eine Regierung unterstützen, an der sogar faschistische Parteien beteiligt sind. Wir verurteilen den Antikommunismus sowie die Vandalenakte gegenüber Leninstatuen und anderen antifaschistischen Monumenten. Wir verurteilen die Pläne, die Kommunistische Partei und die kommunistische Ideologie in der Ukraine zu verbieten.

Für die antikommunistische Kampagne gibt es auch konkrete Beispiele in anderen europäischen Ländern, wo sie mit legislativen Mechanismen umgesetzt wird und

darauf abzielt, die Aktivitäten der kommunistischen und Arbeiterparteien zu behindern, sowie eine ideologische Kampagne durchführt, um den Kampf für den Sozialismus zu diskreditieren, wodurch sich die Angst der herrschenden Klasse angesichts der Möglichkeit vermehrter revolutionärer Aktionen unter den arbeitenden Massen zeigt.

Die antikommunistische Offensive geht auch Hand in Hand mit der Verstärkung der imperialistischen Aggressivität und versucht, den Kampf der Kommunisten gegen die imperialistischen Kriege und Interventionen der USA, der NATO und der EU gegen die Völker, die schmerzliche Konsequenzen haben, zu behindern.

4. Innerhalb dieser Entwicklungen bemerken wir auch das Wachstum der Kräfte des Faschismus sowie die Verstärkung profaschistischer Tendenzen, des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit und des Militarismus. Den Mutterboden des Faschismus bildet der Kapitalismus, dessen Werkzeug er im Kampf gegen die kommunistische und Arbeiterbewegung ist.

5. Die Ergänzung der Strafgesetze bedeutet eine legislative Unterstützung für politische Prozesse und Eingriffe, die die objektive Geschichtsforschung behindern, um die Resultate der Forschung vorherzubestimmen und zur Diffamierung des Sozialismus zu missbrauchen.

Die „INITIATIVE kommunistischer und Arbeiterparteien zur Erforschung und Ausarbeitung europäischer Themen und zur Koordinierung ihrer Aktivitäten“ ruft die Arbeiterinnen und Arbeiter auf, verstärkt Widerstand zu leisten gegen die Hetzjagd auf kommunistische und Arbeiterparteien und ihre illegalisierten Symbole, um tatsächlich alle antikommunistischen Maßnahmen abzuschaffen. Der Kampf der Arbeiterklasse muss diese Aufgabe als eine vordringliche einstufen, da die antikommunistische Kampagne versucht, das finale Ziel der Emanzipation aller ausgebeuteten Menschen zu verhindern. Wir setzen unseren Kampf ungeachtet dieser antikommunistischen Gesetze fort. Ihre Argumente sind schwach und zerbrechlich, und wir können ihnen gegenüber entschlossen vorgehen im gemeinsamen Kampf mit den Kräften des Volkes.

Initiative kommunistischer und Arbeiterparteien

Horst Schneider: Fragen zu Zielen und Prinzipien der „neuen“ deutschen Außenpolitik

„Über den Erfolg von Außenpolitik entscheidet die Geschichte“ (F.W. Steinmeier)

Nach der Unterzeichnung „unseres Plans“ (Steinmeier) zur Veränderung der Regierungsspitze in Kiew am 21. Feb., der nach wenigen Stunden Makulatur wurde, gab der sozialdemokratische Außenminister dem SPIEGEL¹² ein Interview. Darin gibt es Feststellungen, die den Leser zu genauer Prüfung und zu Fragen zwingen.

Steinmeier behauptet, „dass der Stellenwert von Außenpolitik sich wieder positiv zu verändern beginnt.“ Wann in der Geschichte der Bundesrepublik hatte Außenpolitik keinen großen Stellenwert? Der Außenminister trompetete:

„Ich habe im Auswärtigen Amt einen Prozess der Selbstüberprüfung eingeleitet. Es geht darum, eine öffentliche Debatte über die Bedingungen und Perspektiven deutscher Außenpolitik anzustoßen. In unserem „Review 2014 – Außenpolitik-Weiter-Denken-Prozess“ wollen wir auch danach fragen, ob deutsche Außenpolitik in den letzten Jahren die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat.“¹³

Welchen „Schwerpunkt“ hatte die deutsche Außenpolitik gesetzt? (Gemeint sind die Leute, die die Linie der Außenpolitik bestimmen). Worin besteht das „Neue“? Im Steinmeiers Erklärungen sind Worte wie Frieden, Friedenspflicht, Völkerverständigung, Völkerrechtsnormen, Vertragstreue, gute Nachbarschaft und ähnlich überaus rar.

Stattdessen wimmelt es von „deutschen Interessen“ und „Verantwortung“ weltweit.

Aber worin bestehen denn in der Beziehung zu Kiew „deutsche Interessen“ - wessen und welche? - wofür übernehmen wir Verantwortung? Ist die Ukraine (schon) deutsches Protektorat? Was die Begriffe betrifft: In einer Arbeit, die für die politische Bildung gedacht ist, kann jeder lesen: „Die rot-grüne Bundesregierung hat während ihrer siebenjährigen Amtszeit keine schriftlich niedergelegte Bestimmung ihrer handlungsleitenden Interessen, Ziele oder Strategien vorgenommen, obwohl gerade Bundeskanzler Schröder den Interessenbegriff häufig verwendet hat. Dabei sind seit der

¹² „Der Spiegel“, 2014/9, S. 37f.

¹³ Ebenda, S. 38

Publikation des Weißbuches 1994 nicht nur mehr als zehn Jahre vergangen, sondern es hat sich in den internationalen Beziehungen vieles sehr grundlegend verändert.¹⁴

Mit einer abermals veränderten Lage begründet Steinmeier nun seine „neue“ Außenpolitik, vor allem die größere „Verantwortung“ Deutschlands. Aber worin besteht denn nach zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen und nach Maßgabe des Völkerrechts und des Grundgesetzes Deutschlands Verantwortung? Dass von deutschem Boden kein neuer Krieg ausgeht. Das steht auch im Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrages¹⁵. Hat der Bundespräsident den Vertrag gekündigt?

Deutschland müsse Schluss machen mit der „Kultur der Zurückhaltung“. Wann und wo hat sich denn Deutschland seit 1990 „zurückgehalten?“

Die NATO war u.a. gegründet worden, „to keep the Germans down“. Daraus wird jetzt: Deutschland mischt sich weltweit in Bürgerkriegen und Konflikte ein.

Die Entwicklung in der Ukraine könnte zu einem weiteren Testfall für die verheerenden Folgen auch für Deutschland werden. Dringender denn je ist die Frage zu beantworten: Welchen Prinzipien folgt die deutsche Außenpolitik? Welche Ziele strebt sie an? Angesichts der Tatsache, dass die Aussagen führender Politiker vage sind, suchte ich die Antwort im Gegensatz. Es kann nötig und nützlich sein, die Außen- Sicherheits- und Militärpolitik der beiden deutschen Staaten vor 1990 zu vergleichen. Die Hauptunterschiede sind gravierend.

Im (provisorischen) Grundgesetz der BRD legt der Artikel 25 den Vorrang des Völkerrechts fest. Die Vorbereitung eines Angriffskrieges ist verboten: „(1) Handlungen, die geeignet und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“¹⁶

Der Trick von Juristen: Nur die „Vorbereitung“ eines Angriffskrieges ist strafbar, nicht seine Durchführung. Die 1949 versprochenen Gesetze fehlen bis heute.

¹⁴ Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik. Eine Einführung. 2. Auflage, S. 89

¹⁵ Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Bonn 1995, S. 699f.

¹⁶ Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, S. 24/5

In der DDR gab es eine völlig andere Lage.

Sie war ein zuverlässiger Partner und Faktor im Kampf der Völker für Frieden, Sicherheit, friedliche Koexistenz und Entspannung. Die DDR hat nie Kriege geführt. Rüstungshaie gab es in ihr nicht.¹⁷ In der Verfassung der DDR, die 1968 von den Bürgern legitimiert worden war, waren die Ziele und Prinzipien der DDR-Außenpolitik präzise formuliert, die in der politischen Praxis strikt eingehalten wurden.

Artikel 6:

-1- Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des deutschen Volkes und der internationalen Verpflichtungen aller Deutschen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet und betreibt eine dem Frieden und dem Sozialismus, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienenden Außenpolitik.

-2- Die Deutsche Demokratische Republik pflegt und entwickelt entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus die allseitige Zusammenarbeit und Freundschaft mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den anderen sozialistischen Staaten.

-3- Die Deutsche Demokratische Republik unterstützt die Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit und pflegt auf der Grundlage der Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung die Zusammenarbeit mit allen Staaten.

-4- Die Deutsche Demokratische Republik erstrebt ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und eine stabile Friedenssicherung in der Welt. Sie setzt sich für die allgemeine Abrüstung ein.

-5- militärische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet.

Artikel 8 (Fassung von 1974)

-1- Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich.

¹⁷ Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

-2- Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.¹⁸

Haben wir genügend Phantasie, um uns vorzustellen, welches Glück es für das „wiedervereinigte“, Deutschland wäre, wenn es eine solche Verfassung hätte und einhalten würde?

Nachdem wochenlang ein Trommelfeuer von (Fehl-)Informationen über die Vorgänge in der Ukraine auf die Konsumenten der Medien niedergegangen ist, bedarf es des Nachdenkens, Prüfens und Streits, um das Wesen und die Gefahren der Entscheidungen deutscher Außenpolitik zu erfassen.

Es ist besser, wenn *wir unsere* Fragen stellen, um auf entscheidende Aspekte und Ergebnisse aufmerksam zu machen:

Was ist das strategische **Ziel** „deutscher“ Außenpolitik? Worin bestehen „deutsche Interessen“? Welche Prinzipien liegen „deutscher“ Außenpolitik zugrunde? Welche Maßnahmen werden beschlossen, welche Wege beschritten? Welchen Maßstab legen wir bei unseren Urteilen an? Ist da Willkür erlaubt? Gehört zur NATO-Mitgliedschaft Nibelungentreue?

Die Hauptlehre deutscher Geschichte ist unverzichtbarer Maßstab: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Das war das Vermächtnis von 1945, das in der UN-Charta und den Nachkriegsverträgen – sogar noch im 2plus4 Vertrag von 1990 – Völkerrechtsnorm wurde.¹⁹

Krieg und Faschismus sind und bleiben Verbrechen.

Die DDR ist dem Vermächtnis und den Völkerrechtsnormen bis zum Ende treu geblieben. „Von deutschem Boden darf kein neuer Krieg ausgehen“ war ihr Prinzip noch in der Stunde des Untergangs. Schlüsselbegriffe waren Friedenspflicht, friedliche Koexistenz, Versöhnung, Abrüstungsbeitrag, Entspannung, antiimperialistische Solidarität.

Welche Schlüsselbegriffe verwendet heute Angela Merkel?

Mit dem Sieg der Konterrevolution 1989/ 90 änderte sich auch das Machtgefüge in den internationalen Beziehungen. Zur Kernfrage wurde: Wird Krieg wieder „Normalität“ für Deutschland, obwohl es doch „nur noch von Freunden umgeben“ ist?

¹⁸ ebenda

¹⁹ Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Bonn 1995

Es war zeitig absehbar, welcher Marsch geblasen wurde und wer den Taktstock auf dem Marsch in neue Kriege schwang. Ich wähle nur ein Beispiel: Wolfgang Ischinger und Rudolf Adam, damals Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, philosophierten zum Thema „Die deutschen Interessen nach der Wiedervereinigung und ihre außenpolitische Verwirklichung.“²⁰ Über „deutsche Interessen“ wird dort u.a. gesagt: „Nur wenn wir schlüssig darlegen können, weshalb die Fortführung der bisherigen Politik einschließlich der europäischen Integration im vitalen eigenen Interesse liegt, wird deutsche Außenpolitik überzeugend der Sorge entgegentreten können, Deutschland versuche vielleicht doch - in Bismarcks Worten -, im Namen Europas Forderungen geltend zu machen, die es im eigenen Namen nicht mit Aussicht auf Erfolg vorbringen könnte.“ Also: „Europa“ als Nebelwand, hinter der die „deutschen“ Interessen verhüllt und die „deutschen“ Raketen aufgestellt werden.

Inzwischen kann jeder im Weißbuch der Bundeswehr 2006 und im Entwurf der EU-Verfassung nachlesen, wie weit die „deutsche“ imperialistische Politik vorangekommen ist.

Schon in Heiligendamm wurde diese Politik auf offener Bühne erkennbar.

Im Vorfeld des G8-Gipfels veranstalteten manche Medien ein großes Rätselraten über die Absichten der Kanzlerin. „Der Spiegel“²¹ (10) überschrieb eine Betrachtung: „Meisterin des Ungefähren“. Die Kanzlerin als Sphinx? Die rhetorischen Fragen der Redakteure lauteten: „Wie definiert Merkel das Verhältnis Deutschland zu den USA? Wie eng sollen die Beziehungen zu Russland sein? Wie verhält sich Berlin, wenn Moskaus und Washingtons Interessen aufeinander prallen? Bleibt es neutral, oder soll es Partei ergreifen? Und wenn ja, für wen? Was bedeutet das für die osteuropäischen Nachbarn?“ Schon die Fragen beweisen, dass „deutsche“ Außenpolitik keine Prinzipien hat, aber es sind zweifellos existentielle Fragen. Wir werden auf sie eingehen, zumal „Der Spiegel“ behauptet: „Die Fragen sind so gravierend, dass die Deutschen ein Recht darauf haben zu erfahren, was ihre Regierungschefin will, doch die bleibt im Ungefähren. Merkel spielt auf Zeit.“

„Pakt mit Amerika“²²

Es wird wohl nicht einmal Angela Merkels Protest auslösen, wenn wir feststellen, dass für die Kanzlerin der „Pakt mit Amerika“ (gemeint sind die USA) größte Priorität

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. März 1995

²¹ DER SPIEGEL, 2007/3, S. 38

²² DER SPIEGEL 2007/18, S. 22

tät besitzt. Aber welche „deutsche Interessen“ werden damit bedient, welche Folgen hat dieser „Pakt“?

Als die BRD NATO-Mitglied wurde, behaupteten Politiker in den westlichen Hauptstädten, der Eintritt diene auch dazu, die „Germans down“ zu halten. Und natürlich sollte der Westen vor der „sowjetischen Aggression“ geschützt werden (Die „rote Gefahr“ war die psychologische Wunderwaffe schon für Hitler gewesen).

Nach 1990 hatte die NATO ihre bisherige offizielle Existenzberechtigung verloren, aber sie löste sich nicht auf, sondern ihr aggressiver Charakter entpuppte sich immer unheilvoller. Heute ist die NATO Instrument der Weltherrschaftspläne der USA, die als „Krieg gegen den Terrorismus“ getarnt werden. Dieser Krieg kennt keine territorialen und zeitlichen Grenzen, er ist ein Angriff auf Völkerrecht, Vernunft und (auch christliche) Moral. Und Deutschland macht mit. Als imperialistischer Staat hilft die BRD, der übrigen Welt ihre „Ordnung“ aufzuzwingen, wobei es gelegentlich um Auseinandersetzungen in der Hierarchie der Imperialisten gehen kann.²³ Insofern sind die USA, England, Frankreich und Deutschland nicht nur Komplizen, sondern auch Konkurrenten - beim „Rüstungskuchen“ besonders deutlich zu sehen. Im April 2007 wurde gemeldet: „Nach der Asienreise von Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) macht sich die deutsche Rüstungsindustrie Hoffnungen auf ein Milliardengeschäft mit Japan.“²⁴ Im Weißbuch der Bundeswehr gibt es zahlreiche Festlegungen im Interesse des deutschen Rüstungskapitals.²⁵(14)

Aus der Nibelungentreue Merkels gegenüber Bush (aus der Sicht Brzezinskis eine geforderte Vasallenrolle) ergab sich die Haltung der deutschen Regierung zu den Kriegen in Irak und Afghanistan, zum geplanten Raketenabwehrsystem der USA in Tschechien und Polen, zum weltweiten Einsatz der Bundeswehr, zur Billigung der Nutzung von Militärbasen der USA in Deutschland usw.

Nach Ernst Uhrlau, der Präsident des Bundesnachrichtendienstes war und es wissen musste, ist der Krieg der USA gegen den Terror ein „Kreuzzug, der die Welt mit Gewalt demokratisieren will“.²⁶ „Demokratie“-Export mit Gewalt? Welche UNO-Charta hat Ernst Uhrlau?

²³ Brandt, Konstantin u.a.: Stopp NATO, Berlin 2009

²⁴ DER SPIEGEL, 2007/23.9., S. 19

²⁵ Weißbuch der Bundeswehr 1994 zur Sicherheit...; Weißbuch der Bundeswehr 2006 zur Sicherheitspolitik. Für die Weißbücher haben Helmut Kohl und Angela Merkel das Vorwort geschrieben.

²⁶ DER SPIEGEL 2007/21, S. 46

Wenn dieser selbstmörderische Weg, wie jetzt von Steinmeier bekräftigt, fortgesetzt wird, kann Bert Brechts Mahnung für Deutschland eintreffen: Karthago führte drei Kriege... nach dem dritten war es nicht mehr auffindbar.

„Die neue Eiszeit“

Wenn von „deutschen Interessen“ die Rede ist, bedürfen die Beziehungen zu Russland besonderer Aufmerksamkeit und Pflege. Der faschistische Krieg gegen die Sowjetunion (auch für die USA das „Reich des Bösen“) hat Deutschland in die tiefste nationale Katastrophe gestürzt und die aggressive Ostpolitik der BRD als Mitglied der NATO hat Deutschen in Ost und West die Last der Spaltung und der Rüstung aufgebürdet.

Die DDR war Verbündeter der UdSSR, die BRD ihr gefährlicher Feind, der allerdings auch wusste: Der Schlüssel zur Einheit liegt in Moskau. Gorbatschow und Jelzin haben ihn (und ihr sozialistisches Vaterland) an die Imperialisten, die Bush, Kohl und Rice verkauft. Jetzt regiert in Moskau Putin, der den Weg des ökonomischen Ausverkaufs und nationalen Unterwerfung gestoppt hat. Auch Russland und seine Bourgeoisie haben Interessen. Während Gerhard Schröder Putin noch zum lupenreinen Demokraten erklärte, giftet nun Angela Merkel schon, wenn eine Anti-Putin-Demonstration behindert wird. „Der Spiegel“ urteilte bei der Amtseinführung Merkels: Ihre EU-Präsidentschaft könnte „als Beginn einer neuen Eiszeit in die Geschichtsbücher des Kontinents eingehen“.²⁷

Auf wessen Kosten? Mit welchen Risiken?

In Putins Person sei der „geballte Machtanspruch des russischen Großreiches“ verdichtet. „Dieser Putin hat das Milchglas der beruhigenden Worte und komplizierten Gesten bewusst zertrümmert und tritt unverstellt als rücksichtsloser Vertreter russischer Großmachtinteressen auf.“²⁸ Und welche Motive bewegen Putin? „Moskau will sich nicht damit abfinden, dass die NATO in den Ländern des ehemaligen Warschauer Paktes und in ihren Nachfolgestaaten der Sowjetunion Fuß fasst. Das Gefühl, von Feinden umgeben zu sein, speist sich auch aus dem Schmerz über den Territorial- und Einflussverlust nach dem Untergang der Sowjetunion.“ Entspricht das nicht der Realität?

²⁷ Ebenda, S. 25

²⁸ Ebenda, S. 20

Karl Theodor zu Guttenberg, CSU-Abgeordneter im Bundestag und deren Obmann im außenpolitischen Ausschuss, glaubte Putin belehren zu müssen: „Außenpolitik ist auch für uns Interessenbewahrungspolitik“.²⁹

Nur: Welches Interesse verfolgen „wir“, wenn USA-Raketen den Kreml im Visier haben? Hatte Guttenberg Gehirnschwund? Erinnerste er sich nicht mehr, wie Kennedy auf die Installierung sowjetische Raketen in Kuba reagierte und Helmut Schmidt auf die „Raketenlücke“? Und jetzt soll die russische Regierung tatenlos zusehen, wie ihr Land eingekreist und gedemütigt wird?

In dem eingangs zitierten Interview Steinmeiers findet sich der Satz: „Russland ist ein europäisches Land, und ich will, dass es so bleibt.“ Liegt Russland in Europa, weil und solange es Steinmeier will? Entscheidet Berlin über die russische Politik? Unter Gorbatschow und Jelzin tanzte der russische Bär für die, die dafür bezahlten. Aber hat nicht auch Russland Interessen und Verantwortung?

Darf in dieser Situation an den Gruß J.W. Stalins erinnert werden, den er anlässlich der Gründung der DDR an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sendete?

„Wir gehören zu den neuen Kreuzrittern“ (Der Spiegel“ 14/ 2007 S. 46)

Mit „Wir“ meint der „Spiegel“ die Deutschen, und der „Kreuzzug“, den „wir“ führen, findet von Afghanistan bis zum Kongo statt. Eingedenk des Bimarckschen Ratschlags, dass derjenige, der Krieg führt, Gründe finden sollte, die auch noch nach dem Kriege glaubhaft sind, wurden die Kreuzritter fündig. Der Krieg findet zum Segen der Bekriegten und Besiegten statt. Zu Hitlers Zeiten wurde des „Vaterland verteidigt“ und der „Bolschewismus“ bekriegt. 1989 wurden die Völker der sozialistischen Staaten „befreit“. Jugoslawien musste zerbombt werden, um ein neues „Auschwitz“ zu verhindern. Irak wurde überfallen, damit nichtexistierende Waffen nicht die Menschheit gefährden. In Afghanistan benahmen sich die Taliban, die von den USA gegen die UdSSR unterstützt worden waren, nicht wie Demokraten.

Das „geläuterte“ Deutschland führte in Jugoslawien und Afghanistan nicht Kriege, sondern „humanitäre Interventionen“ und „Frieden schaffende Einsätze“. Der Missbrauch der UNO ist alltäglich geworden, und manche „Linke sind zu Bellizisten geworden.

Der damalige Vorsitzende der Grünen, Reinhard Bütikofer, hatte zu Ostern 2007 die Friedensbewegung ungewohnt scharf kritisiert: „Wer Auslandseinsätze der Bundes-

²⁹ Ebenda, S. 29

wehr kategorisch ablehnt, der betreibt meines Erachtens nicht Friedenspolitik.“³⁰ Die Logik des Grünen: Wenn die Bundeswehr bombt und schießt, ist das „Friedenspolitik“. Grassiert unter Politikern die Schizophrenie? Oder wissen Grüne, welches „Recht“ und welche „Aufgabe“ solches Tun „legitimiert“? Im Unterschied zu Bükofer war Ernst Uhlrau, der Chef des BND, in der Lage, sich die Reaktionen der Überfallenen vorzustellen: „Uhlrau: Machen wir uns nichts vor: Wir gehören aus Sicht der Terror-Urheber und ihrer Helfershelfer zu den „Kreuzrittern“. Deutsche Soldaten stehen in Afghanistan, die deutsche Marine fährt Patrouille am Horn von Afrika und im Mittelmeer vor der libanesischen Küste. Wir sind in dieser Auseinandersetzung also aus der Sicht der Terroristen eindeutig positioniert, sie sehen uns auf der Seite der Angreifer.“

Haben sie Unrecht?

Da es sich um einen asymmetrischen Krieg handelt, wehren sich die Afghanen und Iraker mit Waffen, die sie haben. (Im Partisanenkampf gegen Napoleon war das auch schon so.) Sicher kann der Widerstand in Kundus als „Rache für deutsche Tornado-Politik“³¹ gewertet werden, aber wer der „Rache“ entgegen will, muss die Bundeswehr zurückziehen.

„Afrika ist unser direkter Nachbar“

Diese epochale Entdeckung machte die Verteidigungsministerin von der Leyen und fügte hinzu, dass „an der Meerenge von Gibraltar... die Kontinente nur 14 Kilometer voneinander entfernt liegen“. Diese Tatsache war schon Römern und Karthagern, britischen Kolonialoffizieren und Napoleon, sogar Mussolini und Hitler bekannt.

Was aber folgt aus der geographischen Nachbarschaft? Das „Europa“ sich hemmungslos in Afrika austoben kann? Reichen die Erfahrungen und Leiden der Kolonialherrschaft in Deutsch Ost- und Deutsch-Ostafrika (heute Angola und Tansania) noch nicht aus? Zugegeben: Von der Leyen ist nicht die erste, die Afrika neu entdeckte, und natürlich ist die Entdeckung auch kein Zufall. Wenn auf der „Agenda“ in Heiligendamm auch Afrika als Thema auftauchte, war das nicht Ausdruck dieser Sorge um die Völker Afrikas, sondern die Verletzung ihrer Menschenrechte.

Beide Menschenrechtskonventionen, die über politische und die über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 16. Dezember 1866, von der BRD am 3.1.1976 ratifiziert, beginnen in Artikel 1.1 mit dem Satz: „Alle Völker haben das Recht auf

³⁰ DER SPIEGEL, 2007/20, S. S. 13

³¹ Neues Deutschland, 12. März 2007

Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

Dieses Recht darf durch niemanden eingeschränkt werden. Die verzweifelte Lage in den meisten afrikanischen Ländern resultiert aus dem kolonialen Erbe, der Einsetzung willfähriger Marionetten (oder die Ermordung solcher Politiker wie Patrice Lumumba) und dem Missbrauchs der „Entwicklungshilfe“ zur Ausbeutung der Ressourcen und der Steigerung des Absatzes eigener Produkte. Viele Folgen sind absehbar: Francois Traore, Präsident von Burkina Faso, weiß, die Fluchtwelle von Afrika nach Europa wird anschwellen. Denn wer in der Heimat keine Existenzgrundlage mehr hat, lässt sich auf Dauer nicht von Zäunen, Küstenschutzbooten oder Soldaten aufhalten: „Wenn die reichen Länder jede Entwicklungschance in unseren Ländern zerstören, dann müssen wir uns eben in ihnen entwickeln“, sagt Samba Gueye, Traores Amtskollege im Senegal. „Wir haben Erdnüsse exportiert, das wurde uns kaputtgemacht. Wir exportierten Fisch, der wurde uns weggefangen. Nun exportieren wir eben Menschen.“ (Der Spiegel 19/2007 S.131)

Es wird auf Dauer nicht helfen, Europa zur „Festung“ erklären zu wollen.

„Neues vom Chamäleon Krieg“

Das ist der Titel eines der Berichte, den Herfried Münkler im Vorfeld von Heiligendamm für die Parlamentarier geschrieben hat. (Aus Politik und Zeitgeschichte 16-17/2007 S.3)

Politologen und Sicherheitsexperten waren fleißig. Sie erarbeiteten u.a. eine „Übersicht“ über krieglerische Konflikte, eine Studie über den Rüstungstransfer, den „globalen Handel mit Tod und Gewalt“, über die „Kriegsberichtserstattung in der Mediengesellschaft“ und über „Erfolge und Grenzen von Friedensmissionen.“ Alle müssten im Hinblick auf die politischen Konsequenzen untersucht werden. Zwei Konfliktforscher kamen in „Politisierung internationaler Institutionen“ zu wichtigen Erkenntnissen³²:

- Nicht mehr die nationalen Regierungen und Parlamente, sondern internationale Institutionen wirken tief in nationale Angelegenheiten hinein. der Souverän, das Volk, wird immer machtloser.

- Oft prägt die UNO die „außenpolitischen Präferenzen eines Staates, z.B. beim Einsatz militärischer Gewalt als Mittel der Politik .

³² Politik und Zeitgeschichte 20-21/2007, S. 131

- „Global Governance“ formt immer stärker die Elite von Staaten, wobei die „westliche“ Dominanz zunimmt.
- „Die Politik in den internationalen Institutionen findet meist immer noch unter Ausschluss der breiten Öffentlichkeit statt, bleibt hermetisch und ist folglich aus Sicht der letztlich Betroffenen undemokratisch.“
- Ganze Regionen werden aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen.
- Das „gute Regieren“ kann kaum kontrolliert werden.
- Weltbank, Internationaler Währungsfonds und ähnliche Institutionen sind de facto für die Betroffenen ihrer Entscheidungen unkontrollierbar.
- Die Gefahr wächst, dass der Widerstand gegen diese Entwicklung zu neuen Kriegen und transnational agierendem Terrorismus führt.

Und jetzt soll die russische Regierung tatenlos zusehen, wie ihr Land eingekreist und gedemütigt wird? In dem eingangs zitierten Interview Steinmeiers findet sich der Satz: „Russland ist ein europäisches Land, und ich will, dass es so bleibt.“

Liegt Russland in Europa, weil und solange es Steinmeier will?

Entscheidet Berlin über die russische Politik?

Horst Schneider, 28. 2. 2014

Horst Schneider: Eine Lehrstunde deutscher Großmannsucht. Anmerkungen zur Bundestagsdebatte am 13.3.2014

Am 13. März 2014 debattierten Bundestagsabgeordnete über die Entwicklung in der Ukraine und der Krim und die Beziehungen Deutschlands zu Russland. Das war die Gelegenheit, die Ziele und Prinzipien deutscher Außenpolitik zu prüfen, über die ich schon längere Zeit nachdenke.

Breits am 7. Oktober 2012 hatte ich an den Bundespräsidenten, Dr. h.c. Joachim Gauck, und die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, brieflich einige Fragen gerichtet: „***Welche Ziele verfolgt die deutsche Außenpolitik? Wie werden `deutsche Interessen` offiziell definiert? Welche Prinzipien hält die deutsche Außenpolitik unbeirrbar ein?***“

Gilt das `Siebengestirn` des Völkerrechts (vom Gewaltverzicht über das Aggressions- und Interventionsverbot bis zur Einhaltung von Verträgen auf Treu und Glauben) noch in vollem Umfang? Was geschieht mit den deutschen Bürgern, die - von Jugoslawien bis Afghanistan das Völkerrecht und Grundgesetz verletzt haben?

Vermutlich wissen Sie, dass das nicht nur die Sorgen eines einzelnen sind. Deshalb dürfte es zweckmäßig sein, diese und ähnliche Fragen, z.B. zu Rüstung und Rüstungsexport, grundsätzlich und öffentlich zu beantworten.

Am 22. Oktober 2012 ließ mir der Bundespräsident durch Sonja Stork eine Antwort zukommen: *„Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik. Sie ist geleitet vom Streben nach Ausgleich, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. Es ist mir leider nicht möglich, auf alle Ihre Fragen im Einzelnen einzugehen. Bei grundsätzlichen Fragen möchte ich Ihnen die Internetseite des Auswärtigen Amtes empfehlen.“* Ich erinnere mich, dass ein deutscher Kanzler schon in den dreißiger Jahren behauptete, das Deutsche Reich betreibe Friedenspolitik, auch wenn die Panzer rollten.

Die Bundeskanzlerin teilte mir am 23. Oktober 2012 über Mechthild Steinberg mit: *„Für Ihr Anliegen ist nach der Geschäftsordnung innerhalb der Bundesregierung das Auswärtige Amt zuständig. Ich habe daher Ihr Schreiben dorthin weitergeleitet. Ich bitte Sie, dessen Antwort abzuwarten.“* Außenpolitik ist also für die Kanzlerin Resortarbeit.

Das Auswärtige Amt ließ mich am 23. Oktober 2012 durch Michael Vesper wissen: *„Dem Grundgesetz entsprechend, `in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen`, setzt sich das Auswärtige Amt für ein starkes Europa sowie für Frieden und internationale Sicherheit ein. In einer Welt zunehmender politischer und ökonomischer Verflechtung zielt deutsche Außenpolitik zudem darauf, die Chancen der Globalisierung für unser Land zu nutzen. Deutsche Außenpolitik erfolgt im Einklang mit allen völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands.“*

Das sind kühne Behauptungen, die wir zunächst ungeprüft stehen lassen wollen, obwohl sogar Ex-Kanzler Gerhard Schröder öffentlich zugegeben hat, dass er den Völkerrechtsbruch beim Krieg gegen Jugoslawien 1999 mit zu verantworten hat. (Horst Schneider: Der Krieg ist kein Gesetz der Natur und der Friede ist kein Geschenk, Stuttgart 1999; Kriegsverbrecher, junge Welt 1. März 2014)

Michael Vesper vom Auswärtigen Amt fügte seinem Brief die Kopie einer Rede des Außenministers bei, die Westerbelle am 17. Oktober 2012 zum Thema „50 Jahre Stiftung Wissenschaft und Politik“ gehalten hatte. Im Hinblick auf meine eingangs gestellten Fragen ist ein Satz bedeutsam: *„Deutschland steht in der Verantwortung. Wir sehen uns vor einer doppelten Gestaltungsaufgabe: Wir müssen unser Haus (?) in Europa in Ordnung bringen. Und wir müssen in einer immer stärker vernetzten Welt gemeinsam mit unseren strategischen Partnern, alten wie neuen, einen globalen Ordnungsrahmen schaffen, um Frieden und Wohlstand zu sichern und um unseren Werten und Interessen Geltung zu verschaffen.“* Da sind sie, *„unsere Werte und Interessen.“*

Aber wo finden wir sie? In den Debatten des Bundestages? In der außenpolitischen Praxis?

Ich erlaube mir eine Zwischenbemerkung. Als DDR-Bürger fiel es mir leicht, die Außenpolitik des Arbeiter - und Bauernstaats zu verstehen und (auch im Ausland) zu unterstützen. Die Friedenspflicht, die unverbrüchliche Freundschaft mit der UdSSR, die solidarische Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung, die strikte Einhaltung des Völkerrechts waren nicht nur Verfassungsnormen, sondern auch erlebbare Praxis. Ich weiß das aus eigenen Erfahrungen. Nie ist die DDR in den Vereinten Nationen kritisiert worden.

Mit der „Wiedervereinigung“ wurde die völkerrechtswidrige Teilnahme an NATO-Aggressionen deutsche „Normalität“, neuerdings sogar mit dem Wort „Verantwortung“ eine Art moralische Pflicht.

Im Bundestag wurde nun im Februar der Scherbenhaufen betrachtet, der 25 Jahre nach der „Wende“ in den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland unübersehbar ist. Die Kanzlerin glaubte am 13. März versichern zu müssen: „*Ein militärisches Vorgehen ist keine Option für uns.*“ Dürfen jetzt die Moskauer (oder Dresdner) ruhiger schlafen? Haben sich die Waffen auf deutschem Boden in nichts aufgelöst? Am 13. März begnügten sich deutsche Abgeordnete (noch) mit verbalen Schlachten auf dem Gefechtsfeld Geschichte.

Clio als Hure der Politik

In der Erklärung der Kanzlerin und den Beiträgen der meisten Debattenredner spielten der Missbrauch von fehl interpretierten Fakten und missratene Analogien eine beträchtliche Rolle. Das ist nichts Neues. Die Kanzlerin begann ihre Erklärung mit dem Hinweis auf die Gedenktage, an die staatlich verordnet 2014 erinnert werden soll: den Beginn der zwei Weltkriege 1914 und 1939 und den „Mauerfall“ 1989. Zu den Ursachen der beiden Kriege, ihren Lehren und dem Vermächtnis „Nie wieder Krieg!“ sagte sie kein Wort.

Gregor Gysi unternahm eine Ausflug in die Geschichte seit 1990, um zu folgern: „Der Westen meinte das Völkerrecht verletzen zu können, weil der Kalte Krieg vorbei sei. Man hat die chinesischen und russischen Interessen grob unterschätzt. Sie haben Russland unter Jelzin, der häufig angetrunken war, überhaupt nicht mehr ernst genommen.“ Ich bedaure korrigieren zu müssen. Weder der „Westen“, noch der „Osten“ waren oder sind handelnde Subjekte.

Hinter „man“ verbirgt sich eine Strategie, die von Linken enthüllt werden muss und kann. Wenn mit „Sie“ die Kanzlerin gemeint war, müsste daran erinnert werden, dass für Angela Merkel Jelzin ein „großer Staatsmann“ gewesen ist. Eines der Saufgelage

Jelzins hatte die Lostrennung der Ukraine aus der Sowjetunion zur Folge, und das war Hochverrat. Aber der Wodkakonsum Jelzins war nicht die Ursache.

Wenden wir uns dem Beispiel einer missratenen Analogie zu. Sowohl die Kanzlerin als auch der Oppositionsführer verwendeten den Vergleich der Ereignisse auf der Krim mit denen im Kosovo. Gregor Gysi: Im Kosovo sei „*das Völkerrecht mehrfach und schwer verletzt*“ worden. „*Das räumt inzwischen auch der damalige Kanzler Schröder ein.*“ So billig kann einer davon kommen, der den Bruch des Völkerrechts mit fürchterlichen Folgen für Tausende unschuldige Menschen gesteht. Welcher deutsche Staatsanwalt traut sich, Anklage zu erheben, natürlich auch gegen Joseph Fischer und Rudolf Scharping, die mit Lügen den Krieg „gerechtfertigt“ haben?

Angela Merkel weiß um die Schuld der deutschen Regierung (und 1999 zustimmenden Abgeordneten) bei der völkerrechtswidrigen und verbrecherischen Bombardierung Belgrads. Sie erlaubte sich am 13. März „*eine kurze Nebenbemerkung*“: Die NATO habe sich entschlossen, „*ohne UN-Mandat militärisch einzugreifen, auch weil Russland jeden Beschluss des UN-Sicherheitsrates für ein UN-Mandat blockiert hatte. Um es klipp und klar zu sagen: Die Situation damals ist in keiner Weise mit der in der Ukraine heute vergleichbar.*“

Die „Nebenbemerkung“ der Kanzlerin hat es in sich und ist lustig. Sie dekretiert, die Situation 1999 sei nicht mit der von 2014 „vergleichbar“, aber sie vergleicht. Die Ukraine ist (natürlich) nicht Kosovo. Welcher Dummkopf würde das annehmen? Zu **jedem** Vergleich gehört, festzulegen, was verglichen werden soll und auch die Unterschiede zu berücksichtigen. Bei diesem Vergleich geht es um die Frage, ob in beiden Fällen Völkerrecht verletzt worden ist. Im Falle des Kosovo bestreitet das die Kanzlerin nicht. Aber sie macht das VETO Russlands dafür verantwortlich. Nach Angela Merkel darf in Fällen, in denen Russland sein Vetorecht wahrnimmt, die NATO als Ersatz für den Sicherheitsrat eingesetzt werden. Da kommt unsereinem ein ketzerischer Gedanke. Wie wären die Konflikte der Nachkriegszeit gelöst worden, wenn das VETO der USA dadurch überspielt worden wäre, dass der Warschauer Pakt die Mandatierung von Militäreinsätzen übernommen hätte wie die NATO im Kosovo (was ja Merkel für richtig hielt)?

Nun klagt die Pfarrerstochter den russischen Präsidenten des Völkerrechtsbruchs an. Sollte sie nicht zuerst den Balken im eigenen Auge entfernen, ehe sie sich den Augen Putins zuwendet? Gehört es heutzutage zum Christsein, falsch Zeugnis wider den anderen zu reden?

Was die Kanzlerin vormachte, reizte scheinbar Abgeordnete zur Nachahmung. Ich wähle als Beispiel Gernot Erlers Thema Grenzveränderung aus, für die mutwillig und rechtswidrig Krieg vom Zaun gebrochen worden sind. Gernot Erler: „*In Deutschland*

erinnern wir uns... daran, wie wichtig es friedenspolitisch war, dass unser Land die im Zweiten Weltkrieg neu gezogenen Grenzen anerkannt hat. Ohne diese Anerkennung, ohne die glaubhafte Selbstverpflichtung, dies Grenzen nie wieder verändern zu wollen, hätte es die Ost- und Entspannungspolitik von Egon Bahr und Willy Brandt, die alle ihre Nachfolger fortgesetzt haben, nicht geben können.“

Das ist Geschichtsschreibung im Kopfstand. Die Nachkriegsgrenzen sind in Potsdam im Juli 1945 festgelegt worden. Davor hatte das faschistische Deutschland bedingungslos kapituliert. Nur die DDR hatte schon 1950 in Zgorzelec die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Friedensgrenze anerkannt. Adenauer und Schumacher beschimpften das als Hochverrat an Deutschland. Die Bundesrepublik duldet den offenen Revanchismus, und die Kohlregierung erkannte erst nach der „Wende“ genannten Konterrevolution die Oder-Neiße-Grenze (in ihrem Verlauf von 1950) als „Preis für die Wiedervereinigung“ (nämlich für die Zustimmung Polens) an.

Im Prager Abkommen von 1950 hatte die DDR die Nichtigkeit des Münchner Diktats von 1938 bestätigt. Die Bundesregierung (und die Sudetendeutsche Landsmannschaft) betrachtet das Münchner Diktat bis heute als gültiges Recht.

Die Bundesregierung hat bis 1990 nie die Ostgrenzen anerkannt. Das hat die DDR getan und sich dabei und dadurch den Zorn westdeutscher Politiker zugezogen. Erlers Vater könnte Kronzeuge sein. Die Entspannungspolitik der Brandt und Bahr entsprang nicht der Idee, die Ostgrenzen zu garantieren. Selbst in Helsinki gab es noch die Formel von der „einvernehmlichen“ Grenzänderung. 1990 erwies sie sich als brauchbar. Dasselbe gilt für die Beteiligung der Bundesrepublik an der Zerschlagung Jugoslawiens und die Auflösung der UdSSR.

Die Folgen dieser „Grenzveränderungen“ sind ein wichtiger Faktor der gegenwärtigen instabilen Situation in „Europa“. Das alles dürfte auch Erler wissen, auch wenn er Wahrheitswidriges sagt. Ich verzichte auf weitere Beispiele der Geschichtsklitterung durch Abgeordnete.

„Brandstifter“ Wladimir Putin

Wer die Erklärung der Kanzlerin und die Debattenbeiträge vom 13. März 2014 liest, kann keinen anderen Schluss ziehen als den: Der Bundestag spielte Tribunal, vor dem sich als Hauptangeklagter der russische Präsident (in Abwesenheit) zu verantworten hatte.

Damit die Abgeordneten nicht vom rechten Weg abwichen, hatte ihnen DER SPIEGEL vom 10. März 2014 noch die Marschroute geliefert. Auf der Titelseite prangte Putin als „Der Brandstifter. Wer stoppt Putin?“

Was berichtete DER SPIEGEL? „Russland besetzt die Krim und bricht das Völkerrecht.“ „Ist fast 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs, fast 25 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges und der Neuordnung des Kontinents eine neue militärische Auseinandersetzung zwischen den Großmächten in Europa möglich?“ „US-Präsident Barack Obama nennt Moskaus Intervention eine `Völkerrechtsverletzung` und Ex-Außenministerin Hillary Clinton vergleicht Putins angebliche Sorge um die `ethnischen` Russen mit Adolf Hitlers Vorgehen im Sudetenland 1938.“ „Welche Sanktionen könnten den Brandstifter in Moskau zum Rückzug zwingen?“ Der polnische Außenminister Sikorski wird zitiert: „Derzeit haben wir es mit dem Versuch zu tun, Grenzen mit Gewalt zu verändern... Dass das Pseudoparlament... die Halbinsel bereits zu einem Teil Russlands erklärt hat, ist ein klarer Verstoß gegen die Verfassung der Ukraine, eines souveränen Staates.“ Und Barack Obama: „Der Lauf der Geschichte ist, dass Menschen frei in ihren Entscheidungen über ihre Zukunft sein wollen, und die internationale Gemeinschaft glaubt einhellig daran, dass es nicht die Rolle einer fremden Macht sein kann, über das Schicksal der Menschen zu bestimmen.“ Und über den „Möchtegern-Zaren“: „Geht das, eine Reise zu unternehmen in Putins Hirn? Die CIA hat Experten, bei denen der US-Präsident Psychogramme ausländischer Staatsoberhäupter anfordern kann, Entscheidungshilfen für sein Handeln.“

Aus Platzgründen erwidere ich auf die Zitate im Magazin mit Fragen:

Bestimmt DER SPIEGEL, was Völkerrechtsbruch ist?

Weiß Hillary Clinton nicht, dass Hitler beim Einmarsch ins „Sudetenland“ den Segen Englands und Frankreichs in der Tasche hatte?

Warum entdeckt Sikorski erst 2014, dass Grenzen in Europa geändert wurden?

Hatte die souveräne DDR als Verbündeter Polens keine vertraglich verbürgten Grenzen? Woher weiß Sikorski, dass auf der Krim ein „Pseudo-Parlament“ existiert? Wie ist denn die Regierung in Kiew entstanden?

Kann eine internationale Gemeinschaft etwas „glauben“?

Wie können die Opfer von Waffen, die Obama in Marsch setzt, ihr Schicksal bestimmen? Könnte an der „Reise in Putins Hirn“ nicht auch Angela Merkel beteiligt werden? Wegen der „Entscheidungshilfe“?

Abgeordnete, die die ZEIT dem SPIEGEL vorziehen, hatten am 13. März eine andere Fotomontage und einen anderen Text bei der Hand.

DIE ZEIT fragte: „Wie weit geht Putin?“ und behauptete „Die ganze Welt ist herausgefordert.“ Putin gegen die „ganze Welt“.

Und Gregor Gysi, von Beruf Rechtsanwalt, nahm auf Putin Bezug: „*Putin will die gesamte Krise in der Ukraine militärisch lösen. Er hat nicht begriffen, dass die Probleme der Menschheit weder mit Soldaten noch mit Gewehren zu lösen sind, ganz im Gegenteil. Auch die Probleme Russlands lassen sich so nicht lösen. Sein Denken und Handeln ist falsch und wird von uns deutlich verurteilt.*“ Was Putin nicht „begriffen“ hat, bringt ihm Gysi bei. Ich bezweifle, dass Putin so denkt und handelt, wie Gysi behauptet, aber eins steht fest: Gysi setzte den russischen Präsidenten auf die Anklagebank wie die Kanzlerin und DER SPIEGEL, die ZEIT und fast alle Abgeordneten des Bundestages. Dass Gysi dasselbe Denken im „Westen“ diagnostiziert, mildert sein Urteil über Putin nicht.

Bundestagsabgeordnete in der Robe der Ankläger und Richter

Ich weiß nicht, ob es vor dem 13. März 2014 schon einmal eine Debatte im Bundestag gegeben hat, in der so intensiv über Völkerrecht, Souveränität, Menschenrechte, unantastbare Grenzen und Sanktionen gestritten worden ist wie jetzt über die Ukraine und die Krim. Als es 1990 um die Existenz der souveränen DDR ging, gab es einen solchen Streit im Bundestag nicht.

In Berlin herrschten seit März 1990 Kohls „willige Helfer“. (Horst Schneider: Artikel 23. Kein Anschluss unter dieser Nummer, Dresden 2011) Für die DDR gilt scheinbar, was Gregor Gysi am 13. März im Bundestag erklärte: „Durch Völkerrechtsverletzung kann man über Gewohnheitsrecht auch neues Völkerrecht schaffen.“

Natürlich war 1990 „man“ kein handelndes Subjekt. „Man“ schafft gar nichts, auch kein Gewohnheitsrecht. (Steuerbetrüger würden sich vermutlich freuen, wenn durch Wiederholung ihrer Vergehen ein Gewohnheitsrecht entstünde.)

Streitgegenstand im Bundestag war vor allem, ob sich die Krim an Russland anschließen dürfe oder nicht. Schon die Wahl dieses Themas ist erstaunlich.

Welche Interessen verfolgt Deutschland auf der Krim? Die Antwort: Es gehe um das Prinzip. Putin dürfe nicht ungestraft davon kommen.

Mutiert nun ein Täter, der ständig Gesetze verletzt, zum strafenden Richter?

Putin beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Russen auf der Krim.

Das ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert.

Erstens steht an der Spitze der beiden Menschenrechtskonventionen von 1966, die von der BRD (wie auch von der DDR) ratifiziert worden sind, das Recht auf Selbstbestimmung. Es ist gültiges Völkerrecht.

Zweitens war die Forderung nach der Selbstbestimmung der DDR-Bürger wichtiger Bestandteil der Bonner Außenpolitik bis 1990.

In der „Sonderedition“ aus Kohls Akten „Deutsche Einheit“, die 1998 veröffentlicht worden ist, taucht der Begriff Selbstbestimmungsrecht in achtzig Dokumenten auf, zuletzt (S. 1557) in einer Proklamation, die Präsident Bush unter „Freudentränen“ am 3. Oktober 1990 an Kohl abschickte. Darin heißt es: *„Die Vollendung der Einheit Deutschlands wird auch andere, vor allem die baltischen Völker, mit Hoffnung erfüllen, dass ein friedlicher, aber mit Entschlossenheit geführter Kampf um nationale Selbstbestimmung auch scheinbar nicht zu überwindende Hindernisse aus dem Weg räumen kann. Die Vereinigten Staaten halten an ihrer Politik der Nichtanerkennung der Annexion der baltischen Staaten ebenso unbeirrbar fest wie an der Unterstützung der deutschen Einheit selbst in den dunkelsten Stunden des kalten Krieges.“*

Erhard Eppler urteilte in der Sächsischen Zeitung vom 27. März 2014: *„Die Weltgeschichte ist kein Amtsgericht. Wir Deutschen haben immer auf unser Selbstbestimmungsrecht Wert gelegt. Haben die Russen auf der Krim dieses Recht nicht?“*

Das Selbstbestimmungsrecht war auch Instrument antisowjetischer US-Politik. Helmut Kohl wusste schon im Oktober 1990, als sein Freund Gorbatschow dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zustimmte, dass die Zerschlagung der UdSSR erklärtes (noch geheimes) Ziel der Außenpolitik war. Deutsche Politik wirkte mit. Die politische Landkarte von Helsinki, die alle Unterzeichner-Staaten für unverletzlich erklärt hatten, wird nicht erst durch die Ereignisse auf der Krim verändert. Wie erklärt sich der Sinneswandel in der deutschen Politik?

Drittens: Das Völkerrecht ist in der UN-Charta normiert und entsteht durch Verträge. Sind auch Obama oder der Bundestag befugt, die Rolle des obersten Richters in Sachen Völkerrecht zu spielen? Obama erklärte, Putin müsse für seine Taten „zahlen“.

Führt er den Ablasshandel in das Völkerrecht ein?

Was soll Putin wofür „zahlen“?

In der Bundestagsdebatte wurde der Begriff Sanktion bevorzugt. In einem beliebigen Völkerrechtslehrbuch oder Lexikon könnten die Abgeordneten erfahren, *wer* und *aus welchen Gründen* Sanktionen verhängen darf. Im Zivilrecht dürfte unbestritten sein, dass nicht jeder Bürger eine Strafe über einen andern verhängen darf. Das wäre Faustrecht. Und im Völkerrecht? Darf da ein Staat über den anderen richten? (Selbst 1945 bedienten sich die Sieger eines Tribunals.) Im Völkerrecht ist festgelegt, dass **nur** der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nach Artikel 42 und 51 der Charta in bestimmten Fällen Sanktionen verhängen darf, wenn es um die Wahrung oder Wiederherstellung des Friedens geht.

Im Falle der fünf Vetomächte ist eine Sanktion kaum möglich, es sei denn, der Beschuldigte würde auf sein Vetorecht verzichten. Wer aber verurteilt sich selbst? Angela Merkel hat am Beispiel Kosovo erläutert, wie die BRD völkerrechtswidrig handelte, was Gerhard Schröder auch öffentlich zugab.

Es ist unbestritten, dass der Bundestag nicht identisch ist mit dem Sicherheitsrat. Zu bedenken wären beim Thema Sanktionen auch geschichtliche Erfahrungen, zu denen gehört, dass sie in der Regel Unschuldige treffen und nicht selten als Bumerang wirken. Schaden entsteht jedenfalls nicht nur auf einer Seite. Unter dem Schaden auf deutscher Seite werden vermutlich die Scharfmacher im Bundestag nicht leiden. Sie würden sonst leisere Töne wählen.

Nach dem Eingeständnis Gerhard Schröders, er habe bei der Aggression in Jugoslawien Völkerrecht gebrochen, könnte die Idee eines Tribunals wieder aufleben. Ich erinnere daran, dass am 23. Januar 1992 zehn Persönlichkeiten, darunter Friedrich Schorlemmer, Wolfgang Thierse, Joachim Gauck und Wolfgang Ullmann dazu aufgerufen hatten, Erich Honecker und andere Politiker der DDR vor ein Tribunal zu stellen. Ullmann hatte sich auf das Nürnberger Tribunal berufen und die Gleichsetzung von Hitlerdiktatur und DDR auf originelle Weise begründet: „So wie Hitler mit den Seinen die Konterevolution gegen die Friedensordnung von Versailles und Genf in die Wege geleitet hat, so haben die Parteiführer der SED... von 1945 bis 1949 gegen die Demokratisierung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg konspiriert.“ (Horst Schneider: *Hysterische Historiker*, Berlin 2008 S.170 f.)

Die Siegerjustiz übernahm die Rolle des Tribunals. Es gibt Erfahrungen.

Auch geifernde Abgeordnete haben Humor

In der Debatte vom 13. März gab es Humorvolles.

Dr. Andreas Schocken (CDU/ DSU) trompetete: „Wir hoffen, dass Moskau wieder zur Vernunft kommt.“

Ob diese Hoffnung auch für „Berlin“ und seine Abgeordneten besteht?

Derselbe Redner: „Dieses Russland kann zur Lösung internationaler Krisen nicht beitragen...Für Moskau hat das Völkerrecht ausgedient.“

Hat Schocken noch ein anderes Russland bei der Hand? Und dürften russische Politiker von Deutschland dasselbe sagen? Dass für Deutschland das Völkerrecht „ausgedient“ hat, haben am Beispiel Kosovo Schröder, Merkel und Gysi in trauter Übereinstimmung bestätigt.

Angela Merkel: „Ich fürchte, wir werden einen langen Atem brauchen, um den Konflikt zu lösen.“

Wann, wo, wie und durch wen sind Konflikte je durch „langen Atem“ gelöst worden. Die beiden Weltkriege dauerten vier und fünf Jahre, die Bundeswehrokkupation in Afghanistan zwölf Jahre. Welche „Konflikte“ haben sie „gelöst“?

Gernot Erler (SPD): „Der Solidaritätsbegriff (wird) neu diskutiert werden müssen“.

Damit die „Solidarität“ mit dem Putschistenregime in Kiew, die der deutsche Steuerzahler zu zahlen hat, auch unter „Solidarität“ abgebucht werden kann?

Kerstin Göring-Eckardt (Bündnis 90/ Die Grünen): „Die demokratische Bewegung in der Ukraine hat zu Recht unsere Unterstützung bekommen.“

Die Grünen haben offensichtlich Spaß an „Revolutionen“, die nicht in Deutschland stattfinden. Steinmeier handelte auf dem Maidan in „unserem“ Auftrag. Ist eine Frage erlaubt? Was würde geschehen, wenn am Brandenburger Tor eine Demonstration gegen die deutsche Regierung stattfinden und ein russischer Politiker als „Unterstützer“ auftauchen würde?

Dr. Rolf Mützenich (SPD): „Der Kalte Krieg darf nicht nach Europa zurückkommen.“ Und er fragt: „Hat der russische Präsident eine Strategie?“

Wessen und welche Strategie war denn für den Kalten Krieg verantwortlich?

Hat die NATO gegenüber Russland einen Strategiewechsel vollzogen?

Welche Strategie hat denn die Bundesregierung (für deren Kontrolle der Bundestag zuständig ist)?

Franz Tönnies (SPD): „Die Stärke des Rechts muss gelten und nicht das Recht des Stärkeren.“

Will Tönnies den USA-Präsidenten belehren? Das wäre ein kühnes, aber nach bisherigen Erfahrungen aussichtsloses Unterfangen.

Karl-Georg Wellmann: „Mir macht die geradezu gespenstische Propaganda Sorgen, die im Moment die Seelen der russischen Menschen vergiftet. Wer russisches Fernsehen sieht, muss wirklich den Eindruck gewinnen, in Kiew hätten die Faschisten die Macht übernommen.“

Dass die Putschistenregierung in Kiew „moskaufreundlich“ ist, dürfte wohl kaum jemand behaupten. Die russische Regierung wird ihre „Pappenheimer“ in Kiew gut kennen, genau so wie die US-Berater, die diese Regierung zusammengeschoben haben. Sollten Bundestagsabgeordnete sich nicht besser um die „gespenstische“ Propaganda in deutschen Medien Sorgen machen wie z.B. Erhard Eppler (in der Sächsischen Zeitung vom 25. März 2014)? Wo wird denn Putin als „Brandstifter“ und „neuer Stalin“ verteufelt?

Gerda Hasselfeld (CDU/CSU) weiß, warum in Kiew (wie 1989 in Deutschland) demonstriert wurde: „Sie gingen auf die Straße, weil sie genau das wollten, was wir in Europa seit langem haben, nämlich Freiheit, Sicherheit und Zukunftschancen... Europa ist das größte Friedens-, Freiheits- und Demokratieprojekt des vergangenen Jahrhunderts und der jetzigen Zeit.“

Gab es nicht schon einen Kaiser und einen Führer, die ihre Kriege zur Rettung Europas, erst vor dem Zaren, dann vor Stalin, führten?

Darf an Brechts Text über Karthagos drei Kriege erinnert werden?

„... wir in Europa.“

Moskau und Kiew gehören also nicht zu Europa. Und welche „Freiheit“ die Ukrainer in „Europa“ erwartet, können sie von DDR-Bürgern (auch hier in Dresden) erfahren.

Einen besonderen Humor bewies Marieluise Beck (Bündnis 90/ Die Grünen):

„ Ja, es gibt rechte Kräfte in der Ukraine, aber sie werden umso stärker werden, je aggressiver Putin vorgeht... Der Maidan ist eine antiputinistische Bewegung. Dort waren auch Armenier und Belarussen, weil es auch um ihre Freiheit geht.“

Eine Lehre für Deutschland wäre: Reizt die Faschisten nicht wie Putin die ukrainischen Rechten, damit sie nicht stärker werden. Und: Steinmeier war auf dem Maidan an der richtigen Stelle. Seine künftigen Einsätze für die Freiheit sind vorprogrammiert, dank Frau Beck.

Alles hat ein Ende, auch der Blick auf die Bundestagssitzung vom 13. März 2014. Für mein Anliegen, etwas über die Ziele und Prinzipien deutscher Außenpolitik zu erfahren, ist nichts herausgekommen.

Mein Misstrauen gegen heutige Politik und Politiker ist gewachsen, meine Dankbarkeit für die 40 Jahre DDR-Politik auch.

Ich bin froh und dankbar, dass ich an 40 Jahren Friedenspolitik der DDR mitwirken durfte.

Horst Schneider, 27. April 2014

Nachtrag zum Internationalen Frauentag

Arbeitsgruppe „100 Jahre Internationaler Frauentag“ Viernau: Die Frau in Familie und Beruf

Heiderose Weisheit, Bericht:

Lieber Frank, als langjährige Leserin von offen-siv möchte ich über unsere traditionelle Festveranstaltung zum Internationalen Frauentag informieren. Seit 2010 ist diese Veranstaltung im größeren Rahmen ein fester Bestandteil im öffentlichen kulturellen Leben unseres Dorfes und weiterer Orte in der Umgebung (Bereich Suhl, Schmalkalden, Meiningen...).

In diesem Jahr nahmen 35 Frauen aus diesen Städten und Gemeinden teil. Die Ansprache hielt unsere AG-Leiterin Antje Schäfer (Jahrgang 1970) der Gegenwart entsprechend, und sie wurde von allen mit starkem Beifall bedacht. Dann berichtete die Leiterin des Frauenhauses Meiningen über die Arbeit, Sorgen und Probleme dieser Einrichtung. Sie bedankte sich für die Unterstützung durch unsere Arbeitsgruppe und bei den Anwesenden für die vorjährige Spende und berichtete über die Verwendung. Das Ergebnis der diesjährigen Spenden waren 250,00 Euro. Zusätzlich gab es eine musikalische Darbietung und Lesungen. Alle Teilnehmerinnen aus Nah und Fern bedankten sich bei den Mitgliedern und der Vorsitzenden der AG für die interessante, inhaltsreiche Veranstaltung und wünschten sich für das nächste Jahr, unseren Ehren- und Kampftag wieder gemeinsam zu begehen.

Heiderose Weisheit

Antje Schäfer, Festrede:

Liebe Frauen, werte Gäste,

zum fünften Mal begehen wir gemeinsam den Kampf- und Ehrentag der Frauen, den Internationalen Frauentag, heute mit dem Thema: „Die Frau in Familie und Beruf“.

In den vergangenen Jahren haben wir über die Wertschätzung der Frau in der Gegenwart, Frauenrechte im Wandel der Zeit, bedeutende historische Persönlichkeiten und Frauen heute gesprochen. Wir haben über den Tellerrand hinaus Probleme der Frauen in verschiedenen Ländern der Erde betrachtet. Heute beschäftige ich mich mit den Problemen der Frauen in unserem Land.

Die Frau ist in der Familie nicht wegzudenken, denn aus ihr entspringt das Leben.

Im Beruf gibt es noch viel zu tun. Theoretisch kann in unserem Land jede Frau jeden Beruf ergreifen. Praktisch sieht es jedoch nicht so rosig aus. Ich kann keine Prozentangaben machen, wie viele Frauen benachteiligt, schlechter bezahlt, sexuell belästigt oder bei der Karriere trotz gleicher Eignung einfach „vergessen“ werden. Vielen wird bereits der Einstieg, entgegen bestehender Gesetzgebung, schwieriger gemacht als den Männern.

Oft arbeiten Frauen unbezahlt länger, werden weniger akzeptiert, machen seltener Karriere, obwohl sie die gleiche oder bessere Leistung als ihre männlichen Kollegen erbringen. Frauen stellen republikweit nur 21,3 % der Führungskräfte, in den Aufsichtsräten sind sie nur mit 17,2 % vertreten – und das, obwohl 51 % der Bevölkerung weiblich sind und 44 % der Berufstätigen Frauen sind.

Die Ursachen dafür sind vielschichtig: auch die Frauen selbst tragen Schuld, sie trauen sich nicht, sich den Anforderungen zu stellen und fühlen sich überfordert. Dieser Mangel an Selbstbewusstsein kann seine Ursachen bereits in der Kindheit haben, werden doch inzwischen Jungen und Mädchen wieder unterschiedlich und „rollengemäß“ erzogen. Dies muss sich wieder ändern, damit Gleichberechtigung kein leeres Wort bleibt. Erziehung und Bildung spielen eine gravierende Rolle. Eine gute Schulbildung ist Grundlage für anwendbares Wissen und ebnet den Weg für eine Berufsausbildung, die wiederum die Grundlage für den Berufseinstieg ist. Dieses sichert das Einkommen, welches Basis für die Gründung einer Familie darstellt.

Viele Frauen, die diese Hürde genommen haben, entscheiden sich später alternativ zwischen Beruf und Familie, weil sie sich deren Vereinbarkeit nicht vorstellen können. Wer sich für den Beruf entscheidet, ist oft unglücklich, weil ein wesentlicher Punkt im Leben fehlt. Wer sich für die Familie entscheidet, verzichtet auf Einkommen, was im Ruhestand zu Altersarmut führt.

Den Spagat zwischen beidem zu schaffen ist Schwerstarbeit.

Aber auch das Thema Kinderarmut ist leider in einem so reichen Land wie dem unsrigen ein Thema, was auf der Tagesordnung steht. Unvorstellbar sind die Zahlen: 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche leben in Familien, die weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben. Das ist inzwischen jedes fünfte Kind! 1960 war es hier in der DDR jedes 75. Kind! Hinter solchen Zahlen verbergen sich Kinder, die mit knurrendem Magen in die Schule gehen, Viert- und Fünftklässler, die nur mit Mühe und Not lesen und schreiben können, die als Berufswunsch „Hartz4-ler“ angeben. Es sind Kinder, für die der Besuch eines Hallenbades zu teuer, der Schulbuchkauf nicht finanzierbar ist.

Dabei steht fest, dass nur gut ausgebildete Menschen eine reelle Chance auf ein gutes Leben haben, ihre Kinder unseren Ethik- und Moralvorstellungen entsprechend erzie-

hen und ihnen eine Familie, die diesen Namen verdient, bieten können. Bildung darf nicht nur Privilegierten zu Gute kommen.

Überlegenswert ist, ob eine Verdummung des Volkes staatlich gewünscht ist. Denn Dumme lassen sich bekanntlich leichter manipulieren und man muss vermuten, dass das gewollt ist.

Studien des Deutschen Kinderschutzbundes belegen: Aufwachsen in Armut hat schlimme Folgen:

schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss

stärkere Einschränkungen in körperlicher und gesundheitlicher Entwicklung

schlechtere Wohnbedingungen

Ausschluss vom sozio-kulturellen Leben

häufige Defizite hinsichtlich SIEEL und Arbeitsverhaltens, Sprachkompetenz und Einbindung in soziale Netzwerke.

Fast 20 Prozent aller Personen unter 18 Jahren sind davon betroffen – nicht in der Dritten Welt – in Deutschland!

Deutschland, ein Land, in dem der Bau des Berliner Flughafens Milliarden verschlingt, in dem der dafür Verantwortliche monatlich einen Gehalt von 60.000,- Euro bezieht! Ich muss es betonen: wir leben, so wird es immer wieder behauptet, in einem demokratischen Rechtsstaat. Klar, dass bei so einer „demokratischen“ Verteilung des Reichtums sozial Schwache weit hinten anstehen. Sie haben keine Lobby, die ihre Interessen vertritt.

Dies zu ändern haben nur wir die Macht. Es bedarf Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik sowie in den Bereichen: Bildung, Soziales, Familie, Gesundheit, Steuern und Finanzen.

Dafür sind die Frauen früher auf die Straße gegangen, kämpften, haben ihrem Protest ein Ventil gegeben und haben Vieles erreicht. Unsere Aufgabe ist es, das Erreichte zu bewahren, Missstände aufzuzeigen und zu beseitigen, unsern Kindern Vorbild und solidarisch mit denen zu sein, die dringend unsere Hilfe benötigen. Auch direkt vor unserer Haustür, nicht weit entfernt, also sehr konkret sind die Probleme in unserer Nachbarschaft, und diese sollten im Mittelpunkt unseres Interesses stehen.

Wie in den vergangenen Jahren bitte ich alle Anwesenden, ihren Teil dazu beizutragen, dass auch künftig Frauen und Kindern im Meininger Frauenhaus geholfen wird und sie die Chance für einen Start in eine bessere Zukunft erhalten. Ihre Spenden

kommen bei denen an, für sie sie gedacht sind, verschwinden nicht in dunklen Kanälen und werden nicht zweckentfremdet eingesetzt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre großzügigen Spenden.

Eine letzte Bemerkung: Die Kluft besteht nicht zwischen Männern und Frauen, nicht zwischen West und Ost, sondern zwischen Arm und Reich.

Antje Schäfer

Heiderose Weisheit hat sich aus gesundheitlichen Gründen 2013 aus der Leitung der AG „100 Jahre Internationaler Frauentag“ zurückgezogen. Mit ihren Worten zum Abschied wollen wir diesem Bericht gern abschließen:

Heiderose Weisheit: Schlusswort

Liebe Frauen, werte Gäste,

groß ist meine Freude, dass aus den Veranstaltungen ab 1990 in zunächst kleinem Rahmen zu Ehren des Internationalen Frauentages seit einigen Jahren ein überregionaler Höhepunkt geworden ist. Aus diesem Grund möchte den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „100 Jahre Internationaler Frauentag“ und der Leiterin, Antje Schäfer, recht herzlich danken.

Auch der heutige Tag wurde wieder so vorbereitet, dass er aufklärend wirkte, alle für die Probleme der Frauen sensibilisiert und gleichzeitig anspricht, auf diesem Gebiet weiter tätig zu sein. Dazu wünsche ich der AG viel Kraft und Unterstützung.

Enden möchte ich mit den Worten, die Clara Zetkin nach den Reichstagswahlen 1933 in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin am 30. August 1933 im Reichstag zum Ausdruck brachte: *„Alle Versuche, auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft die Krise zu mildern, geschweige denn zu beheben, können das Unheil nur verschärfen. Staatliche Eingriffe versagten, denn der bürgerliche Staat hat nicht die Wirtschaft, sondern umgekehrt, die kapitalistische Wirtschaft hat den Staat. Als Machtapparat der Besitzenden kann dieser sich nur zu deren Vorteil einsetzen auf Kosten der produzierenden, breiten, schaffenden Volksmassen.“*

Was hat sich seither daran geändert???

Nachdenken ist angesagt.

Allen Anwesenden wünsche ich für die Zukunft Optimismus, Durchhaltevermögen, Entspannung und Freude in ihren Familien.

Danke für Eure Anwesenheit und Euer Interesse, Heiderose Weisheit

Arbeitsgruppe „100 Jahre Internationaler Frauentag Viernau“

Disput über unsere Orientierung

*„Ein Kämpfer muß erst recht über den Dingen zu stehen suchen,
sonst versinkt er mit der Nase
in jedem Quark ...“*

Rosa Luxemburg an Luise Kautsky am 26. Januar 1917, Band 5, Berlin 1984, S. 123

Ingo Wagner: Der Weg für die abermalige Herausbildung einer einflußreichen marxistischen Partei in Deutschland heute.

Lieber Frank Flegel, Du hast meinen Beitrag in offen-siv 7/2013 „Quo vadis? Die Partei ‘Die Linke’ nach der Bundestagswahl 2013 – mit historischen Notizen“ mit einem Nachwort „Zu den Diskussionen um ‚Stalins langen Schatten‘“ versehen, obwohl ich meine argumentative Beweisführung, die sich sicherlich grundlegend von Deinen Überlegungen unterscheidet, überhaupt noch nicht vorgetragen habe. Deine ideologisch gefärbte Charakterisierung meiner kommunistischen Gesinnung und meines marxistischen theoretischen Denkens nehme ich gelassen zur Kenntnis mit der Bemerkung, daß ich in meiner theoretisch-politischen Arbeit schon zu DDR-Zeiten alle gängigen Negativpaletten getragen habe, die meine tiefe Verbundenheit mit der DDR, der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Rechtswissenschaft, mit der ich jahrzehntelang erfolgreich zusammenarbeiten durfte, niemals negativ beeinträchtigt hat. Ich will mich zwar in meinen Überlegungen ebenfalls zu einigen Deiner Ausführungen kurz äußern – vor allem zur wissenschaftlichen Solidität des theoretischen Denkens – aber im Zusammenhang mit der dialektischen Logik meiner weiteren Aussagen.

Vorab. Horst Schneider hat in seinem Beitrag „Die Deutschen und Stalin, Stalin und die Deutschen“ in offen-siv 7/2013 (S. 22) völlig zutreffend mit seiner berechtigten Kritik an Wolfgang Leonhard vermerkt: „Und ich hatte die Ehre und die Freude, in und für die DDR arbeiten zu dürfen.“ Und dies trifft sicherlich nicht nur für mich zu, wie ich mit meiner Biographie ausweisen könnte, sondern für viele Menschen, die seit der „ersten Stunde“ nach der Niederlage des deutschen Faschismus für eine neue sozialistische Welt aufopferungsvoll kämpften. Aber ich denke, daß die Menschen, die offen-siv lesen, weniger an meiner Biographie interessiert sind, sondern an meiner Meinung zur Sache.

Ich bestätige Frank Flegel zunächst gern, daß er alle meine eingereichten Arbeiten im Original veröffentlicht hat, die niemals Anspruch erhoben, etwas „Richtungsweisen-des“ vorzutragen. Seit Jahrzehnten bin ich Leser von offen-siv. Alle die von Dir erwähnten Autoren habe ich natürlich gelesen und mich auch durch den Text der Artikelreihe von Herman Jacobs durchgequält, obwohl ich immer bezweifelt habe, daß dieser Autor sich selbst versteht. Insofern bin ich ein genauer offen-siv Leser. Ich weiß natürlich ebenfalls, daß auch das Maß des eigenen Wissens der Erkenntnis Grenzen setzt. Allerdings habe ich zur „Generallinie“ von offen-siv Bedenken, da sie mit dem Anspruch auftritt, im Besitz der absoluten Wahrheit bei der Interpretation des wissenschaftlichen Sozialismus zu sein. Und da offen-siv das „wahre Abbild der Wirklichkeit“ besitzt, wäre ja eigentlich nur „Nachvollzug“, also keine Diskussion notwendig. Ohne überhaupt meine Argumentation abzuwarten, wird zugleich die eigene „ewige Wahrheit“ verkündet und gefolgert: „... was Du so überzeugt als Beitrag zur Einheit ankündigst, dient der Spaltung und nicht der Einheit.“ (S. 44) Ich werde mich bemühen, das Gegenteil nachzuweisen. Nun kann man zu diesem umfangreich vorliegenden Material kein Buch schreiben, sondern nur die Kontur der eigenen Position, die sich auch mit Überlegungen von Werner Roß deckt, skizzieren als Andeutungen für weitere theoretische marxistische Debatten, die nicht mit ideologisch verbrämter Agitation und Propaganda abgedeckt werden können.

Jeder Marxist sollte verstehen, daß Geschichte nicht nur von ihrem gegenwärtigen vorläufigen Endpunkt her zu verstehen ist. Auch das politisch-praktische Leben kann immer nur nach vorn gelebt und nach rückwärts verstanden werden. Mir ging und geht es bei meiner marxistischen Theoriearbeit vor allem nicht darum, „die historischen Vergangenheit an sich in Hoffnung auf ihre Wiederbelebung zu beschwören, denn die Wegbereiter für das Heutige sind nicht die Wegbereiter ins Morgige. Wer nur nach hinten schaut, stolpert über die Steine, die vor ihm liegen. Aber die Erfahrungen der Vergangenheit für die Anforderungen der Gegenwart verfügbar halten, sich der Dialektik von Herkunft und Zukunft aufs immer wieder Neue zu vergewissern ...“, scheint auch mir schon des Schweißes marxistischen theoretischen Arbeitens wert. Dies wurde von Herman Klenner für das marxistische rechtsphilosophische Denken niedergeschrieben. Diese Maxime gilt jedoch für die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus insgesamt. Später komme ich ausführlich auf diese Frage zurück.

Ich beginne mit der Stalinfrage, die ich prononciert und prägnant an den Anfang stellen will. Zu ihr habe ich jahrelang intensiv nachgedacht, und zwar auf der Grundlage der einschlägigen Literatur, auch jener der von offen-siv herausgegebenen. In vielen meiner Beiträge habe ich mich gleichfalls hierzu zu Wort gemeldet; einige wichtige

möchte ich abheben.³³ Man kann sie lesen. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, kann ich das Resümee in einigen Grundthesen so zusammenfassen: Frank Flegel hat sicherlich beim Lesen meines Artikels bemerkt, daß ich die Begriff „Stalinismus“ bzw. „Stalinismus als System“ als unwissenschaftliche ideologische Kampfbegriffe verwerfe. Es handelt sich hierbei um die reale Wirklichkeit verfälschende Kampfbegriffe, die nicht nur in der PDS eingesetzt wurden, um den Marxismus niederzukämpfen und diese Partei auf sozialdemokratische Position der besonderen Art zu überführen, sondern auch der Bourgeoisie als antikommunistische Kampfbegriffe dienen, die welthistorischen Errungenschaften der Oktoberrevolution und des Sozialismus zu negieren, die aber ebenfalls die objektiv vorhandenen progressiven Tatsachen des Wirkens Stalins als historische Persönlichkeit involvieren. Dies habe ich nie bestritten und ihre historische Pflege ist unentbehrlich. Stalin hat natürlich wie alle marxistischen Führer Fehler gemacht. Aber auch solche, die die Existenz der Sowjetunion ernsthaft in Gefahr brachten. Hans Kalt hat meines Erachtens völlig zutreffend festgestellt, „daß es in diesem ersten sozialistischen Staat eine so tiefgreifende Fehlentwicklung gab, daß man nur von einer Entartung sprechen kann. Anders wäre der rasche Zusammenbruch eines nach außen politisch wie und militärisch starken Machtblocks nicht möglich gewesen.“³⁴ Er stellt unmißverständlich fest, daß diese Entartung mit dem politischen Wirken gerade Stalins zu erklären ist. „Natürlich spielt das Einwirken von persönlichen Auffassungen, Eigenschaften und Methoden eine bedeutende Rolle. Auch als eine Ursache dafür, daß dieses Sozialismus-Modell schließlich gescheitert ist.“³⁵ Weiter folgert Kalt: Die nun folgende Perversion des Klassenkampfes – der „Große Terror“ führte zur massenhaften Vernichtung der Kader des Sowjetstaates und zu anderen beispiellosen Verbrechen „Bei der Machtposition Stalins trifft ihn hierfür die Hauptverantwortung“.³⁶ Stalin hat hierbei nicht nur die Leninschen Prinzipien der Partei neuen Typs nach und nach beseitigt; er hat auch den Kern dieser Partei im Zuge seines Massenterrors vernichtet. Es ist „an der Hauptverantwortung Stalins nicht zu

³³ I. Wagner: War die Niederlage des Sozialismus in Europa gesetzmäßig? (Thesen), Marxistisches Forum, Heft 49, 2005, S. S. 7 ff.; I. Wagner: War die Niederlage des Sozialismus gesetzmäßig?, offen-siv, 14/98, S. 38 ff.; I. Wagner: Kritische Notizen gegen Geschichtsmystifikationen, Marxistisches Forum Heft 56, 2008, S. 4 ff.; Stalins langer Schatten und Marxismus heute, Marxistisches Forum, Heft 65, 2012, S. 4 ff.

³⁴ H. Kalt: In Stalins langem Schatten, Zur Geschichte der Sowjetunion und zum Scheitern des sowjetischen Modells, Köln 2010, S. 15 f.

³⁵ Ebd. S. 12.

³⁶ Ebd., S. 78.

zweifeln.“³⁷ Und dies stimmt vollkommen mit meinem eigenen Forschungsergebnissen überein, daß die Preisgabe der Leninschen Normen des Parteilebens als eine (letztlich) subjektive innere Hauptursache bereits lange vor Stalins Tod einsetzte. Die Leninsche Partei neuen Typs wurde in eine stalinsche umgewandelt mit den welthistorisch negativen Folgen: weitgehende Liquidierung der innerparteilichen Demokratie, die zur Herrschaft des Apparates, schließlich zu der einer Person in Gestalt des Generalsekretärs über die Partei und zur dogmatischen und revisionistischen Verflachung der marxistischen Theorie führte. Diese Tatsachen zu leugnen und ihre „Fortführung“ für einen kommunistischen Neubeginn zu fordern und zugleich Kritik an dieser Auffassung als „Antikommunismus“ zu denunzieren, würde letztlich in meiner Sicht den weiteren Niedergang der kommunistischen Weltbewegung begünstigen. Ergo. Die Ablehnung des Kampfbegriffs „Stalinismus (als System)“, der zur Zerstörung des Marxismus und antikommunistischen Negierung des progressiven Erbes des frühen Sozialismus eingesetzt wird, ist mit der Forderung zu verbinden, den langen Schatten Stalins der historischen Vergangenheit zu überlassen, ohne die Progressivität des welthistorischen Bruchs mit dem Kapitalismus, die auch mit dem Wirken Stalins verbunden ist, in Abrede zu stellen.

Frank Flegel meint: Da ich die „Einheit der Kommunisten/innen“ auch „auf nicht näher ausgeführten ‚zeitgemäße Sozialismusbilder‘ oder ähnliches gründen (will), wird es keine Einheit geben können, denn der Streit, wie man sich dann vom Marxismus-Leninismus, von der wissenschaftlichen Weltanschauung distanziert, welche Bruchstücke vielleicht noch Geltung haben sollten und was davon unbedingt entsorgt werden soll, ist einer solchen Einheitsbestrebung schon bei ihrer Geburt als ihr Tod in die Wiege gelegt.“(44 f.)

Ich will überhaupt nichts „gründen“, da das letzte Wort hier die gesellschaftliche Praxis hat, die mit ihrem Zeitmaß über meinen persönlichen und auch Deinen Lebensmaßstab, lieber Frank Flegel, sehr weit hinausweisen wird. Das nur nebenbei. Diese Sätze haben mir eigentlich deshalb die Sprache verschlagen, weil ich Deine Unkenntnis der geschichtlichen Entwicklungsdialektik des Marxismus-Leninismus einfach nicht nachvollziehen kann. Und deshalb muß ich mich hier zunächst etwas umfangreicher – wenn auch nur andeutungsweise – äußern.

Es gibt natürlich zahlreiche Versuche von „Halbmarxisten“, uns Kommunisten ihren „kommunistischen Zahn“ zu ziehen. Hierzu hat sich viel Material angesammelt, das einer eigenständigen Analyse bedarf. Ich kann Dir hier keinen ausreichenden Nachhilfeunterricht geben, aber vor meiner Tätigkeit als Professor für sozialistische Rechtstheorie war ich längere Zeit als Dozent für wissenschaftlichen Sozialismus an der

³⁷ Ebd. S. 12.

Universität Leipzig tätig. Ich schreibe das nur deshalb, um Dir damit kundzutun, daß ich nicht ganz „unbeleckt“ bin. Und nun zur Sache.

Ich behaupte: Die Zerschlagung des gordischen Knotens der Gegenwart bedarf der Herausbildung eines subjektiven Faktors für einen sozialistischen Neuanfang. Einige Hinweise auf die innere Dialektik seiner Ausformung – die Organisationsfrage – erfolgen später. Diese Formierung des subjektiven Faktors kann aber nur auf der Grundlage eines **weiterentwickelten Marxismus für das 21. Jahrhundert eine geschichtsmächtige Kraft werden, gestützt auf Lenins Denkmethode. Diese Position beruht darauf, daß sowohl die Marxsche Theorie als auch die gesellschaftliche Praxis, die sie anleitet, permanent im Werden begriffen sind. Insofern ist die marxistische Theorie immer unabgeschlossen und offen. Sie verlangt nach ihrer eigenen dialektischen Erneuerung. Sie ist mit der Vorstellung einer automatischen geschichtlichen Entwicklung unvereinbar.** Deshalb hat sich Marx stets gegen eine solche Denkweise als „Dialektik“ gewandt. Denn für seine Dialektikauffassung kommt sie einer babylonischen Gefangenschaft gleich. In meiner Sicht befindet sich die „Generallinie“ von offen-siv in dieser Gefangenschaft, die Eric Hobsbawn so charakterisierte: „Wenn die Menschheit eine erkennbare Zukunft haben soll, dann kann sie nicht darin bestehen, daß wir die Vergangenheit oder Gegenwart lediglich fortschreiben. Wenn wir versuchen, das dritte Jahrtausend auf dieser Grundlage aufzubauen, werden wir scheitern. Und der Preis für dieses Scheitern, die Alternative zu einer umgewandelten Gesellschaft, ist Finsternis.“³⁸

Wer sich einigermaßen bei Marx, Engels und Lenin auskennt, der weiß natürlich, daß sich unsere Klassiker eisern an die oben ausgewiesene dialektische Forschungsmethode hielten. Es hieße deshalb Eulen nach Athen zu tragen, hierzu sehr viel zu schreiben. Einige wenige Überlegungen soll dies verdeutlichen.

Für die notwendige Weiterentwicklung des Marxismus für das Heute ist wesentlich die Beachtung des Zeitfaktors des marxistischen historischen Denkens im gesellschaftlichen Verlauf und in der Dialektik der Typen der gesellschaftlichen Praxis. In unserer Zeit hat sich das Zeitfenster für die Aufhebung des Kapitalismus weiter geöffnet – im Unterschied zu den Aussagen von Marx und Engels im 19. Jahrhundert und auch von Rosa Luxemburg. Dieser Zeithorizont ist auch viel weiter gespannt, als sich auf dem IV. Weltkongreß der KI (1922) Lenin, Trotzki, Sinowjew, Radeck und Bucharin geschlossen dafür aussprachen, Übergangsforderungen in das Programm der Sektionen und generell in die Programmatik der KI aufzunehmen. Das Fortschreiten der Vergesellschaftung der Produktivkräfte heute, welches im Schoße des imperialis-

³⁸ Eric Hobsbawn, Zeitalter der Extremen, Zürich/Wien 1995, S. 27. Eine lange Zeit ist vergangen, seit er diese schrieb; er verstarb am 1. Oktober 2012.

tischen Kapitalismus *einerseits* objektiv zur Herausbildung einer postkapitalistischen Produktionsweise führt und *andererseits* das Fortschreiten des Niedergangs und der Deformation des subjektiven Faktors besonders durch die katastrophale Niederlage der kommunistischen Arbeiterbewegung im spätkapitalistischen Gesellschaftszustand, der immer mehr barbarische Züge annimmt, zwingt offensichtlich jeden Ausbruch aus dem spätkapitalistischen System historisch längere Fristen zur hoffentlich sozialistischen Lösung dieses Widerspruchs auf. Diesen langen historischen Weg, der sich heute in einer nichtrevolutionären Phase befindet, kennen wir nicht im Vorweg historisch- konkret.

Marx und Engels haben mit ihrem Revolutionskonzept auf den Sieg der sozialistischen Revolution in den hochentwickelten industriellen Ländern ihrer Zeit gesetzt. Die Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ wurde in dieser Sicht geschrieben und die erste, sozialistische Phase der kommunistischen Gesellschaft als ein kurzes Übergangsprogramm skizziert. Und dies zeugt davon, daß auch Marx und Engels von dieser Verkürzung der Weltgeschichte betroffen waren. Dies bezieht sich auch auf Lenin und alle großen Marxisten. Ich füge hinzu: Wir alle haben – mehr oder weniger – in der frühsozialistischen Entwicklungsphase diesem Grundmangel unseren Tribut gezollt; dabei denke ich beispielsweise an unsere Sicht auf die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“, die in Wirklichkeit ein früher Sozialismus war. Es wäre völlig verantwortungslos, die historischen Verkürzungen irgendwie zu verschweigen oder dogmatisch irgendwie „retten“ zu wollen. Marxistisches Denken für das 21. Jahrhundert verlangt vielmehr, Marx, Engels und Lenin weiterzuführen und dabei von Grund aus, ihr theoretisches und methodologisches Denken gemäß unserer Zeit zu bejahen. Und das hat mit Dogmatismus und Revisionismus nicht das Geringste zu tun, sondern verlangt vielmehr, den ideologischen „Objektivismus“ und „Gesetzesfetischismus“ aus der Zeit des frühen Sozialismus zu den historischen Negativakten zu legen.

Nun wissen wir ja, daß es der heutigen niedergegangenen kommunistischen Bewegung neben exzellenten politischen Führern vor allem an marxistischen Denkkoryphäen vom Typ Marx Engels und Lenin mangelt, denen zu Recht das Attribut „Klassiker“ zukommt. Diese Lücke kann nur durch genossenschaftliche Kollektivität geschlossen werden, die ebenfalls eine neue Diskussionskultur involvieren muß, die den notwendigen Meinungsstreit mit der Kraft des logisch-dialektischen Arguments verbindet. Dieser Streit ist lebenswichtig für die Weiterentwicklung des Marxismus für das 21. Jahrhundert. Und wer glaubt, dies mit Stalin machen zu können, lebt meines Erachtens nicht auf diesem Planeten. Dieses *Weiterschreiten* kann jedoch nur gelingen, wenn man sich wieder auf die konsequente Anwendung der Denkmethode Lenins besinnt: Der dialektische „Zusammenhang mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können“ (Werke, 17, 23), war für ihn das Alpha und Omega der Weiterentwicklung des

Marxismus. Dabei darf der „Marxist... als Prämisse seiner Politik nur genaue und unbestreitbar bewiesene Tatsachen annehmen.“ (Werke, 35, 219) Denn der Marxist steht „auf dem Boden der Tatsachen und nicht der Möglichkeiten.“ (Ebenda) Da diese Tatsachenerkundung der wissenschaftlichen Forschung unterliegt – welche die Nutzung von solchen Ergebnissen der bürgerlichen Wissenschaft keinesfalls ausschließt – involviert sie natürlich den wissenschaftlichen Meinungsstreit. Dieser Streit ist lebenswichtig für die Weiterentwicklung des Marxismus heute. Mir scheint allerdings, daß in unserer Zeit Lenins Methodologie für die Weiterentwicklung des Marxismus mit seinem eigenen theoretischen Beitrag etwas beiseite gelegt und durch Ignoranz ersetzt wird; einmal salopp gesagt: ich hätte mir in offen-siv mehr Lenin und weniger Stalin gewünscht. In diesem Zusammenhang ist es lehrreich, daß Lenin selbst auf das wirkliche Übel hingewiesen hat. Er schrieb am 23. Dezember 1910: „Aber die Aufgaben des nächsten und unmittelbaren Handelns änderten sich in dieser Zeit sehr schroff, so wie sich die konkrete soziale und politische Situation änderte und *folglich mußten* auch im Marxismus als einer lebendigen Lehre jeweils *verschiedene* seiner Seiten in den Vordergrund treten.“ (Werke, 17, 24) Und das waren in dieser Zeit Fragen, „die man als Fragen der Taktik zu bezeichnen pflegt“. (Ebenda, S. 25) Sie signalisierten „eine sehr ernste *innere* Krise des Marxismus ... Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschlossene und hartnäckige Kampf für die *Grundlagen* des Marxismus trat wieder auf die Tagesordnung.“ (Ebenda, S. 27) „Die Ursachen für die Unvermeidlichkeit dieses Zerfalls in der gegenwärtigen Zeit zu begreifen und sich zu seiner konsequenten Bekämpfung zusammenschließen ist deshalb für die Marxisten im unmittelbarsten und genauesten Sinne des Wortes die Aufgabe der Epoche.“ (Ebenda, S. 28) Lenin vermittelte in seiner Arbeit „Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung“ - ebenfalls im Jahr 1910 – eine profunde Analyse zur Dialektik der Ursachen für das Entstehen unterschiedlicher Strömungen in der Arbeiterbewegung. (Werke, 16, 353 ff.).

Nach dem Desaster der kommunistischen Weltbewegung und der Niederlage des europäischen Frühsozialismus sollten die Ratschläge Lenins für den Kampf um die langwierige Konstituierung einer modernen revolutionären Partei zur Handlungsmaxime eines jeden Marxisten gehören. Die Weiterentwicklung der Lehren von Marx, Engels und Lenin – unserer Klassiker – kann allerdings heute nur durch genossenschaftliche Kollektivität erschlossen werden. Sie schließt – wie bereits gesagt – den Meinungsstreit ein und er involviert selbstverständlich Unterschiede. Aber auch hier gilt Lenins Ratschlag: Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten müssen diskutiert und theoretische Prämissen geklärt werden. Jedoch müssen diese Auseinandersetzung auf gediegenem Niveau, fair und ohne Unterstellungen und persönliche Verunglimpfungen geführt werden. „Es gibt Dispute, die in Schimpferei, Klatsch und Gezänk ausarten. ... Ohne Diskussionen, Dispute und Meinungsstreit ist keine Bewegung,

auch keine Arbeiterbewegung möglich. Ohne schonungslosen Kampf gegen die Ausartung der Dispute in Schimpferei und Gezänk ist keinerlei Organisation möglich.“ (Werke, 19, 487)

Und noch etwas zu dieser Dialektik in der Analyse der Realität: In diese „darf der Marxismus als Weltanschauung vom historischen Verlauf der Menschheitsgeschichte – Parteilichkeit – nicht einbringen. In der Analyse gilt es vielmehr, die marxistische Methodologie anzuwenden.“ (Jürgen Kuczynski). Hiervon zeugt das gesamte Lebenswerk unserer Klassiker bei der Gestaltung des wissenschaftlichen Sozialismus! Dabei ist *Ideologie in abstracto* fehl am Platz. Haß und Gunst haben in der Erforschung der Analyse der Realität, die ich in offen-siv oft vermisse, nichts zu suchen. Da diese Realitätserforschung „nicht von Prinzipien, sondern von Tatsachen“ ausgeht (F. Engels, Marx/Engels, Werke, 4, 321), gilt die Maxime: ‚sine ira et studio‘ (ohne ‚Haß und Gunst‘, objektiv, sachlich, uneinverständlich). Es gilt heute in der Zeit des imperialistischen Spätkapitalismus strickt, die wissenschaftliche Wahrheit ohne Wenn und Aber zu verfolgen und zu erkunden. Einerseits zeigt die komplexe Vielfachkrise von Finanzen, Wirtschaft, Energie und Klima, von Ernährung und Politik eine Zeitenwende als Bankrott der kapitalistischen Zivilisation an, da sie offenlegt, daß der Spätkapitalismus die Grundfragen der weiteren Existenz der menschlichen Gesellschaft nicht lösen kann. Die Barbarei in Form einer modernen Sklaverei erhebt gefährlich ihr Haupt. Andererseits ist diese Zeitenwende gleichfalls dadurch gekennzeichnet, daß die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte als Folge der digitalen Revolution davon zeugt, der „naturgesetzliche“ (Marx) Prozeß der Weltgeschichte *objektiv* die Zukunft der Menschheit in Richtung Sozialismus/Kommunismus drängt. „In diesem Sinne ist die Perspektive des Klassenkampfes zu einer Frage des zivilisatorischen Überlebens der Menschheit geworden.“ (Werner Seppmann) Der Geschichtsverlauf war, ist und bleibt allerdings offen. Er hängt als neuer sozialistischer Anlauf von der geschichtsmächtigen Formierung eines progressiven subjektiven Faktors ab. Dies verlangt von einer heutigen wirklichen kommunistischen Partei, die noch in den Sternen steht, ein zeitgemäßes Sozialismusbild als historische Menschheitsperspektive als Programm - verbunden mit einem Ausbruchsprogramm (Übergangsprogramm) als historischer langfristiger Weg des Ausbruchs aus dem Spätkapitalismus, worin die strategischen und taktischen Erfordernisse und Probleme kulminieren. Natürlich stehen diese Fragen auf einem anderen Blatt, das hier nicht beschrieben werden kann. Ich bin allerdings verwundert, daß diese eminent wichtige Frage Frank Flegel mit einigen widerspruchsvollen Floskeln unter den Teppich kehrt, ohne den bisherigen Diskussionsstand überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. (S. 44/45) Hierauf komme ich später noch einmal zurück.

Wir haben heute nicht nur den Ursachenkomplex für unsere welthistorische Niederlage aufzuarbeiten, sondern müssen auch die in die vielfältigen neuen Erscheinungen

des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens *theoretisch* eindringen und versuchen, aus den diesbezüglichen Veränderungen die marxistisch theoretischen Folgerungen zu ziehen. Und hier komme ich wieder auf Lenin zurück. Bei diesen Forschungen kann man niemals von den Zeitumständen *abstrahieren*, sondern hat stets davon auszugehen, niemals das Allerwichtigste zu umgehen, „worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.“ (Werke, 31/154) Bei meinen Forschungen zur positiven Veränderung des subjektiven Faktors, zu dem sich bislang ein kaum überschaubarer Diskussionsstoff angesammelt hat, habe ich mich stets bemüht, von der Forderung Lenins auszugehen, „jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Standpunkt dieser ihrer Entwicklung aus zu untersuchen war, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist.“ (Werke, 29, 463) Meine Forschungsarbeiten zum Sozialismusbild heute, zum Ausbruchprogramm, zur Dialektik der Entwicklung der Arbeiterklasse, zur Weltwirtschaftskrise und vielen Fragen der politischen Ökonomie, die stets als Diskussionsbeiträge zu verstehen sind, bezeugen dies. Lenins Methodologie und Theorie hat stets im Mittelpunkt meines forschenden theoretischen Denkens gestanden. Auf Stalin, der beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion gemäß den damaligen Bedingungen lange in einer „Revolution gegen das Marxsche Kapital“ (Antonio Gramsci) wirkte, konnte ich mich dabei methodologisch und theoretisch nicht stützen.

Im Oktober 2000 fand eine gleichnamige Konferenz von RotFuchs und offen-siv in Berlin statt.³⁹ Sie beschäftigte sich mit dem Imperialismus und antiimperialistischen Kämpfen; viele der 21 Redebeiträge wiesen eine hohe Qualität auf, die von Tiefe und Ernsthaftigkeit zeugten. Sie sind deshalb auch noch heute lesenswert. Besonders habe ich mich über den Beitrag von Karel Intera – leider verstorben – (Tschechien) gefreut „Wir müssen unsere Vorstellungen über die sozialistische Epoche konkretisieren“ (S. 232 ff.). Mit ihm befand ich mich über Jahre in einem freundschaftlich genossenschaftlichen Gedankenaustausch zu diesem Thema.

In diesem Heft gab es ebenfalls eine Debatte zu Fragen der marxistischen Parteitheorie, zu der Ulrich Huar referierte, den ich immer als einen aufrechten Kommunisten geschätzt habe. (S. 203 ff.). Vielen seiner Gedanken stimme ich vollkommen zu. Ich finde aber auch den Hinweis, daß viele bürgerliche Publizisten die „Kontinuität von Politik und Theorie von Lenin zu Stalin besser erkennen können, als gewisse ‚Parteitheoretiker‘ der SED und heutige linke Ideologen.“ (S. 213) Mit Bezug auf zwei US-

³⁹ Imperialismus und antiimperialistische Kämpfe im 21. Jahrhundert, Hannover 2001, 288 Seiten.

amerikanische Wissenschaftler schließt er sich diesen ohne Einschränkung wie folgt an: „Es ist unsere Auffassung, daß die politische Entwicklung in der Sowjetunion nach der Oktoberrevolution die logische Konsequenz des von Lenin konzipierten Modells für Partei und Gesellschaft war. In diesem Sinne ist selbst Stalin nicht mit dem Bruch zu diesem Modell zu sehen, sondern als seine Konsequenz, dessen innere Logik sich unter den objektiven bestehenden historischen Umständen der Stalinschen Ära voll entfalten konnte.“ Ulrich Huar schreibt: „Dem ist zuzustimmen.“ Später wird Huar noch deutlicher: Daß die marxistisch-leninistischen Parteien von Parteien neuen Typus, „graduelle qualitative Veränderungen innerhalb ihrer marxistisch-leninistischen Qualität entsprechend den neuen Kampfbedingungen des 21. Jahrhunderts erfahren wird, ist anzunehmen (richtig! I. Wagner), darüber aber heute Spekulationen anzustellen ein müßiges Unternehmen. (warum? I. Wagner) Von den Axiomen einer revolutionären Partei, wie sie bereits von Marx und Engels und Lenin ausgearbeitet und von Stalin ‚voll entfaltet‘ (fett und abgehoben von I. Wagner) wurden, können keine Abstriche gemacht werden, ohne ihren revolutionären Charakter aufzugeben, ohne zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei mit ‚sozialistischem‘ Etikett zu verkommen.“ (S. 226)

Starker, lang anhaltender Beifall. Es gab allerdings zaghaften Widerspruch. So meinte Annemarie Mühlefeldt (Berlin) u.a. „Ich möchte hier nur sagen: meines Erachtens ist Stalin aber auch keine Weiterentwicklung der Leninschen Parteitheorie. Diesen Begriff ‚volle Entfaltung‘ kann ich auch nicht verstehen als ein positives Verständnis oder eben gar Weiterentwicklung der Leninschen Parteitheorie. ...“ (S. 228) Huar antwortete, „daß er durchaus weiß, was passiert ist in den 30er Jahren und auch in den 50er Jahren, wobei ich diese Sachen allerdings nicht außerhalb des historischen Kontextes stelle.“ (S. 229) Er zog sich auf die noch verschlossene Quellenlänge der Parteiarchive zurück, brachte andere Fragen ins Spiel und meinte abschließend: „Ich respektiere andere Meinungen dazu. Aber ich bin mit diesem Problem noch nicht durch, jedenfalls nicht, solange wir an diese Archive nicht herankommen, die bis heute nicht zugänglich sind. Ich glaube, das genügt. Da haben wir ein bißchen andere Meinung, aber das macht ja nichts.“ (Heiterkeit, Beifall)

Huar hat sich wie es in offen-siv 7/08 (S.58) heißt: „Wir trauern um Ulrich Huar“, verstärkt der Arbeit „zur Erforschung der Stalin-Epoche der Sowjetunion“ gewidmet. Davon zeugen seine beiden Schriften in offen-siv Stalin als Theoretiker des Marxismus-Leninismus: Stalins Beiträge zur Parteitheorie, Heft I (3/03) und Heft II (4/03). Offen-siv gab danach in 9/03 „Stalin zum Klassenkampf“ heraus. Alle diese Literatur habe ich gelesen. Die diesbezüglichen Probleme bleiben allerdings hier außer Betracht, da sie auf anderen Blättern stehen.

Denn ich bleibe hier bei meiner dargelegten **Grundauffassung**, daß sich die Neugründung der kommunistischen Bewegung nicht in Stalins langen Schatten vollziehen kann. **Mein theoretischer und methodologischer Ansatz hierfür bleibt Lenin als der bedeutendste Revolutionär der Weltgeschichte.** „Er wird es wohl auch für alle Zeiten bleiben, denn künftige revolutionäre Umwälzungen werden wohl nicht mehr so eng mit dem Namen eines einzelnen verbunden sein. In Lenins Unersetzbarkeit lag seine große persönliche Tragödie. In seinem Hinscheiden ahnt er das Anfang vom Ende seines Lebenswerkes.“ (Werner Pirker) *Und heute? Ohne Lenin gibt es keinen Neuaufbau der kommunistischen Weltbewegung!*

Diese Frage, die ich kontrovers zur „Generallinie“ von offen-siv dargelegt habe, ist allerdings die Kehrseite einer anderen, der ich ebenfalls offen-siv nicht folge. Ich meine „Die Legende von der revisionistischen Wende“ mit der sich das Leipziger Marxistische Forum in Beiträgen von Ingo Wagner, Siegfried Kretschmar, Ekkehard Lieberam, Herbert Münchow, Werner Roß und Robert Steigerwald kritisch auseinandergesetzt hat.⁴⁰ Was hier auf 48 Seiten abgehandelt wurde, kann auch heute nachgelesen werden. Ich muß mich wegen des beschränkten Umfangs meines Beitrages hier auf einige Andeutungen zur Sachlage beschränken, die die Kontur der bestehenden Meinungsverschiedenheiten sichtbar werden lassen. Zur Sache.

Harpal Brar schrieb ein Buch „Perestrojka - Der vollständig Zusammenbruch des Revisionismus“, (London 2002), Herausgeber offen-siv; ich hatte das Vergnügen, mit dem Autor anlässlich seines Vortrages in der Leipziger DKP-Parteigruppe zu diskutieren. Seine Schrift habe ich gründlich gelesen. Daß die Perestrojka als vollständige Abweichung vom Leninismus zum Zusammenbruch der Sowjetunion führte, ist eine historische Tatsache. Ob sie aber den vollständigen Zusammenbruch des Revisionismus bedeutet, ist für mich fraglich. Abgesehen von meinem Haupteinwand zu diesem Buch, der sich auf das Kapitel „Ökonomie des Klassenkampfes im Sozialismus“ bezieht, will ich gern meine Notiz nach dem Studium dieser Schrift wiedergeben: „Wenn man Gossweiler zu Ende denkt, landet man bei B. = der Tod eines zeitgemäßen marxistischen Sozialismus; so kommt eine linke Sammlungsbewegung niemals zustande; keine wissenschaftliche Näherung; (methodologisch theoretisch) ein totales Fiasko; so ist eine marxistische Geschichte unmöglich.“ Keine weitere Bemerkung!

Und damit sind wir bei Kurt Gossweiler, den ich als einen exzellenten Faschismusforscher außerordentlich achte. Aber meine Differenz zu ihm in den hier zu besprechenden Fragen, die ist nicht überbrückbar. Einige Bemerkungen zur Sache. In „Walter Ulbricht - Zeitzeugen erinnern sich“, Herausgegeben von Egon Krenz (Das Neue

⁴⁰ Heft 56, Leipzig, Juni 2008.

Berlin, 213) schließt er seinen Beitrag „Unter Ulbricht widerstand die SED dem Revisionismus maximal“ mit folgende Sätzen:

„Bleibt die Frage: war die Niederlage des Sozialismus unvermeidlich?“

Nein, sie war nicht unvermeidlich, wenn die Marxisten-Leninisten den Vorstoß des Revisionismus im Keime erstickt hätten, also schon bei der Rehabilitierung Titos oder auf dem XX. Parteitag der KPdSU. Allerspätstens hätte bei der Absetzung Chruschtschows 1964 dessen wahre Rolle offengelegt werden müssen.

Ja, die Niederlage war unausbleiblich, weil den Revisionisten erlaubt wurde, die Parteiführung zu erobern und in ihr zu verbleiben. Denn der Kampf gegen den Imperialismus kann nur erfolgreich geführt werden, wenn dieser im eigenen Lager keine Verbündete findet.

Es wird lange dauern, bis diese Wahrheit wieder Allgemeingut aller Kommunisten geworden sein wird.

Es ist unsere Aufgabe als Kommunisten, diesen Prozeß zu beschleunigen, damit die kommunistische Bewegung wieder eine geschichtsmächtige Kraft wird, noch bevor der Imperialismus die Menschheit in den Untergang getrieben hat.“ (S. 425)

Richtig ist, daß die Niederlage des Sozialismus und der kommunistischen Weltbewegung tatsächlich eine solche welthistorische Katastrophe war, die auch in Zukunft die Alternative - den „gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen“ – nicht ausschließt. (Marx/Engels: Manifest der kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 462) Zu den Ursachen des Scheitern des realen Sozialismus hat sich eine immense Decke von Diskussionsmaterial angesammelt, das hier nicht vorgestellt werden kann. Vermerkt sei nur: Ohne eine marxistische Analyse der Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus, die zugleich die Lehren, die aus der Niederlage zu ziehen sind, involviert und für die Wiedergeburt der sozialistisch/kommunistischen Bewegung nutzbar macht, wird es keinen kommunistischen Neuanfang geben. Eine solche Analyse kann allerdings nicht ohne klare Unterscheidung zwischen überprüfbaren Fakten, also historischen Behauptungen, die auf Quellenmaterial beruhen und sich beweisen lassen und Fiktionen, bei dem das nicht der Fall ist, die oft nur als „Funktionen“ bereits vorgegebener Kategorien und Probleme, die subjektive, imaginäre politische und ideologische Auffassungen widerspiegeln, auskommen. Mythen und Erfindungen an die Stelle von Geschichte zu setzen, ist vielleicht „wichtig für die Politik der Identität, durch die Gruppen von Menschen ..., die in einer unsicheren und wankenden Welt eine gewisse Sicherheit finden wollen ...“ (Eric Hobsbaswm) Sie scheiden allerdings für eine solide Erforschung des Ursachengefüges der Niederlage des europäischen Sozialismus aus, wie ich dies nunmehr am Beispiel der Revisionismusdebatte anmerken möchte.

Daß das Ursachegefüge ein kompliziertes ist, das man nicht mit wenigen Sätzen abhandeln kann, leuchtet ein. Ich selbst habe hierzu einen Beitrag geleistet, der die „Behauptung“, die Niederlage des Sozialismus in Europa sei „gesetzmäßig“ gewesen, widerlegt.⁴¹ Was im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Arbeit steht, ist der Fakt, daß Gossweiler den Revisionismus, den es in verschiedenen Konstellationen im Zusammenhang mit dem Dogmatismus **tatsächlich** gab, zu einem **Revisionismus-Golem** formiert, mit dem man „alles“ und „nichts“ beweisen kann. Mit diesem Zauberstab wird die wirklich wissenschaftlich konkrete Forschung an die Wand gefahren, in dem die tatsächlichen Zusammenhänge in bestimmten historischen Konstellationen einem subjektiven Zweck untergeordnet werden. Vom tieferen inneren Dreh- und Angelpunkt der Niederlage des europäischen Sozialismus, dem Zerfall der kommunistischen Parteien, die Aufgabe ihres Leninschen Charakters, die bereits mit Stalin begann, wird so abgelenkt. Damit wird sogleich suggeriert, wonach der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion sich nur in der Stalinschen Fassung der Theorie der Leninschen Partei neuen Typs vollziehen konnte – also in einer Fassung, die aus einem „bedeutenden Anteil Stalins an der Entwicklung und Stärkung der KPR (B)/KPdSU bestand.“ (Ulrich Huar) So wird versucht, die historische Rolle Stalins aufzuwerten, um ihn zu einem „Identifikationsmerkmal“ der kommunistischen Bewegung **heute erklären** zu können. Also war Chruschtschow die Katastrophe.

Es ist wohl unbestritten, daß es in der marxistischen Gesellschaftstheorie mit dem XX. Parteitag der KPdSU eine subjektivistische und voluntaristische Intention gegeben hat. Ich habe das gesamte Schrifttum von Gossweiler zu den Ursachen für den Sieg der Konterrevolution in Europa gründlich gelesen; ich kann seine Überlegungen nicht nachvollziehen. Da er sich durch Stalinsche Parteilichkeit auszeichnet, habe ich mich schon seit langem entschlossen, keine Debatte mehr mit ihm zu führen.⁴² Meine „abschließende“ Einschätzung seiner Position kann man im angegebenen Heft 56 des Marxistischen Forums nachlesen.

Abschließende Überlegungen zum Revisionismuskomplex. Lieber Frank Flegel, Du wirfst mir vor, daß ich die Revisionismusforschung ignoriere. Natürlich habe ich die Publikationen, die Du erwähnt, nicht nur gelesen, sondern überwiegend auch gründ-

⁴¹ I. Wagner: War die Niederlage des Sozialismus in Europa gesetzmäßig? (Thesen), in: Zu Ursachen des Scheitern des europäischen Sozialismus, in: Marxistisches Forum, Heft 49; Vorarbeit in: offen-siv 14/98: War die Niederlage des europäischen Sozialismus gesetzmäßig?“ (S. 38 ff.) Viele Überlegungen hierzu befinden sich in meinen Publikationen. Sie bleiben hier außer Betracht.

⁴² Er hat mich einige Male als „revisionistische“ Folie mißbraucht, um seine Niederlagenanalyse – zum wievielten Mal? – als die einzig richtige der Öffentlichkeit zu präsentieren.

lich studiert und mich mit ihr in vielen meiner Publikationen kritisch auseinandersetzt. Und ich habe niemals behauptet, „daß für all die Probleme und Niederlagen Stalin verantwortlich sei.“ (S.44) Dies könnte nur ein Dummkopf. Das nur nebenbei. Thomas Metscher hat wohl Recht, daß eine Lösung des Revisionismusproblems mit Blick auf die zukünftige sozialistische Entwicklung nur möglich scheint, „wenn überall dort, wo über Revisionismus gesprochen wird, auch über Dogmatismus gesprochen wird. Meine Vermutung ist, daß Revisionismus und Dogmatismus zusammengehören wie die Henne und das Ei. Der Dogmatismus hat erst den Revisionismus hervorgebracht und – und wird es immer so tun.“ (junge Welt, 17. Januar 2008, S. 14.) Daß die Gründung der Sowjetunion weder ein revisionistischer noch ein dogmatischer Akt war, versteht sich. Leider sind solche revolutionären und theoretischen Genies wie Lenin, die in einer marxistischen Partei das Spannungsverhältnis zwischen Dogmatismus und Revisionismus minimieren können, historische Ausnahmen; hiervon zeugen z.B. Lenins genialen Schriften wie „Staat und Revolution“ (Werke, 25, S. 392 ff.), „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ (Werke, Bd. 31, S. 5 ff.) u.a. Überhaupt haben unsere Klassiker in Abgrenzung von solchen Abweichungen, die in Lücken des Erkenntnisprozesses selbst verankert sind, diese durch ihre permanente Forschungsarbeit ständig geschlossen. In meiner Sicht steht Stalin für den Dogmatismus, dem zugleich ein bestimmtes Maß an Revisionismus inhärent ist. Mit Blick auf den konterrevolutionären Untergang der Sowjetunion enthält der Voluntarismus und Subjektivismus Chruschtschows ein revisionistisches Moment sui generis, welches aber keinesfalls als eine durch den XX. Parteitag eingeleitete Wende zu bezeichnen ist. In der nachfolgenden Zeit gab es eine gewisse Symbiose von Dogmatismus und Revisionismus, die schließlich in Revisionismus und Konterrevolution mündete. Nicht der XX. Parteitag hat diese Tragödie ausgelöst, sondern sein *historisches* Scheitern. Die wesentlichste **innere** Ursache für das Scheitern einer neuen Entwicklungsrichtung lag am desolaten Zustand der Partei, in der sich nach Stalins Tod keine echte Negation der Negation vollzog, sondern nach wie vor die Kontinuität in historischer Tradition manifestierte. Chruschtschow brach zwar mit dem Stalinschen Terror. Es fehlte allerdings die strategische Klugheit, die programmatische Klarheit und die Voraussicht der Führung insgesamt, der es nicht gelang, den von Stalin geprägten Parteityp durch den originären Leninschen zu ersetzen. Die „Ersetzung“ erfolgte nur auf dem Papier. In praxi begann sich in der Folgezeit ein solcher Revisionismus breit zu machen, der in die Konterrevolution einmündete. Da es nach Stalins Tod nicht gelang, die durch ihn tradierte Kontinuität zu brechen, durch eine wirkliche leninistische Diskontinuität zu ersetzen, können diese negativen durch ihn gesetzten Ursachen in ihrer historischen *Fernwirkung* nicht aus dem Ursachenge-

füge⁴³ ausgeklammert werden. Sie sind ein wesentlicher Grund für die Niederlage des frühen europäischen Sozialismus. Die notwendige Analyse muß bis zu Stalin zurückgeführt werden, wenn diese Ursachen begriffen werden sollen.

Abschließend meine Folgerung: Wer versucht, das Stalinsche Erbe zum kommunistischen Identitätsmerkmal einer kommunistischen Partei heute zu machen, der ist nicht nur nicht imstande, die Probleme des Übergangs zum Sozialismus in unserer Zeit sowie einen Grundriß einer sozialistischen Gesellschaft für das 21. Jahrhundert zu entwerfen; der will der kommunistische Bewegung einen solchen neostalinschen Holzweg aufzwingen, der ohne jede sozialistische Zukunftserhellung ist. Wir benötigen für eine solche Zukunftserhellung keinen neostalinschen Parteityp im Gewand des „Marxismus-Leninismus“ Stalinscher Prägung, sondern den originären Lenin, der die entscheidenden politischen, ideologischen und theoretischen Grundlagen für den Oktobersieg gelegt hat und der aus gutem Grund zu dem Dreigestirn unserer Klassiker gehört, worin sich der Kern der kommunistischen Identität der kommunistischen Bewegung in unserer Zeit repräsentieren muß.

Der nächste Schritt wäre wohl, einen kurzen analytischen Blick auf die Lage in der kommunistischen Bewegung in Deutschland zu werfen, um Folgerungen für den langfristigen Aufbau einer einflussreichen politischen kommunistischen Partei zu schaffen. Hiervon hängt die Wiederbelebung des progressiven subjektiven Faktors ab. Das ist überhaupt die Gretchenfrage unserer Zeit. Da dürfte es wohl Übereinstimmung zwischen uns allen geben. Dieter Itzerott ist zuzustimmen, wenn er meint: „Es bedarf der Aufnahme eines sowohl regionalen wie auch bundesweiten Dialogs zwischen den kommunistischen Gruppierungen und Organisationen. Natürlich muß man die Frage aufwerfen: Wer soll in den Dialog einbezogen werden? Der Meinungsaustausch müsste für alle sich als kommunistisch definierende Kräfte offen sein, die Partei ‚Die Linke‘ hätte dabei nichts zu suchen. Der Dialog sollte vorurteilslos begonnen werden.“ (offen-siv 2013, S. 46) Ja! ***Der Dialog sollte vorurteilslos begonnen werden!*** Aber Itzerott hält sich selbst nicht an seine Maxime. Er meint zu mir: es „ist schon als eine ziemliche Anmaßung zu bezeichnen, solche Bedingungen (zeitgemäßes Sozialismusbild, Weiterentwicklung des Marxismus heute u.a. Ingo Wagner) aufzustellen, ohne auf die Arbeiten von Kurt Gossweiler, Hans-Heinz Holz und auch meiner Wenigkeit einzugehen.“ Auf seine „Wenigkeit“ bin ich schriftlich nicht eingegangen. Aber zu den anderen genannten Autoren habe ich mich sehr gründlich in der Schriftenreihe des Leipziger Marxistischen Forums (kritisch) geäußert und ebenfalls in meiner Sicht zu Fragen des Marxismus heute, zum Ausbruchsprogramm und vielen

⁴³ Die Analyse dieses Ursachenkomplexes kann hier nicht erfolgen, da sie das Thema sprengen würde. In meinen Publikationen habe ich diese Frage ausgiebig behandelt.

anderen. Itzerott meint nun ohne jede Kenntnis meiner umfangreichen Literatur: „Wagner versucht hier, in einer spezifisch Art ideologischen Nebels Abschied zu nehmen von Lenins Parteitheorie. Diese aber ist epochal, nur sie hat die Kommunisten in die Lage versetzt, die Welt zu verändern. Deshalb ist es seitdem immer die Hauptlinie des Revisionismus gewesen, diese Leninsche Parteitheorie zu zerstören.“ (S. 46)

Im Unterschied zu diesem bombastischen Wortgeklingel will ich mich argumentativ bemühen nachzuweisen, daß der von offen-siv eingeschlagene Kurs ein solcher Holzweg ist, der nicht geeignet ist, den subjektiven Faktor marxistisch zu organisieren, mit unübersehbaren Folgen für unsere kommunistische Sache. Ich gehe hierfür mit meiner Zustandsbeschreibung der Lage in der kommunistischen Bewegung in unserem Land davon aus, daß diese mehr als besorgniserregend ist, so daß ich leider sagen muß: „Es steht schlecht um unsere kommunistische Sache!“ Nach der Niederlage des frühen europäischen Sozialismus ist es zu einer fast tödlichen Krise dieser Bewegung gekommen. Die noch vorhandenen kommunistischen Organisationen sind überwiegend Splittergruppen, die sich auf „eigene“ Traditionen, einen „eigenen“ Erfahrungshorizont und insofern auf eine „eigene Existenzberechtigung“ berufen. Kennzeichnend sind Zersplitterung, Konfusion und erhebliche Meinungsunterschiede. Insofern gibt es nicht eine kommunistische Linke, sondern viele. Ich verzichte hier bewußt auf die Darstellung ihrer „inneren Entwicklungsdialektik“, die mir bekannt ist, da sie den Rahmen meines Beitrag weit sprengen würde. Abheben möchte ich nur, daß sie mehr oder weniger in Stalins langem Schatten agieren und in erheblichem Maße ultra-linke, revisionistische und dogmatische Züge aufweisen. Eine prononcierte Rolle spielte hierbei die von der „Zeitschrift für Sozialismus und Frieden“ offen-siv inspirierte Kommunistische Initiative unter dem Leitgedanken „Klarheit vor Einheit“, die nicht nur für die Rezeption des Stalinschen Parteityps plädierte, sondern zugleich das widerspruchsvolle in der Ära Stalins liegende Ursachengefüge dafür, daß der sozialistischen „Brückenkopf“ nicht gehalten werden konnte, negierte und verfälschte. Stalins langer Schatten gebar hier wahrhaft dämonisch Ungeheuerliches.⁴⁴ Sie ist Geschichte, ihr Untergang war so destruktiv jämmerlich, daß es sich nicht lohnt, ihr eine Träne nachzuweinen. Ob hieraus offen-siv die richtigen Folgerungen gezogen hat? Bislang kaum! In meiner Sicht befindet sich die Kommunistische Initiative (Gera 2010) auf einem hoffnungsvollen Weg, der zur Mitarbeit animiert.

Die *Deutsche Kommunistische Partei* ist eine marxistische Partei, aber noch ohne effektiven politischen Masseneinfluß. Sie ist in meiner Sicht die einzige kommunisti-

⁴⁴ Siehe Werner Roß: Klarheit und Einheit im Spannungsfeld von Kommunisten, in Heft 65 des Marxistischen Forums, a.a.O. Seite 52 ff.

sche Organisation, von der man eine überschaubare Zukunft erwarten kann, die den heutigen Erfordernissen gerecht werden könnte. Notwendig wäre hierfür allerdings, den politisch-theoretischen, revisionistischen und dogmatischen Schwächeanfall zu überwinden und ihren Erneuerungskurs energisch fortzusetzen. Hierfür spricht nicht nur ihre Geschichte, sondern vor allem auch ihr neues Parteiprogramm, das sich auf die Lehren von Marx, Engels und dessen Nachfolger stützt und sich an der marxistisch-leninistischen Weltanschauung orientiert. Dieses Programm ist vor allem auch deshalb verteidigungswert, da es auf dem Boden des wissenschaftlichen Sozialismus dem Revisionismus und Dogmatismus bestimmte Schranken setzt und so den Weg zu einer konstruktiven Weiterentwicklung ermöglicht. Die Attacken von *offen-siv* auf dieses Programm, das als revisionistisches abgestempelt wird, sind abstrus. Natürlich enthält es auch einen solchen Kompromißcharakter, der zu seiner Weiterentwicklung zwingt. ***Wer aber nach der Katastrophe unserer weltweiten Niederlage ein „lupenreines“ Parteiprogramm erwartet und selbst nichts als den Revisionismusgolem vorzuweisen hat, lebt nicht auf diesem Planeten.*** Natürlich bedarf das programmatische Sozialismusbild einer weiteren Konkretisierung und die Gestaltung eines langfristigen Ausbruchsprogramms steht in unserer nichtrevolutionären Zeit noch aus. Und was mich persönlich betrifft: Mein jahrelanger Kampf gegen die Sozialdemokratisierung der PDS war leider vergeblich. Deshalb bin ich mit der Annahme des Chemnitzer Parteiprogramms, mit dem dieser Prozeß abgeschlossen wurde, aus dieser Partei ausgetreten. Danach habe ich mich öffentlich als Sympathisant der DKP ausgewiesen und in diesem Sinne als marxistischer Publizist und als Mitglied des Marxistischen Forums Sachsen nach Maßgabe meiner Möglichkeiten bemüht, die DKP in ihrer Arbeit theoretisch – so auch bei ihrer Programmgestaltung – zu unterstützen.

Selbst habe ich mich mit vielen anderen Marxisten für einen für einen langfristigen Aufbau einer einheitlichen revolutionären marxistischen Partei in Deutschland auch unter Bedingungen einer nichtrevolutionären ausgesprochen. Denn die existentielle Grundbedingung der Subjektbildung und Schaffung von Gegenmacht im Ergebnis von vielfältigen, unterschiedlichen, elementaren und bewußten *Klassenkampfverfahren* ist nun einmal eine moderne revolutionäre kommunistische Partei, die den Klassenkampf national und international fördert und organisiert. Deshalb habe ich alle Bemühungen unterstützt, sich im Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus zusammenzuschließen. Im Unterschied zur Losung des *offen-siv* „Erst Klarheit – dann Einheit“ habe ich gefordert, unabhängig von den bestehenden Differenzen mit der „Einheit“ zu **beginnen**, diese aber an eine *nachgeordnete* Stelle zu rücken und später perspektivisch auf dem Boden unserer Klassiker und der Weiterentwicklung des Marxismus unter den Bedingungen unseres Jahrhunderts zu lösen. Itzerott dagegen, der einerseits meint, der „Dialog sollte vorurteilslos begonnen werden“, stellt nun einen „Ablaufplan“ vor, der faktisch unterstellt, daß der Dialog *positiv* (!!!) verläuft, das

heißt, daß alle Diskussionsteilnehmer *seiner* Intention folgen: „Alle historischen Fakten sind im Lichte der historischen und theoretischen Leistungen Stalins zu prüfen.“ (S. 47) Und da ich das nicht mache, bin ich natürlich „Revisionist“ und will „die Leninsche Parteitheorie zerstören.“ (S. 46/47) Von dialektischer Weisheit zeugt diese „Erkenntnis“ nicht. Zunächst. Diese Differenzen sind so tief verwurzelt (aus welchen Gründen auch immer), daß sie nicht von heute auf morgen zu lösen sind. Hierzu ist eine längere historische Etappe notwendig, die die Lebenszeit der älteren Generation weit überschreiten dürfte. Und dann sind wahrscheinlich alle Messen gelesen und die soziale Existenz unseres Planeten könnte nicht mehr aufgehalten werden. Mein Vorschlag bedeutet also überhaupt nicht, daß die andere Seite kapitulieren müßte. Denn der **Beginn** einer *solchen* Einheit schließt ja sofort den **Start** der kollektiven Auseinandersetzung ein. Und dort sind keine subjektiven Ideologiegebilde, sondern wissenschaftlich Tatsachen - gewonnen mittels der Anwendung der Leninschen Forschungsmethodologie - gefragt. Allerdings wissen wir nicht, wie lang sich ein solcher Klärungsprozeß hinziehen wird. Aber ihn auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben, das wäre in meiner Sicht ein politisches Verbrechen in Hochpotenz. Und weil das so ist, will ich mich anschließend in gebotener Kürze **theoretisch-historisch** zu dieser Frage äußern.

Lenin hat in seiner Schrift „Was tun“ (Werke 5/354 ff.) zu brennenden Fragen unserer Bewegung das Verhältnis von Arbeiterbewegung und revolutionärer Sozialdemokratie analysiert und dabei herausgearbeitet: „Bevor man sich vereinigt und um sich zu vereinigen, muß man sich zuerst entschieden und bestimmt voneinander abgrenzen.“ **Ohne diese Marschrichtung hätte es keinen Roten Oktober gegeben!** Der Sieg der Bolschewiki 1917 ist deshalb ohne Lenin undenkbar. Die Oktoberrevolution öffnete das Tor dafür, daß der Sozialismus einen immensen Beitrag zu den weltweiten zivilisatorischen und sozialen Wandlungen leisten konnte. Der Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens und sein wesentlicher Anteil an der Zerschlagung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg sind Ruhmesblätter in den Analen der Weltgeschichte. Blicken wir aber heute nach vorn in die weitere geschichtliche Entwicklung ist nicht Stalin, sondern der für das Heute weitergedachte Lenin unser methodologischer und theoretischer Wegweiser. Obwohl viele substantielle welthistorische Kernaussagen Lenins ihre volle Gültigkeiten behalten, wäre es für unsere Zeit (mehr als) **dogmatisch**, den welthistorischen Unterschied zur damaligen Zeit außer Acht zu lassen. Die Niederlage der internationalen kommunistischen Bewegung war zwar kein gesetzmäßiges Ende, jedoch eine solche historische Katastrophe, die uns zwingt, die oben ausgewiesene Feststellung Lenins neu zu durchdenken, da sich die Geschichte niemals in derselben Form wiederholt. Hierzu habe ich in RotFuchs April / 2013 (RF Extra III) einen umfangreichen Beitrag geleistet: „**Strategische Überlegungen in einer nichtrevolutionären Etappe – Lenins Werk ‚Was tun‘ aus heutiger Sicht**“, der auch in Rußland

erschienen ist, worüber ich mich sehr gefreut habe. Da es mir im Rahmen meines Beitrags für offen-siv nicht möglich ist, mein Begründungsgefüge insgesamt vorzustellen, habe ich natürlich keine Einwände für einen weiteren Abdruck ebenfalls in offen-siv. Das würde sicherlich die Diskussion beleben. Abheben möchte ich hier nur noch, daß meine von Dir, lieber Frank Flegel, beanstandete These zu „Klarheit und Einheit“ auf Anwendung der Leninschen Methodologie für das Heute beruht. Lenins Überlegungen in „Was tun“ sind mit Blick auf das 21. Jahrhundert mit seiner Forderung fortzuführen, „jede Frage von dem Standpunkt aus zu betrachten, wie eine bestimmte Erscheinung in der Geschichte entstanden ist, welche Hauptetappen diese Erscheinung in ihrer Entwicklung durchlaufen hat, und vom Standpunkt dieser Entwicklung aus zu untersuchen, was aus der betreffenden Sache jetzt geworden ist.“ (Werke, 29/463) Und das habe ich getan. *Wer das dogmatisch unterläßt, landet dann wirkliche im Revisionismus und bei der Ablehnung der Leninschen Parteitheorie.*

Abschließend will ich diese Positionierung mit einigen prinzipielle Bemerkung zur „Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland“ - **RotFuchs** - verbinden. Denn ich wurde auf dessen Gründungsversammlung der Regionalgruppe Sachsen im April 2002 auf Vorschlag von Dieter Itzerott zum Vorsitzenden gewählt. Ich habe diese Tätigkeit einige Jahre durchaus erfolgreich gemacht und bin - trotz einiger Entwicklungsschwierigkeiten dem RotFuchs treu geblieben. Die positive Entwicklung dieses Fördervereins hat mich deshalb besonders erfreut, weil dessen präzisierete Programmlosung meinen hier dargelegten Gedanken Rechnung trägt: **„Einigung - mit dem Ziel der Vereinigung!“** Klaus Steiniger meint zu Recht: In der jetzigen nichtrevolutionären Situation gilt es zunächst „Nägel mit Köpfen“ zu machen. (RF, Oktober 2012) Er wendet sich nachdrückliche gegen „linke Revoluzzer, deren Sektierertum keine geringere Abweichung vom Marxismus darstellt als die rechtsopportunistische Preisgabe von Prinzipien.“ (RF, Februar 2011) Im RotFuchs wird darauf verwiesen, daß sich niemand einen Gefallen tut, „wenn er aufs hohe Roß eines Alleinvertretungsanspruchs innerhalb der Linken steigt, andere ignoriert und die reale Existenz mehrere unterschiedlich profilierter kommunistischer Parteien von verschiedener Größe außer acht läßt“. (RF, Mai 2012) Ja! So ist es. Hier wird Lenins Rat für das **Heute** gefolgt: **Ein gediegenes Maß an theoretischer und politischer Vernunft bei dem zumindest mittelfristigen Prozeß der abermaligen Herausbildung einer einflußreichen marxistischen Partei in Deutschland walten zu lassen, bei dem es sich um einen komplizierten Marsch zwischen Skylla und Charybdis handelt.** Der RotFuchs als politische Organisation ist zwar keine Partei. Aber in meiner Sicht ist hiermit das **Grundpostulat** für die langfristige Herausbildung einer deutschen kommunistischen Partei formuliert.

Nunmehr möchte ich meinen Beitrag mit einigen grundsätzlichen theoretischen Bemerkungen zu solchen Erfordernissen abschließen, die für die Umsetzung dieses kom-

plizierten historischen Marschs unentbehrlich sind. Die Wiederbelebung des subjektiven Faktors lassen sich nur durch eine **Wiederentdeckung und Weiterentwicklung** des Marxschen Kommunismus für die Zukunft der Menschheit realisieren. Dieses „Weiterschreiten“ kann aber nur gelingen, wenn man sich erneut an der Denkmethode Lenins orientiert. Daß der Marxismus nicht widerlegt werden kann, hat Lenin als genialer schöpferischer Marxist und Mann der revolutionären Tat in Anwendung der allgemeinen marxistischer Grundsätze auf die neue Situation mit der Oktoberrevolution geschichtsbildend bewiesen. Lenin, der mit der Kraft eines Genies ausgestattet war, gehört auch deshalb zu den revolutionären Führern der Arbeiterklasse, denen mit Fug und Recht das Prädikat Klassiker zukommt. Hieran zu erinnern (auch offen-siv), scheint mir deshalb erforderlich zu sein, da Lenins Methodologie für das Weiterdenken des Marxismus und sein Beitrag zur Theorie von Marx und Engels häufig beiseite gelegt werden. Es ist zutreffend, daß Lenin einerseits den Kern des Marxismus als in sich „geschlossen und richtig“ ideologisch verteidigte (Werke, 19/3ff.) Andererseits bedeutete es aber bei ihm niemals, die Lehre von Marx und Engels als **geschlossenes** System zu begreifen. Die Leninsche Methodologie in ihrer Anwendung auf das Weiterdenken von Marx und Engels enthält durchgängig auch eine selbstkritische Fortschreibung des eigenen strategisch-politischen und theoretischen Beitrags. Lenin begriff und handhabte die Marxsche Lehre dabei als ein zutiefst **offenes** System.

Mit der frühsozialistischen Entwicklung hat sich ebenfalls der Marxismus als System verändert. Einerseits kam es als Folge der Deformation des Sozialismus in der Sowjetunion gleichfalls zu Verformungen des Marxismus. „Mit der Erhebung Stalins zum Non-Plus-Ultra des Marxismus waren Vereinfachungen, Verkürzungen, Dogmatisierung gegeben, die sich später – zumal bei völliger Abschließung von internationalen Entwicklungen – dramatisch auswirken sollten.“ (R. Steigerwald, Marx-Engels-Stiftung, Hochschulschriften 75, Köln 2008, S. 123) Andererseits entwickelten sich die marxistischen Fachrichtungen für verschiedene Lebensbereiche mit teilweise erheblichem Erkenntnisgewinn. Mit der Niederlage der kommunistischen Weltbewegung und des europäischen Frühsozialismus zeigte sich so im Kernbestand des Marxismus eine erhebliche Modifizierung. Es war insofern eine Schrumpfung sui generis. Denn in Sicht des chaotischen Debakels des sozialistischen subjektiven Faktors verwandelt sich die Möglichkeit der Realisierung des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft wieder in eine prozeßhaft-konkrete Utopie. **Jedoch geht objektiv der epochale Übergang zum Sozialismus/Kommunismus als objekt-gesetzmäßiger Prozeß besonderer historischer Art weiter.** Daß im imperialistischen Spätkapitalismus durch die enorme Vergesellschaftung der Produktion in den hochindustriellen Ländern infolge der digitalen Revolution enorm voranschreitet, legt Zeugnis von der prognostischen Weitsicht von Karl Marx ab, daß die Existenzbedingungen für den Sozialismus/Kommunismus „im Schoße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet“

werden. (Werke 13/9) Dabei wird heute zugleich die Epoche des Imperialismus als Niedergang des Spätkapitalismus fortgeführt. Dessen historischer Platz ist es nach wie vor, Übergangsphase zu einem künftigen Sozialismus zu sein. **So setzt sich der „naturhistorische Prozeß“ (Marx) der geschichtlichen Evolution im 21. Jahrhundert fort.** Insofern ist es keine Paradoxie, in unserer Zeit den Übergang zum Kommunismus zu denken.

Marx und Engels haben kein Werk speziell der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft geschrieben. Ihre Auffassungen sind in ihren politischen, philosophischen und ökonomischen Werken enthalten. „Unsere Ansichten über die Unterschiede zwischen einer künftigen, nichtkapitalistischen Gesellschaft und der heutigen“, schrieb Engels 1886, „sind exakte Schlußfolgerungen aus den historischen Tatsachen und Entwicklungsprozessen und sind, wenn sie nicht im Zusammenhang und dieser Entwicklung dargelegt werden, theoretisch und praktisch ohne Wert.“ (Werke 36/429) In der Literatur der DDR und der Sowjetunion sind hierzu hervorragende historische und theoretische Schriften erschienen, die jeder Interessent auch heute noch zur Hand nehmen kann. Mein Ansatz ist hier, daß dieser Leitsatz von Engels auch heute für die Erforschung der kommunistischen Konturen der Zukunft gilt, die mittels der Methodologie Lenins erfolgen muß. Abschließend auf den Punkt gebracht:

Die kommunistische Zukunft der Menschheit muß für jede wirklich Kommunistische Partei Ziel und Maß sein. Mit diesem Beginn der menschlichen Geschichte tritt der vergesellschaftete Mensch zugleich in das Reich der Freiheit ein. Der Kommunismus ist somit jene „Gesellschaft, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (K. Marx/F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 4/482) Dieses Ziel liegt noch in weiter historischer Ferne. Nichtsdestotrotz. „In letzter Instanz ist der Sozialismus durch den Kommunismus bestimmt. Der Kommunismus ist (in seiner gedanklichen Vorwegnahme) ‚Ursache‘ des Sozialismus und zugleich Beweis von dessen Möglichkeit und Notwendigkeit. ...“ (G. Branstner) Marx und Engels haben durch ihre Kritik der kapitalistischen Welt in gewissem Umfang die Umrisse der künftigen kommunistischen Gesellschaft skizziert, die noch in weiter historischer Ferne liegen. Sie fanden jene Elemente, die bereits auf eine kommunistische Gesellschaft hinweisen. Diese Antizipation – marxistisch weitergedacht gemäß den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts – macht es zugleich möglich und notwendig, die Kommunismusauffassung retrospektiv als Maß der Evolution des Sozialismus methodologisch einzusetzen. Da es keine Zukunftsfähigkeit ohne diese kommunistische Perspektive mit Blick auf die erste, die sozialistische Phase dieser Entwicklung gibt, rückt in dieser Sicht die Theorie des Kommunismus als Weiterentwicklung des Marxismus (vor allem in Form der materialistischen dialektischen Geschichtsauffassung) ins theoretische Blickfeld. In dieser Sicht gilt es, ein weitergedachtes Bild des Sozialismus als der ersten Phase des Kommunismus zu zeichnen

sowie den Weg des Ausbruchs aus dem Spätkapitalismus zu erkunden. Und dies wären in meiner Sicht wichtige Schritte zur Formierung des subjektiven Faktors als der „Gretchenfrage“ für die Wiedergeburt einer politisch einflußreichen kommunistischen Partei in Deutschland. Warum sollte eigentlich sich offen-siv an dieser für unsere kommunistische lebenswichtige Sache nicht beteiligen? Und was hindert uns daran, unsere strittigen Fragen sachlich-argumentativ genossenschaftlich weiter zu diskutieren? An meinem Kampfgenossen Werner Roß und mir soll es gewiß nicht liegen. Wir sollten aufmerksam den Gang der Dinge bei unseren kommunistischen Genossen in Österreich verfolgen und auch die wertvollen Erfahrungen herausragender Führer der kommunistischen Weltbewegung beachten und auswerten; ich denke dabei z.B. an Alvaro Cunhal, dessen Gedanken „Über Bündnispolitik und sechs grundlegende Charakterzüge einer kommunistischen Partei“ jüngst in Marxistische Blätter 6-13 (S. 95 ff.) erschienen sind.

Ingo Wagner

Italien

Gerhard Feldbauer: Zur Lage in Italien

Premier Renzi hatte Probleme mit seiner Verwaltungsreform und drohte mit Rücktritt

Um im Rahmen seiner Verwaltungsreform die Abschaffung der Provinzen durchzusetzen musste der Vorsitzende der Demokratischen Partei (PD), Premier Matteo Renzi, der erst seit Mitte Februar 2014 im Amt ist, Ende März im Senat dazu die Vertrauensfrage stellen.

Nicht nur die rechtsextreme Partei Forza Italia (FI) von Ex-Premier Silvio Berlusconi, sondern auch sein wichtigster Koalitionspartner, die rechte Zentrumspartei (NCD) Angelino Alfano (eine Abspaltung von Berlusconis Partei), hatte Ablehnung angekündigt.

Damit wäre, wie „La Repubblica“ schrieb, die Regierungskoalition „geplatzt“. Es blieb bei der Androhung, Alfano lenkte ein und Renzi erreichte mit 166:133 Zustimmung. Dagegen votierten neben der FI die Lega Nord, die anarchistische Protestbewegung M5S und die Linkspartei SEL.

Derzeit muss das Gesetz noch die Abgeordnetenkammer passieren, in der Renzi's PD jedoch über eine ausreichende Mehrheit verfügt.

170 Provinzen werden aufgelöst

Die 170 Provinzen mit 56.000 Beschäftigten kosten jährlich 8,6 Mrd. Euro. Ihre Aufgaben werden dann von den Regionen (Ländern) und den Städten und Gemeinden übernommen. Ursprünglich war von jährlichen Einsparungen von 3 bis 5 Mrd. Euro die Rede, jetzt soll es jedoch nur eine Mrd. Euro sein. Ein Nebeneffekt ist, dass mit der Auflösung der Provinzen die von der SEL, meist mit Unterstützung der Kommunisten (PRC und PdCI) noch gehaltenen Positionen beseitigt werden.

Danach ging es um die zweite Verwaltungsreform, die Auflösung des Senats als zweiter Kammer. An seine Stelle soll, ähnlich dem deutschen Bundesrat, eine „Autonome Kammer“ aus Vertretern der Regionen und der Bürgermeister großer Städte treten. Ferner sollen ihm alle ehemaligen Staatspräsidenten und bisherigen Senatoren auf Lebenszeit angehören. Hintergrund war aber auch, dass die PD im Senat keine Mehrheit hatte und von der NCD abhängig ist.

Auch der Senat wird als zweite Kammer abgeschafft

Mit dem Wegfall des Senats bestimmt nur noch die Abgeordnetenkammer, in der die PD die Mehrheit hat, über das Schicksal der Regierung. Geht das Gesetz so durch, ist der autonome Senat in Zukunft nur noch für Gesetze mit Verfassungscharakter zuständig und hat eine Mitsprache bei legislativen Debatten. In Zukunft wird es auch statt bisher 315 nur noch 148 Senatoren geben. Sie erhalten keine Diäten, dürfen aber den Titel Senator weiter führen.

Reaktionäres Wahlgesetz wird kaum verändert

Ein dicker Brocken bleibt für den Regierungschef das als „Italicum“ bezeichnete neue Wahlgesetz, das er zusammen mit der Umwandlung des Senats noch im April durchbringen wollte, es aber nun verschieben musste. Es soll an die Stelle des einst unter Berlusconi eingeführten Modus, der der Siegerpartei bei auch nur einer Stimme Mehrheit einen Bonus von 340 der insgesamt 630 Sitze in der Abgeordnetenkammer zusprach, treten. Veränderungen sind nur insofern vorgesehen, dass die Siegerpartei jetzt 37 Prozent der Stimmen erreichen muss und dann einen 18 Prozent-Bonus aber nicht mehr als 340 Sitze (55 Prozent) erhält.

Erzielt keine Partei diesen Prozentsatz, soll ein zweiter Wahlgang stattfinden. Für Parteien in einer Koalition soll die Sperrklausel von bisher vier auf fünf Prozent angehoben werden.

Für einzeln antretende Parteien ist vorgesehen, eine Hürde von acht Prozent und für Koalitionen oder Wahlbündnisse von zwölf Prozent einzuführen.

Das würde es vor allem der SEL nahezu unmöglich machen, ihre Präsenz im Parlament zu wahren, den Kommunisten, die seit 2008 nicht mehr über die vier Prozent kamen, ohnehin.

Für das „Italicum“ hatte Renzi im Alleingang die Zustimmung Berlusconis eingeholt und diesem so ein politisches Comeback verschafft. Danach gab es scharfe Kritik und zahlreiche Abänderungsvorschläge. Der Ex-Premier drohte eine Kehrtwende an. Seine FI werde bei Änderungen dagegen timmen. Es war auch ein Racheakt gegen sein von der Staatsanwaltschaft nach der Verurteilung wegen Steuerbetrugs zu vier Jahren Haft durchgesetztes Verbot, öffentliche Ämter auszuüben, das ihm die Teilnahme an den EU-Wahlen am 25. Mai untersagt. Nach dem Ausschluss aus dem Senat war eine weitere Abfuhr, dass ihm der Bund der „Cavaliere dell Lavoro“ (Ritter der Arbeit) diesen ihm einst als erfolgreichen Medienunternehmer verliehenen Titel samt Orden auch noch aberkannte.

Berlusconi muss Haftstrafe antreten

Nun musste der Mediendiktator nach monatelanger Weigerung, das Urteil wegen Steuerbetrugs anerkennen und sich zur Verbüßung der Reststrafe von einem Jahr – drei Jahre wurden ihm wegen seines Alters von 77 Jahren erlassen – bereit erklären. Möglich ist – auch hier aus Altersgründen – Hausarrest oder Sozialdienst. Seine Anwälte beantragten Sozialdienst, was ihm mehr Bewegungsfreiheit erlauben könnte, die er in der Kampagne für die EU-Wahlen am 25. Mai für seine FI nutzen will. Eine eigene Kandidatur ist ihm, wie bereits erwähnt, auf Grund des Verbots der Ausübung öffentlicher Ämter jedoch untersagt.

Wie bekannt wurde, soll Berlusconi in einem Seniorenheim in der Nähe seiner Residenz Arcore in Mailand einmal wöchentlich für vier Stunden Sozialdienst leisten. Es war bereits davon die Rede, der Straftäter könnte „bei guter Führung“ nach den EU-Wahlen gegen Auflagen mit einer Aussetzung der Strafe rechnen. Im Gegenzug gab er den Widerstand seiner FI gegen die Verwaltungs- und Wahlrechtsreform auf. Der Gerichtsentscheid zum Sozialdienst ist an die Bedingung gebunden, dass der Ex-Premier sich neuerlicher Angriffe auf die Richter enthält. Deren Urteil hatte er in der Vergangenheit als „Rechtsbruch“ und „Staatsstreich“ diffamiert und androht, mit seiner FI das Land in einer „Eskalation der Gewalt in Flammen aufgehen zu lassen“. Wiederhole sich das, so zitierte die Nachrichtenagentur ANSA Mailänder Justizkreise, werde die einschlägige Entscheidung sofort rückgängig gemacht.

Pakt zwischen Mafia und Berlusconi kommt zur Sprache

In diese Situation platzte eine Nachricht, die alles in Frage stellen könnte. Staranwalt Marcello dell'Ultri, engster Vertrauter und langjährige rechte Hand Berlusconis, wegen Verstrickung in Mafia-Affären in erster Instanz zu sieben Jahren Haft verurteilt, war vor der Verhandlung in zweiter Instanz ins Ausland geflohen, wo er Mitte April in Beirut verhaftet wurde. Italien forderte seine Auslieferung. Die „Unità“ enthüllte, dass es im Verfahren gegen Dell'Ultri auch um Berlusconi gehen wird, denn der Anwalt habe in den 1990er Jahren den „Pakt zwischen der Mafia und Berlusconi“ eingefädelt. In der Villa Arcore Berlusconis in Mailand sei dazu ein Verbindungsmann der Mafia als Stallknecht getarnt untergebracht worden.

Das könnte, wie die Zeitung andeutete, zu einem Stich ins Wespennest werden, zu den berüchtigten Verbindungen zur mit der Mafia verbandelten faschistischen Putschloge P2 führen, deren Dreierdirektorium Berlusconi angehörte. Die P2 hatte, wie die Publizisten Giovanni Ruggeri und Mario Guarino in ihrem Buch „Silvio Berlusconi. Inchiesta sul Signore TV“ (Mailand 1994) beweiskräftig nachwiesen, Berlusconi noch vor seinem von ihr beförderten Aufstieg zum Medienmonopolisten vor allem im Fernsbereich bereits sein Emporkommen als Inhaber des reichsten Bauunternehmens Edilnord von Mailand finanziert.

Unabhängig davon, wie die Angelegenheit sich weiter entwickeln könnte, wird in Rom allgemein eingeschätzt, dass es, wie nicht nur die „Unità“ schrieb, dadurch mit der Ära Berlusconi „zu Ende“ gehe. Die führenden Kapitalkreise haben ihn abserviert. Die Auseinandersetzungen in seiner FI zwischen Hardlinern und „Moderaten“, die versuchten, zu retten was zu retten ist, glichen „einem Erdbeben“. Letzte Umfragen sagen der Partei, die 2013 noch unter ihrem Namen „Partei der Freiheit des Volkes“ (PdL) mit 29,18 Prozent knapp hinter der jetzt regierenden PD lag, gerade noch 18 Prozent voraus. Die Stimmen in seiner Partei mehren sich, Berlusconi solle sich aus dem aktiven politischen Leben zurückziehen, um nicht noch mehr Schaden anzurichten.

Neuer Anlauf der Lega Nord zur Abspaltung der Nordregionen vom Zentralstaat

Ende März/Anfang April wurde die Regierung mit einem neuen Anlauf der secessionistischen Lega Nord zur Abspaltung der reichen Nord-Regionen vom Zentralstaat konfrontiert. 89 Prozent der knapp 2,7 Millionen Teilnehmer (63 Prozent) an einer Befragung über eine „unabhängige und souveräne Republik Venezien“ wollen „weg von Rom“. Das war Ergebnis einer am 21. März beendeten sechstägigen von der Lega Nord initiierten privaten online-Umfrage, die jedoch von der Landesregierung von Ministerpräsident Luca Zaia (Lega Nord) zugelassen wurde. Begonnen hatte das

bereits früher angesetzte Votum rein zufällig am 16.März, demselben Tag, da auf der Krim das Unabhängigkeitsreferendum stattfand.

Drahtzieher war die rechtsextreme Lega Nord, die seit ihrer Gründung 1991 eine Politik der Abspaltung der reichen Industrie-Regionen vom Zentralstaat betreibt. Sie ist im Veneto wie auch in der Lombardei, ebenso in mehreren Städten, so in Verona, stärkste Partei. Auch wenn die Abstimmung nur den Status einer privaten Initiative hatte, verkündete die Lega, das Ergebnis zum Anlass zu nehmen, um ein offizielles Referendum einzuleiten.

Dazu wurden bei der Abstimmung bereits zehn Delegierte gewählt, die das organisieren sollen.

In einem Interview mit der Zeitung „Il Quotidiano“ argumentierte Ministerpräsident Zaia, die italienische Verfassung könne eine Abspaltung nicht verhindern. Gegenüber der Rundfunk- und Fernsehanstalt RAI bezog er sich auch auf das von Katalonien und Schottland ausgehende Vorbild der Unabhängigkeitsbewegung.

Ausländerfeinde für „Selbstbestimmung“

Da wurde es ausgesprochen heuchlerisch, wenn die für ihren offenen Rassismus und extreme Ausländerfeindlichkeit bekannten Legisten, die als Mitglieder der früheren faschistoiden Berlusconi-Regierungen das schärfste Gesetz gegen Einwanderer in der EU durchsetzten, sich plötzlich auf das Selbstbestimmungsrecht beriefen. Die italienischen Medien, die sich unisono fast alle an der antirussischen Hetzkampagne beteiligen, äußerten sich mit keinem Wort zu dem neuerlichen Versuch dieser Abspaltung von Rom. Das „Schweiz Magazin“ sah als Ursache, man fürchte, die "Büchse der Pandora" zu öffnen. Denn als nächstes könnte Alto Adige (Südtirol), anders als Venezien bis zum Ende des Ersten Weltkrieges österreichische Provinz, „heim nach Wien“ wollen. Russische Medien, darunter "Russia Today" und "Stimme Russlands", haben das Ereignis als Trend gegen die antirussische Medienwelle dagegen aufgegriffen.

Entgegengesetzte historische Parallelen zur Krim

Dabei sind die entgegengesetzten historischen Parallelen offensichtlich: Während die Krim als altes russisches Territorium nach einer Entscheidung ihrer mehrheitlich russischen Bevölkerung nach einem mit Faschisten in Kiew inszenierten Staatsstreich zu Russland zurückkehrt, soll Venezien, das ein Zentrum der italienischen Renaissance war und dessen Bevölkerung in den Befreiungsbewegungen des Risorgimento (1789-1870) an den Unabhängigkeitskriegen gegen die Habsburger Unterdrücker für die Herstellung des italienischen Nationalstaates teilnahm, von seinem Nationalverband losgerissen werden.

Die Lega Nord entstand 1991 aus den Ligen der Lombardei und des Veneto (beide einst Habsburger Besitz), Piemonts, Liguriens, der Romagna und der Toskana unter dem Slogan „Weg vom Rom“ und „hin zu Deutschland“.

Triebkräfte waren der „Zusammenbruch“ des Ostblocks, die von Deutschland favorisierte Zerstückelung Jugoslawiens, die Spaltung der Tschechoslowakei und die nach der Einverleibung der DDR wieder erwachende deutsche Großmachtrolle.

Die Lega propagierte die historische Zugehörigkeit der Norditaliener zu Langobarden, Kelten und Franken. Durch dieses Konzept schimmerte die faschistische Blut- und Boden-Ideologie, an deren Stelle die etwas weniger diskreditierten ethnischen und kulturellen Differenzen traten. Die Lega betreibt offenen Rassismus, auch gegen Süditaliener. Der Fußballclub von Neapel wurde in Mailand mit Spruchbändern empfangen: „Was Hitler mit den Juden gemacht hat, wäre auch das Richtige für Napoli“. Bossi drohte, gegen die „römischen Schurken“ seine Legisten „an die Gewehr zu rufen“ und äußerte, es sei leider „leichter, Ratten zu vernichten als Zigeuner auszurotten“.

Wie Genscher einst die Spaltungsversuche anheizte

Die Forderungen der Lega nach regionaler Autonomie bis hin zu föderalen Strukturen entsprachen von Anfang an den Interessen der großen Unternehmer, sich am supranationalen „Alpengroßraum“ der EU zu beteiligen. Zu den Förderern gehörten Konzern wie Fiat. Der damalige deutsche Außenminister Genscher erklärte, der nördliche Teil Italiens werde entdecken, „dass er mehr gemeinsame Interessen mit Süddeutschland als mit Süditalien hat“. Der „Corriere della Sera“ kommentierte, es gehe um die „Neuaufteilung des europäischen Raumes und die Eroberung neuer Einflussphären“.

Einflussreiche Kapitalkreise Förderer der Sezession

Historisch bedingt konzentriert sich bis heute das Industrie- und Finanzkapital im Norden, während der Süden als Reservoir von Agrarprodukten und billigen Arbeitskräften in bitterster Armut das Dasein eines Entwicklungslandes fristet, abhängig von den Almosen, die Rom ihm aus dem Norden zukommen lassen muss.

Mit einflussreichen Kapitalkreisen im Hintergrund wollen die reichen Nord-Regionen sich dem Spardiktat der EU entziehen. Die Mehrheit der Bevölkerung will sich ihren höheren Lebensstandard sichern und unterstützt das.

Der Veneto, eine der reichsten Regionen Europas, will seine Steuern von derzeit 70 Mrd. Euro nicht mehr in die Staatskasse abführen. Die Lega hat bereits früher gedroht, Steuern zu boykottieren. Ihr ehemaliger Chef Umberto Bossi drohte als Vizepremier der letzten Regierung Berlusconi (2008 bis 2011) mit der Einführung einer eigenen Währung als erstem Schritt zu einem Separatstaat Padanien.

Die linke Zeitung „Unita“ befürchtete „einen Dominoeffekt“ der Umfrageergebnisse „auf andere Regionen“. Denn die Rettungsschirmpolitik der EU und die vorangetriebene deutsche Vorherrschaft verstärken die Nord-Süd-Gegensätze.

Das italienische Kapital sucht Anschluss an die deutsch/europäische Wirtschaftsgrößmacht in Berlin. Dabei will es das eigene Gewicht stärken und den Ballast des Südens loswerden.

Bewaffneter Putsch der Lega Nord aufgedeckt

Eine Woche nach dem Ende der Umfrage nach einer Unabhängigkeit Veneziens wurde deutlich, dass die Lega Nord es ernst meine mit ihren Forderungen, die Nord-Regionen vom Zentralstaat abzuspalten. Am 3. April berichteten „Le Repubblica“ und weitere Zeitungen, dass die Staatsanwaltschaft von Brescia am Vortag in den Provinzen Padua, Treviso, Rovigo, Vicenza und Verona 24 Rädelsführer aus dem Umkreis der Lega verhaftet, Waffen sichergestellt und Dokumente mit „umstürzlerischen Hinweisen für den Übergang zu Gewalt und zu einer bewaffneten Volksrevolte“ gefunden hatten, die die Forderungen nach der Abspaltung des Veneto in einem unabhängigen Staat vorantreiben sollten.

Während der Operation der Staatsanwaltschaft nahmen Spezialkräfte der Polizei 33 Hausdurchsuchungen vor, gegen 51 Personen wurden Ermittlungen eingeleitet. Die Aufdeckung der Verschwörung wurde durch einen eingeschleußten verdeckten Ermittler der Polizei möglich. Die Rädelsführer wurden beschuldigt, Waffen gehortet und Kriegsgerät, darunter einen zum Panzer umgebauten Traktor mit einer 12 Zentimeter-Kanone ausgerüstet zu haben, den sie bei der Besetzung des Markusplatz in Venedig einsetzen wollten. Von der albanischen Mafia sollten weitere Handfeuerwaffen geliefert werden.

Die geplanten Aktionen sollten im Vorfeld der am 26. Mai stattfindenden EU-Wahlen in Szene gesetzt werden. Die regionale Lega Nord und die Südtiroler Freiheitspartei planten, während der Kampagne zu den EU-Wahlen ein Abkommen zur Gründung eines Freistaates zu beschließen und zu veröffentlichen. Ermittelt wurde u. a. gegen den Gründer der Lega von Venetien, einen früheren Abgeordneten und Staatssekretär der Regierung Berlusconi, Franco Rocchetta, der seit Jahren zu den Separatisten gehört, die die Gründung eines unabhängigen norditalienischen Staates Padania betreiben. Rocchetta gehört zu einer Gruppe Unternehmer für ein freies föderales Europa („Life“), die kürzlich in der sogenannten Movimento Forconi (Mistgabelbewegung) an Protesten gegen das Sparprogramm der EU, Arbeitslosigkeit und Steuererhöhungen aktiv waren.

Faschistische Casa Pound unter Rädelsführern

Zu den Organisatoren der Forconi gehört wiederum die berüchtigte links getarnte faschistische Bewegung Casa Pound. Die aufgefundenen Dokumente weisen auf die führende Rolle einer bekannten Sezessionistischen Gruppe „Serenissima“ (in Anlehnung an den historischen Namen der Republik von Venedig als der allerdurchlauchtesten), die sich auch Veneto Serenissima Armata“ nennt und auf ein „Alleanza“ genanntes Führungszentrum der umstürzlerischen Kräfte hin. Die Alleanza hatte einen illegalen Finanzfond über 100 Millionen Euro angelegt. Deren Aktivitäten und dazu vorgefundene Dokumente vermittelten eine „völlig neue politische Realität“, hieß es in der „Repubblica“. Das Blatt warnte, die Aktivitäten nicht zu unterschätzen, da von dem Lega-Zentrum Venedig „gefährliche Auswirkungen“ auf ganz Norditalien ausgehen könnten.

Lega mit eigenen Bürgerwehren

Die 1991 entstandene Lega Nord verfolgte, gefördert von einflussreichen Kapitalkreisen wie dem größten privaten Industriekonzern FIAT, von Anfang an eine Strategie der Abspaltung der reichen Industrie-Regionen des Nordens vom Zentralstaat. Diese Forderungen erhob sie auch als Koalitionspartner in den Regierungen Berlusconi. Sie konnte weitgehende Autonomie durchsetzen, scheiterte aber mit ihrem Sezessionismus am Widerstand der zentralstaatlichen Positionen der AN-Faschisten in der Regierung. Die Lega betrieb bereits die Aufstellung eigener bewaffneter Milizen und unterhält eigene Bürgerwehren, die gegen Immigranten vorgehen und Stadtzentren „ausländerfrei“ machen. Mit dem Fall Berlusconi (der im Herbst 2011 zurücktreten musste) sieht die Lega freie Bahn für ihre Politik des „Weg von Rom“. Durch eine Umfrage für einen unabhängigen Staat Veneto, in der 89 Prozent dafür stimmten, erhielten die Separatisten Auftrieb. Bei der Abstimmung wurden zehn Delegierte gewählt, die nun, so „La Repubblica“ weiter, ein Dreier-Direktorium bilden sollten, das mit der Regierung in Rom Verhandlungen zur Loslösung vom Zentralstaat führt.

Gerhard Feldbauer

Buchenwald

Brigitte und Miclas: Bericht vom Buchenwald-Gedenken 2014

Schon am Vortag kamen wir nach Weimar, um noch den sowjetischen Ehrenfriedhof besuchen zu können und von ihm einige Fotos zu machen. Besonders das Tor mit dem roten Stern in der Mitte gefiel uns. Beim Betrachten der Grabsteine, deren Beschriftung besagt, dass der Mensch der hier begraben liegt 19 vielleicht 25 Jahre alt wurde, doch wieder Trauer und Wut angesichts der Tatsache wie aggressiv der deutsche Imperialismus schon wieder an führender Stelle die Welt mit Krieg überzieht. Welch hohen Blutzoll hatte die Sowjetunion bezahlt, um uns zu befreien!

Natürlich versäumten wir nicht, auch das Thälmann-Denkmal zu besuchen. Hier werden wir uns am 18. Aug., dem Todestag Thälmanns zum Gedenken treffen.

Am nächsten Tag, zum offiziellen Gedenktag der bewaffneten Selbstbefreiung, waren wir, wie voriges Jahr auch mit Flyern und Sowjetfahnen in Buchenwald. GenossInnen des DDR-Kabinetts in Bochum führten eine wunderschön bestickte Originalfahne der Sowjetunion mit. Viele, vor allem junge Leute, ließen sich mit dieser Fahne fotografieren. Die Erinnerung lebt eben in den Herzen und Köpfen der Menschen weiter. Dies zum Ausdruck zu bringen, indem wir des heldenhaften Kampfes der Roten Armee gedenken, verstehen wir als unsere Aufgabe. Wir kamen auch immer wieder ins Gespräch mit BesucherInnen, so z. B mit einer Jugendgruppe aus Frankreich, in der sich die kom. Stadträtin für Erinnerungsarbeit der Stadt Dieppe befand. Sie befragte uns interessiert nach der Geschichte der KPD und war erstaunt zu erfahren, es gibt in Deutschland immer noch das KPD-Verbot. Wir erzählten von den tausenden von verfolgten Kommunistinnen im Zuge des Verbotsurteils im Jahr 1956 und sie wollten wissen, ob es die "Berufsverbote" immer noch gäbe.

Die offizielle Feier, besucht von ca. 500 Menschen, darunter viele mit Fahnen verschiedener Organisationen, wie z. B. SDAJ, KPD, RFB, VVN, Linke, autonome Antifa und MLPD, hatte dieses Jahr im Gegensatz zu den Jahren vorher keine geschichtsverfälschende Intension. Im Gegenteil, zwei ehemalige Internierte aus Frankreich erinnerten an die bewaffnete Selbstbefreiung durch das internationale Lagerkomitee. Auch die Ermordung Ernst Thälmanns wurde von einem der Redner erwähnt, der von dieser am nächsten Morgen erfuhr. Sie hatte in seiner unmittelbaren Nähe in aller Heimlichkeit stattgefunden. Er erzählte auch, wie von ca. 1000 in den letzten Tagen in Buchwald eingetroffener Kinder in schrecklichem Zustand das Leben von 903 durch den Schutz der Genossen des internationalen Lagerkomitees dort, gerettet wer-

den konnte. Deutlich wurde, wie das Überleben jedes Einzelnen von der Solidarität aller abhing. Es fehlte auch nicht der Hinweis, dass sich Deutschland wieder an Kriegen beteiligt und wie empörend der Umgang mit Flüchtlingen hierzulande ist. Das alles wurde allerdings von den bürgerlichen Medien nicht gesendet und bei der Berichterstattung z. B. der Tagesschau fiel auf, es konnte kein Schwenk über die TeilnehmerInnen an der Veranstaltung gezeigt werden, denn diese waren von roten Fahnen und DDR-Symbolen dominiert.

Im Anschluss an diese Veranstaltung, trafen sich die kommunistischen TeilnehmerInnen wie immer an der Stelle im Krematoriumshof an der unser Vorsitzender Ernst Thälmann ermordet wurde. Wir legten Blumen und Gebinde nieder. Genosse Kurt von der KPD hielt die Gedenkrede, in der er den Bogen schlug vom Kampf gegen den Faschismus zur heutigen Notwendigkeit nicht nur diesen, sondern auch den deutschen Imperialismus zu bekämpfen. Er zitierte Liebknechts Worte vom Hauptfeind, der immer im eigenen Land steht. Das muss der Ansatz unseres Kampfes sein, denn der Faschismus entsteht nicht zufällig, sondern ist der geplante Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse, wenn diese droht, seine Raubzüge zu vereiteln. Auch die Rolle der PDL, deren Teile erstmals einem Auslandseinsatz der Bundeswehr zustimmten erwähnte er kritisch. Die Rede kann auf unserer Seite buchenwald-gedenken.de angeschaut werden.

Wir von [buchenwald-gedenken](http://buchenwald-gedenken.de) verstehen uns als Teil des Kampfes in der Tradition der KPD. Wir haben uns vorgenommen, auch im nächsten Jahr wieder mit einem Aufruf zu erscheinen. Hoffentlich gelingt es uns dann, wieder mehr Menschen, gerade aus der DKP anzusprechen und zur Teilnahme zu veranlassen, die dieses Jahr unverständlicher Weise fehlten.

Wir wollen den Kontakt zu den alten GenossInnen auch nicht missen, die selbstverständlich, einige trotz erheblicher gesundheitlicher Einschränkungen den Weg nach Buchenwald fanden, die auch am Todestag Thälmanns da sind und von denen wir uns Interessantes aus der Vergangenheit in der DDR erzählen lassen. Der Kontakt zu ihnen ist uns eine große Bereicherung. Wir sind stolz darauf, Teil der kommunistischen Geschichte zu sein. Gerade, weil wir so wenige sind, haben wir eine große Verantwortung für die Zukunft.

[buchenwald-gedenken](http://buchenwald-gedenken.de)

Solidaritätsfonds der Roten Hilfe für die
verfolgten Antifaschisten/innen und Genossen/innen in der Ukraine:

Konto Rote Hilfe bei der Sparkasse Göttingen:

IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39

BIC: NOLADE21GOE

Stichwort: „Antifa Ukraine“

*„Die Spenden werden linken Zusammenschlüssen in der Ukraine für
Gefangenenhilfe, Unterbringung, Rechtsbeistand, medizinische Versor-
gung sowie Kampagnen gegen die Repression zur Verfügung gestellt.
Wir rufen dazu auf, unsere Genossen/innen in der Ukraine in ihrem
Kampf gegen die staatliche Repression und den rechten Terror
politisch und materiell zu unterstützen.“*

H. Lange für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Frank Flegel, Egerweg 8, 30559 Hannover
Postvertriebsstück,
DPAG, H 14360
Entgelt bezahlt

